Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

## KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind Österreicl

01 · 2015 · Jänner

# Es wird ein kritisches Jahr

Die Prognosen des Gemeindefinanzberichts für 2015 stimmen positiv. Aber die Warnungen vor einem "kritischen Jahr" sollten nicht überhört werden.

ab SEITE 10

ellalevi/istock.com/bearb. T.Max

### BUNDESKANZLERAMT OSTERREICH



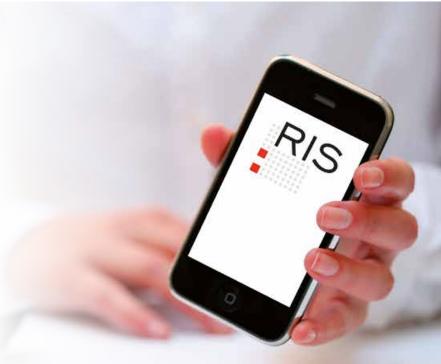


#### Amtsfinder:App HELP.gv.at Behördenwegweiser am Smartphone

Auf der Amtsfinder: App des Bundeskanzleramtes finden Sie Informationen zu den Themen:

Ämter meiner Gemeinde • AMS-Stellen • Bezirkshauptmannschaften • Polizei-Wachzimmer • Bundesministerien • SVA-Stellen • Notrufnummern • Servicehotlines • u.v.m.

Jetzt unter **www.bundeskanzleramt.at/amtsfinder** kostenlos erhältlich.



#### Die RIS: App

...der mobile Weg
zur Gesetzesinformation

#### www.ris.bka.gv.at

Kostenloser Zugriff per iPhone und iPad • Mobile Suche von Landes- und Bundesrechtssätzen • Digitaler Versand der Gesetzestexte per PDF • Favoritenfunktionalität • Pushbenachrichtigung bei Novellierungen • u.v.m.



#### KOSTENLOSE SCHULUNGEN ZUM THEMA HANDY-SIGNATUR

Das Bundeskanzleramt hält laufend kostenlose Schulungen zum Thema Handy-Signatur für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Stadt- und Gemeindeverwaltungen ab. Nach absolvierter Schulung kann der neue "Registration Officer" (RO) in der Registrierungsstelle im Bürgerservice, in der Gemeindestube oder etwa im Stadtamt sofort Handy-Signaturen für Bürgerinnen und Bürger aktivieren. Alles, was behördenseitig dazu benötigt wird, ist ein PC mit Internetzugang sowie ein Handy, das SMS empfangen kann.

Wenn auch Sie Interesse an einer Ausbildung zum RO für die Freischaltung von Handy-Signaturen oder an einer RO-Trainer-Schulung haben, wenden Sie sich bitte per E-Mail an: elvira.regenspurger@bka.gv.at oder peter.reichstaedter@bka.gv.at

Die Gemeinden sind nach wie vor die Vorbilder im Haushalten

### Am Rande der Belastbarkeit

Eigentlich grenzt es fast an ein Wunder: Die österreichischen Gemeinden haben es im Vorjahr zum dritten Mal hintereinander geschafft, nicht nur Überschüsse zu erwirtschaften, sondern auch ihre Schulden absolut zu verringern. Dass das in der medialen Öffentlichkeit nur am Rande erwähnt wird, ist bedauerlich, aber in Zeiten der Oberflächlichkeit und des Grundsatzes "only bad news are good news" hinzunehmen. Wir haben auch nicht das Geld, zwei oder dreistellige Millionenbeträge für die Öffentlichkeitsarbeit auszugeben. Wir wollen das auch nicht. Die Gemeinden mit ihren Verantwortungsträgern und Mitarbeitern sind es nämlich gewohnt, viel und hart zu arbeiten. Der "Verkauf" dieser Leistungen ist nachrangig, weil die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ohnedies wissen, was ihre Gemeinde für sie leistet, ist eine weit verbreitete Meinung. Ganz so ist es nicht.

Viele Menschen haben keine Ahnung, wie groß der Aufgabenbereich der Gemeinden ist, von der Wiege bis zur Bahre reicht der kommunale Aufgabenkatalog. Und er wächst ständig. Der massive Ausbau der Kinderbetreuung, die Nachmittagsbetreuung an den Schulen, die Mithilfe bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder der Ausbau der Altenpflege sind nur einige wenige Beispiele. Und trotzdem schaffen die Gemeinden insgesamt etwas. wovon Bund und Länder weit entfernt sind, nämlich keine neuen Schulden zu machen, die Investitionen kräftig zu erhöhen und damit den regionalen Wirtschaftsmotor im Gang zu halten. Dafür sei den mehr als 30.000 kommunalen Funktionären und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus ganzem Herzen gedankt. Sie werden viel zu wenig vor den Vorhang geholt und für ihren beispielhaften Einsatz gelobt.

Aber es ist auch bei den Gemeinden nicht alles Gold, was glänzt.

So hat im Jahr 2013 die Zahl der Abgangsgemeinden massiv zugenommen. Rund 40 Prozent der Kommunen können ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen, weil sie einerseits Einwohner und damit Geld aus den Ertragsanteilen verlieren, andererseits die Umlagen, die sie an das Land abliefern müssen, wesentlich mehr steigen als die Einnahmen. Gerade diesen Gemeinden, die natürlich ihren Bürgerinnen und Bürgern möglichst gleichwertige Lebensbedingungen bieten müssen, ist bei einem neuen Finanzausgleich mit einem Ausgleichstopf zu helfen.

Aber es erfüllt uns auch mit Sorge, dass gerade die großen Städte wie Graz, Linz oder Klagenfurt trotz überdurchschnittlich hoher Pro-Kopf-Einnahmen nicht in der Lage sind, die Stabilitäts- und Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Hier zeigt sich, dass gerade die kleineren, über- und durchschaubaren Einheiten nicht nur wesentlich flexibler, sondern auch effizienter arbeiten können. Insgesamt muss aber unseren Partnern auf Bundes- und Landesebene klar sein, dass die Gemeinden trotz ihrer guten Arbeit am Rande der Belastbarkeit angelangt sind. Mit jeder neuen Belastung wird das stabile Fundament massiv gefährdet und der regionale Wirtschaftsmotor, der auf die kommunale Investition angewiesen ist, abgewürgt. Und das in einer Zeit, in der die Koniunktur lahmt, Und deshalb ist der Aufschrei gegen zusätzliche und einseitige Belastungen (wie etwa die Mitfinanzierung der täglichen Turnstunde) nicht ein egoistischer Justament-Standpunkt, sondern ein Überlebenskampf für funktionierende Gemeinden im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.





Helmut Mödlhammer Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Die Gemeinden schaffen etwas, wovon Bund und Länder weit entfernt sind, nämlich keine neuen Schulden zu machen, die Investitionen kräftig zu erhöhen und damit den regionalen Wirtschaftsmotor im Gang zu halten. Dafür sei den mehr als 30.000 kommunalen Funktionären und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus ganzem Herzen gedankt.



#### **Coverstory**

- 10 Gemeindefinanzen: "2015" wird ein kritisches Jahr"
  - 13 Ertragsanteile: Massiver Einbruch im Dezember
  - 14 Pressestimmen: Steuerreform ist beherrschendes Thema
  - 15 Kommentar: Faire Mittelverteilung gefordert

#### Gemeindebund

- 22 Bildungsoffensive: Und wieder werden Kosten auf die Gemeinden überwälzt
- 25 Aufruf: Notstand bei Asylquartieren freie Kapazitäten dringendst gesucht

#### Recht und Verwaltung

- 20 Vergaberecht: Die Möglichkeit der Direktvergabe entschärft das Problem
- 26 Scuhlsport: Täglich Turnstunde Schule oder Freizeit
- 28 Reform der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe: Es wird auf die Bedürfnisse der MEnschen ankommen

#### **Finanzen**

- 16 Immobilien: Massiver Eingriff in die Finanzierbarkeit von Gemeindeinvestitionen
- 18 Zinsentwicklung: Des einen Freud, des anderen Leid ...

#### **Europa**

30 Der britische Gemeindebund: Zauberwort "Back to local"





#### **IMPRESSUM**

#### Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6. 1010 Wien

#### Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at

**Geschäftsführung:** Mag. Michael Zimper

Mag. Michael Zimpe

#### www.kommunal.at

#### Redaktion:

Tel.: 01/5322388

Mag. Hans Braun – DW 16 (Chefredaktion & Layout) hans.braun@kommunal.at

Mag. Helmut Reindl – DW 15 helmut.reindl@kommunal.at

Katharina Lehner- DW 37 katharina.lehner@kommunal.at

#### Adressverwaltung:

Elisabeth Leitner – DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at

#### DTP & Grafik:

Thomas Max thomas.max@kommunal.at

#### Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com; www.istock.com

#### Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88

Wolfgang Bolsinger – DW 14 wolfgang.bolsinger@kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann – DW 12 sabine.brueggemann@kommunal.at

Martin Mravlak – DW 28 martin.mravlak@kommunal.at

Martin Pichler – DW 11 martin.pichler@kommunal.at

#### Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)

Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund)

Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)

Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)

Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österr. Gemeindebundes) Mag. Alexander Marakovits (BM.I)

Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)

Mag. Arnold Obermayr (BM für Europa. Integration. Internationales)

Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Christian Rupp (Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres)

Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

**Beilagenhinweis:** Teilen dieser Ausgabe liegen Beilagen der AR-GE Forum mineralische Rohstoffe bei.

#### Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfl



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt
aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und
kontrollierten Quellen –
www.pefc.at



Druckauflage: **35.707** (Durchschnitt

1. Halbjahr 2014)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Mit "E.E." gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung "Service" oder "Information" laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Hinweis zu Gender-Formulierung: Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

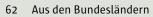


#### Büro

- 38 Gesunder Arbeitsplatz: Aufblühen statt ausbrennen KOMMUNAL zeigt, dass gesundheitsfördernde Maßnahmen besser heute als morgen angegangen werden
- 46 Facility Management: Wesentlich mehr als "nur" Technik und Reinigung



- 56 Einbruchs-Mythen: Irrglaube ist eine Einladung an die Täter
- 58 Munderfing: Ei Ort kümmert sich um "weiche" Standortfaktoren
- 59 Wahljahr: Wer wann wählt
- 60 Flüchtlinge: Chance "Resettlement"
- 60 PR: Staatspreis: Tiptop Bus:Stopp



- 66 Südtirol & Personalia
- 68 Termine
- 70 Buchtipps & Markt-Infos

#### **EDITORIAL**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Unerklärlicherweise gibt es immer noch wenn auch leiser werdende Forderungen für eine Gebietsreform und der damit einhergehenden Zusammenlegung der kleinen Einheiten. Wir bringen diesmal einen Bericht über eine Initiative des britischen Gemeindebundes LGA, der eine stärkere Dezentralisierung fordert und der durch eine naheliegende Kompetenzverschiebungen dem Staat ein Ersparnispotenzial von elf Milliarden Pfund vorrechnet. Das sind immerhin fast 14 Milliarden Euro.

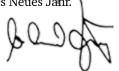
Nicht nur in England, auch in Wales fordert die kommunale Eben massiv mehr Gestaltungsspielraum und die dafür nötige finanzielle Absicherung.



Michael Zimper Geschäftsführer Erreichen wollen die britischen Kommunen dieses Ziel, wenn sich die Regierung nach den Unterhauswahlen im Mai 2015 innerhalb von 100 Tagen zu einer weitreichenden Kompetenzreform entschließt, die vor allem die Bereiche Wohnbau, Bildung, Jugendbeschäftigung, Straßenbau, Pflege und Gesundheitspolitik betrifft. Auslöser der Überlegungen ist im eher zentralistisch konzipierten Vereinigten Königreich das Bewusstsein, dass "vor Ort" vieles besser erledigt werden könnte. Beispielsweise sind nach Ansicht der LGA

die zentralistisch organisierten Fort- und Weiterbildungskursen, die sich nicht an den Realitäten des Arbeitsmarktes orientieren, mit Schuld an der Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 30 Prozent. Die LGA will nun die Jugendlichen vor Ort betreuen. Kernstück der Kampagne "100 days" ist aber die Reform der kommunalen Finanzbasis, "Back to local" heißt das Zauberwort auch in Ländern wie Deutschland, wo die "Re-Kommunalisierung" immer mehr Fahrt gewinnt. Wir freuen uns über das neue Verständnis.

In diesem Sinne wünscht das Team von KOMMUNAL allen Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches Neues Jahr.



### THEMEN

#### Haushaltsrechtsreform

## Detailinformationen gehen verloren

Anfang Dezember präsentierte die steirische Landesregierung ihr bereits nach dem Vorbild des Bundes angefertigtes Budget für das Jahr 2015. Das Land Steiermark nimmt hier eine Vorreiterrolle ein, die anderen Länder samt Wien werden – geht es nach den einschlägigen Beschlüssen ihrer Finanzreferenten – in wenigen Jahren folgen. Wobei durch die Orientierung der Budgetierung an der jeweiligen politischen Ressortverteilung der Länder davon auszugehen ist, dass diese untereinander wenig vergleichbar sein werden.

Wie die "Kleine Zeitung" am 2.12. in ihrem Beitrag "Landesrechnungshof rügt das neue Budgetmodell" berichtete, soll der Informationsgewinn im Bereich der steirischen Haushaltsplanung stark variieren, ebenso wie die Qualität der Kennzahlen bei der Wirkungsorientierung. Dass es Kinderkrankheiten nach einer großen Reform geben kann, steht außer Frage, was jedoch am Vorschlag des Bundes für eine VRV 2015 immer kritisiert wurde, ist u. a. der Informationsverlust gerade wenn es um Projekte geht.



Neue Bedenken gegen das Budget-Modell des Bundes: Die Zahlen werden weniger, der Text wird mehr.

Die Zahlen werden weniger, der Text wird mehr. Diese Entwicklung ist nicht das Ziel der Gemeinden. Was den im Oktober vorgelegten Vorschlag des Gemeindebundes für eine erweiterte VRV 1997 – der auch in der Lage ist, den geforderten Ergebnishaushalt und eine Bilanz bereitzustellen, gleichzeitig aber nicht das bewährte System über Bord wirft – betrifft, gibt es auch von Teilen des Städtebundes positive Signale

für eine Einführung in allen Gemeinden ohne Wien. Auch die Expertenhearings von BMF und RH verliefen sehr überzeugend. Neben mehreren Praxisbeispielen aus zwei weiteren Bundesländern wurde jüngst auch vom Land Burgenland ein Modell vorgelegt, das es auf Praktikabilität und Umsetzungskosten zu prüfen gilt. Der Bund hält sich aber wohl auch aufgrund derzeit dringlicherer Themen noch bedeckt.

#### Das "Recht auf Information"

#### Aus für Amtsgeheimnis: 2016 kommt "freier Zugang zu Infos"

"Dazu kömma nix sagen, Sie wissen: Das Amtsgeheimnis!" Wer sich als Steuerzahler für behördliche Gutachten, Studien oder Erlässe, kurzum: für amtliche Dokumente interessiert hat, bekam bislang oft diese oder eine ähnliche Antwort. Die Unterlagen sind oft nur vor Ort und in den Amtsstunden zugänglich – bürgerfreundlich geht anders. Das soll sich nun ändern.

Anfang Dezember goutierte

nach einem Bericht im "Kurier" der Ministerrat den Entwurf für das "Informationsfreiheitsgesetz". Und für österreichische Verhältnisse ist es ein Paradigmenwechsel. Denn ist heute de facto alles, was amtsintern ab-

läuft, tendenziell geheim, soll sich die Situation ab 2016 umkehren: Das Amtsgeheimnis wird gestrichen – und im Gegenzug ein Recht auf den "freien Zugang zu Informationen" in der Verfassung verankert.



#### UNSERE PROJEKTBERATUNG FÜR ÖSTERREICHS INFRASTRUKTUR.

Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft. Die Expertinnen und Experten der Kommunalkredit Austria sorgen mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung dafür, dass Ihr Vorhaben nachhaltig erfolgreich wird – ob im Segment soziale Infrastruktur, Energie und Umwelt oder Verkehr. Von der Strukturierung über die ideale Finanzplanung bis hin zum Projektmanagement stehen wir Städten, Gemeinden und Unternehmen verlässlich zur Seite.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR INFRA BANKING EXPERTS

www.kommunalkredit.at





Heute war gestern auch schon:

### "Ohne Geld ka Musi"



Robert Hink, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes von 1988 bis 2011, und Franz Romeder, Bürgermeister von Schweiggers und Präsident des Österreichischen Gemeindebundes von 1987 bis 1999.

"Die Gemeinden als größter öffentlicher Investor haben zum Wirtschaftsaufschwung in Österreich mit klugen und vorausschauenden Investitionen wesentlich beigetragen." Knapp und einfach nannte Gemeindebund-Päsident Franz Romeder die Dinge immer schon beim Namen. Und weiter in seinem Kommentar in der Dezember-Ausgabe des KOMMUNAL 1989: "Statt neue Belastungen brauchen die Gemeinden neue Investitionsund Entfaltungsmöglichkeiten. Das ist bürgernahe Politik im Interesse jedes einzelnen Bürgers (und jeder einzelnen Bürgerin natürlich, aber 1989 war "das Gendern" noch nicht in Mode, Anm.) und damit des Gesamtstaates. Das ist gleichzeitig der wesentliche Beitrag der Gemeinden zur Zukunftssicherung Österreichs".

Sätze von gestern, die auch 2014 noch Gültigkeit haben. Erst Anfang des Monats bei der Präsentation des Gemeindefinanzberichts fielen ähnliche Wortmeldungen. Dass eine Finanzbedarfserhebung auch 1989 für die Gemeinden wichtig war, führte auf der gegenüberliegenden Seite Gemeindebund-"General" Robert Hink aus: "Das geflügelte Wort ,Ohne Geld ka Musi' gilt heute (und 2014) wie eh und je und gilt insbesonders auch für die Gemeinden. Die Kommunalautonomie, auf die wir alle stolz sind, kann letztlich nur dann sinnvoll verwirklicht werden, wenn die Gemeinden auch finanziell entsprechend ausgestattet sind. Wir bestehen darauf, dass den Gemeinden nicht zusätzliche finanzielle Opfer auferlegt werden und dass gar Einnahmen in Frage gestellt werden, ohne dass für entsprechende Alternativen gesorgt wird."

Ein beeindruckender Weitblick zu einem Thema, das leider immer noch aktuell ist undimmer wieder angesprochen werden muss.

#### **Europäische Kommission**

## Investitionsoffensive zur Förderung von Beschäftigung

Die Europäische Kommission hat am 26. November eine Investitionsoffensive mit einem Volumen von mindestens 315 Milliarden Euro angekündigt, um das Wachstum in Europa wieder anzukurbeln und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Investitionsoffensive beruht auf drei Komponenten:

- Einrichtung eines mit öffentlichen Mitteln garantierten neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), um in den kommenden drei Jahren (2015–2017) zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 315 Milliarden Euro zu mobilisieren;
- Schaffung einer glaubwürdigen Projekt-Pipeline in Verbindung mit technischer Hilfe, damit die Investitionen dorthin fließen, wo sie am dringendsten benötigt werden;
- Aufstellung eines ehrgeizigen Zeitplans, um Europa für Investitionen attraktiver zu machen und regulatorische Engpässe zu beseitigen.

Nach Schätzungen der Europäischen Kommission könnten das BIP der EU durch das vorgeschlagene Maßnahmenpaket in den nächsten drei Jahren um 330 bis 410 Milliarden Euro gesteigert und bis zu 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Jyrki Katainen, zuständig für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit: "Wir brauchen neue Investitionen in Europa, und hierzu

müssen zusätzliche private Mittel mobilisiert werden. Der neue Europäische Fonds für strategische Investitionen wird dabei als Multiplikator dienen. Jeder im Rahmen des Fonds aus öffentlichen Mitteln mobilisierte Euro wird Investitionen von etwa 15 EUR generieren, die andernfalls nicht getätigt würden. Der Fonds



verfügt somit von Anfang an über eine beträchtliche Schlagkraft, und sein Tätigkeitsfeld kann in dem Maße, in dem weitere Akteure hinzukommen, erweitert werden. Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten und die nationalen Förderbanken zur Beteiligung auf, um die Wirkung des Fonds zu vervielfachen und weitere positive Ausstrahlungseffekte für die europäische

http://cor.europa.eu

Wirtschaft zu erzielen."

Ausgliederungen umfassend berücksichtigt

TIHEMEN

Light

Light

Loci © Committee of the Regions / Wim Daneets

Christophe Rouillon, Bürgermeister von Coulaines (F).

EU-Kommunikationsplan für 2015–2019

#### Maastricht-Schuldenstand

2012 wurden die Ausgliederungen der Gemeinden umfassend erhoben, Ende September hat Statistik Austria den Maastricht-Schuldenstand nach dem neuen ESVG 2010 veröffentlicht.

Nach der Vollerhebung der Gemeindegesellschaften im Jahr 2012 wurde im Juni 2013 von Statistik Austria bekanntgegeben, dass die Gemeindeebene (ohne Wien) über 1875 öffentliche, von ihr kontrollierte Einheiten verfügt (Wien 133). Es zeigte sich, dass bei einer Größe bis .000 Einwohner nur rund jede vierte Gemeinde über eine Gesellschaft verfügt, bei den Gemeinden über 5000 Einwohner liegt dieser Anteil bereits bei rund 85 Prozent. Gemäß

#### MAASTRICHT-SCHULDENSTAND 2012

	ESVG 95 (alt)	ESVG 2010
Bund	198,8	223,4
Länder	17,4	21,8
Wien	5,0	5,6
Gemeinden	4,3	6,8
SV	1,7	1,7
Gesamtstaat	227,2	259,3

Beträge in Milliarden Euro

einer Studie des Staatsschuldenausschusses aus 2011 liegen die Gründe für kommunale Ausgliederungen weniger in der Erreichung der Maastricht-Ziele oder der Absicht eine staatliche Einheit nach unternehmerischen Gesichtspunkten zu führen, sondern fast ausschließlich in der Erreichung des Vorsteuerabzugs. Da diese Möglichkeit durch den Bund mittlerweile stark eingeschränkt wurde (1. Stabilitätsgesetz 2012) – auch der Mieter muss vorsteuerabzugsberechtigt sein (was Gemeinden nicht sind) - ist künftig mit wenigen neuen Ausgliederungen (die gemäß dem Österreichischen Stabilitätspakt 2012 binnen zwei Monaten zu melden sind) zu rechnen, sondern eher mit Wiedereingliederungen. Der Österreichische Gemeindebund konnte hierbei durchsetzen, dass die Rückgängigmachung von Ausgliederungen zu den selben steuerlichen Konditionen wie die einstige Ausgliederung erfolgen kann (BGBl. I Nr. 5/2013). Statistik Austria ging im Sommer 2013 davon aus, dass voraussichtlich 1200 der genannten Einheiten dem Sektor Staat zuzurechnen sind, mit Stand September 2014 waren es mit Wien (39) dann 1276 Einheiten - vorwiegend Gemeindeimmobiliengellschaften. Beim Bund kamen 61 und bei den Ländern 60 hinzu. Laut dem neuen ESVG-Regime muss ein Marktproduzent zumindest 50% der laufenden Produktionskosten über längere Zeit durch Produktionserlöse decken und weiters wird u. a. geprüft, ob derartige Erlöse zu weniger als 80 Prozent aus dem Sektor Staat kommen (also nicht nur Mietzahlungen der Gemeinde an ihre Errichtungsgesellschaft vorliegen), ansonsten wird die Einheit dem Sektor Staat zugeordnet und zur Gänze schuldenwirksam Der aktuelle Maastricht-Schuldenstand der Gemeinden ohne Wien liegt 2013 bei 7,1 Mrd. EUR (Wien 5.9 Mrd.), die nebenhstehende Tabelle verdeutlicht exemplarisch für 2012 die Auswirkungen der Umstellung auf das neue ESVG 2010.

### Vor Ort investieren, den Haushalt dezentralisieren, die Bürger mitnehmen

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode der EU und nicht einmal ein Jahr nach der Europawahl, die erneut ein Beleg für das schwindende Vertrauen in die EU war, betont der Ausschuss der Regionen (AdR), dass es Sache der EU-Institutionen sei, neue Wege der Kommunikation zu beschreiten, um "die EU den Bürgern wieder näherzubringen". Berichterstatter Christophe Rouillon, Bürgermeister von Coulaines (Frankreich), forderte für den AdR für die nächste Europawahl 2019 einen gemeinsam von allen Institutionen getragenen Kommunikationsplan mit messbaren Zielen, in dem

die Städte und Regionen in einem wirklich dezentralen Ansatz eine Hauptrolle spielen. Rouillon: "Nach dem Schock und dem Misserfolg der letzten Europawahl stehen die EU-Institutionen in der Pflicht. Eine neue gemeinsame Strategie muss für eine wirkliche Dezentralisierung der Kommunikation sorgen, gestützt auf lokale Medien und Entscheidungsträger. Wir müssen zu den Bürgern gehen, ihnen zuhören und mit ihnen in ihrer Sprache reden, um vor Ort eine Debatte anzustoßen, in der sie ihre Erwartungen an Europa vorbringen können." http://cor.europa.eu

#### Hackerangriff

#### Chaos bei Kommunalwahlen in Polen

Im November fanden in Polen Kommunalwahlen statt. Es wurden die Parlamente von 16 Woiwodschaften, 379 Landkreistage sowie rund 47.000 Gemeinderäte der Gemeindeparlamente von 2478 Gemeinden gewählt. Dabei wurden die rund 2500 Gemeindebürgermeister und Stadtpräsidenten direkt gewählt. Die erste Wahlrunde verlief chaotisch und resultierte in einem überraschenden Wahlergebnis. Laut dem offiziellen Endergebnis ging die liberal-konservative Regierungspartei Bürgerplattform (PO) als Sieger hervor. Mit einwöchiger Verspätung kam heraus: Ihre Partei holte mit 179 Sitzen in den örtlichen Kommunen die meisten Mandate. Die PO stellt damit acht der 16 Regionalregierungen. Grund für das verspätete Wahlergebnis war laut Wahlkommission, dass ihre Webseite gehackt worden sei. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen der Hackerattacke aufgenom-

Quelle: www.institut-ire.eu



## "2015 wird ein kritisches Jahr"

Mit dem Gemeindefinanzbericht 2013 legten die heimischen Gemeinden Anfang Dezember ihre kumulierten Finanzdaten offen. Die Eckdaten stimmen positiv, dürfen aber nicht den Blick auf die Tatsache verstellen, dass das kommende Jahr 2015 ein schwieriges wird. "Es wird ein kritisches Jahr", warnte Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer eindringlich.

#### Hans Braun

as Ergebnis ist durchaus positiv und zeigt, dass die Gemeinden auch 2013 den Konsolidierungspfad weitergegangen sind", so Gemeindebund-Präsident Helmit Mödlhammer bei der Präsentation des **Gemeindefinanzberichts**. Erneut haben die Kommunen das Maastricht-Ziel erreicht und den innerstaatlichen Stabilitätspakt erfüllt. Konkret haben die Gemeinden (ohne Wien) das Rechnungsjahr 2013

mit einem Maastricht-Überschuss von 68 Millionen Euro abgeschlossen.

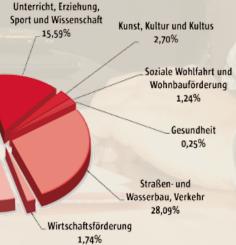
2013 erwirtschafteten die österreichischen Gemeinden mit 1.550,1 Millionen Euro zudem den dritthöchsten Überschuss der laufenden Gebarung seit dem Jahr 2001. Auch die freie Finanzspitze stabilisierte sich mit 496,2 Millionen auf hohem Niveau. Und es kam zu einer weiteren Belebung bei den kommunalen Investitionen mit



www. kommunalkredit.at/ DE/Info-Corner/ Berichte/ Gemeindefinanz bericht+2014+ Download.aspx







Im Bereich Investitionen agierten die Gemeinden mutiger als im Jahr zuvor und erhöhten ihre Investitionen um 181,7 Millionen Euro auf 1,9 Milliarden. Sie kamen somit ihrer wichtigen Rolle für die regionale Standortsicherung nach.

	2012	2013
Saldo laufende Gebarung	1.595 Mio.	1.550 Mio.
Freie Finanzspitze	525 Mio.	496 Mio.
Finanzierungssaldo*	377 Mio.	179 Mio.
Schuldenstand	11.359 Mio.	11.351 Mio.
Rücklagen	1.568 Mio.	1.678 Mio.
Investitionen	1.641 Mio.	1.823 Mio.

<sup>\*</sup> Der Finanzierungssaldo lt. VRV 1997 ist nur eine Annäherung an das tatsächliche Maastricht-Ergebnis der Gemeinden. Das offizielle Maastricht-Ergebnis der Gemeinden ergibt sich nach einer Bereinigung des Finanzierungssaldos durch die Statistik Austria. 2013 kam es zu einer ungewöhnlich starken Differenz zwischen Finanzierungssaldo und offiziellem Maastricht-Ergebnis, was vor allem auf die erstmalige Einbeziehung der Ergebnisse der ausgegliederten Gesellschaften der Gemeinden gemäß der statistischen Reform der EU-ESVG 2010 zurückzuführen ist.

einem deutlichen Anstieg um 182 Millionen Euro beziehungsweise. 11,1 Prozent auf 1.823 Millionen Euro.

Die Ergebnisse im Detail sind in der **Dezember-Ausgabe** von KOMMUNAL nachzulesen. "Einmal mehr haben sich die Gemeinden als Sparmeister erwiesen und ihre Maastricht-Verpflichtungen übererfüllt", so Mödlhammer. "Das ist nicht nur ein wichtiges Signal an die Bürger/innen, sondern auch an Bund und Länder, die hier noch Handlungsbedarf haben."

Eindringlich wird davor gewarnt, die Gemeinden mit neuen Aufgaben zu belasten, die sie mitfinanzieren sollen, zusätzliche Leistungen des Staates sind nicht finanzierbar.

#### Mödlhammers Sorgen

Trotz aller Erfolge, die die Gemeinden aufzuweisen haben, gibt es auch, so Mödlhammer, einigen Grund zur Sorge. Die Ziele wurden nur ganz knapp erreicht. So sei der Überschuss äußerst gering und nur mit großen Anstrengungen erreicht worden. Die Gemeinden sind hier an der Grenze der Belastbarkeit angelangt

Als "zweite Sorge" nannte Mödlhammer den Aufholbedarf bei den Investitionen, der ein enorm hoher sei. Die vergangenen Jahre sahen sehr sparsame Investitionen der Gemeinden, allein bei der Siedlungswasserwirtschaft (Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung) gäbe es derzeit einen Investitionsbedarf von mehr als einer Milliarde Euro. Deshalb sei im Gemeindebund auch das Unverständnis über den Bund, der hier überaus zaghaft agiert, sehr groß (mehr über das Thema Siedlungswasserwirtschaft lesen Sie auf Seite 25 dieser Ausgabe).

Der Aufholbedarf in den Bereichen Kinderbetreuung, bei den Schulen und im Straßenbedarf sei ähnlich groß.

'Àls dritten Sorgenpunkt nannte Mödlhammer die nach wie vor massiven Steigerungen bei den Transferzahlungen. "Wir schieben insgesamt 3,3 Milliarden Euro zwischen den Gebietskörperschaften hin und her – hier wäre ein riesiges Einsparungspotenzial", wie Mödlhammer monierte. Allein im Bereich Gesundheit hätten in den vergangenen fünf Jahren die Kosten um 18 Prozent zugenommen. "Diese Transfers entwickeln sich ausschließlich zu Lasten der Gemeinden." Hier verlangte der Gemeindebund-Chef klare Richtungen und Kompetenzen. "Schon jetzt leisten die Gemeinden um 1,3 Milliarden Euro mehr an Zahlungen an die Länder, als sie Einnahmen aus Transferzahlungen haben. Steigerungen dieser Größenordnung werden wir auf Dauer nicht verkraften können, darüber müssen wir bei den anstehenden Verhandlungen zum Finanzausgleich dringend sprechen."



www.kommunal. at/kommunal/ online-lesen/archiv/ ausgaben-2014.html

### Leichter Anstieg

Die freie Finanzspitze gilt als Indikator für den finanziellen Handlungsspielraum einer Gemeinde und deren zukünftiges Investitionsverhalten. Sie ergibt sich aus dem Saldo der laufenden Gebarung abzüglich geleisteter Tilgungszahlungen. Mit 496,2 Millionen Euro stabilisierten sich 2013 die frei verfügbaren Finanzmittel der Kommunen auf hohem Niveau. Dieser Wert liegt über dem Durchschnittswert der letzten zwölf Jahre von 426 Millionen Euro. Für 2014 wird ein Anstieg der freien Finanzspitze um 60 Millionen auf 566 Millionen Euro erwartet, Dies ergibt sich aufgrund des prognostizierten Anstiegs der Ertragsanteile um 3,4 Prozent sowie der Kommunalsteuer um 2,2 Prozent, der angenommenen Fortschreibung der Ausgabendynamik und Schuldentilgungen mit dem durchschnittlichen Anstieg der letzten fünf Jahre. 2015

FREIE FINANZSPITZE UND BRUTTOINVESTITIONEN 1991-2014



Vierte Sorge: Die Zahl der Abgangsgemeinden steigt, was darauf zurückzuführen sei, dass es in Österreich viele Abwanderungsgemeinden gibt. Abwanderung aber bedeutet auch Verlust an Wirtschaftskraft, Verlust an Geldmittel.

41 Prozent aller Abwanderungsgemeinden würden Grund zur Sorge geben, genauso wie die großen Städte, wo es die größten Defizite gibt, wo allein der Verschuldungsgrad dieser Kommunen die Erfolge der kleinen Gemeinden überdecken würde. Mödlhammers fünfte – und größte – Sorge ist jedoch die derzeitige Wirtschaftslage und

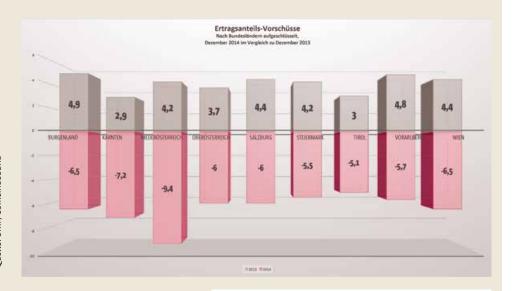
Mit 496 Millionen Euro stabilisierte sich die freie Finanzspitze 2013 auf hohem Niveau. Diese positive Entwicklung lässt vermuten, dass 2014 die Investitionstätigkeit der Gemeinden weiter zunehmen wird.

entwickelt sich die Einnahmenseite weiter positiv (Prognose: +2,7 Prozent Ertragsanteile, +5,4 Prozent Kommunalsteuer) bei weiterhin stabiler Schuldentilgung. 2014 und 2015 wird die freie Finanzspitze aus heutiger Sicht stabil auf dem derzeitigen hohen Niveau verbleiben.

Quelle: Gemeindefinanzbericht.

### **Massiver Einbruch im Dezember: 40 Millionen Euro weniger**

Dramatische Entwicklung bei den Ertragsanteilen – die Dezember-Vorschüsse der Gemeinden ohne Wien sacken um 40 Millionen Euro oder 6,7 Prozent ab. Die kommenden Monate werden zeigen, ob das nur ein "Ausreißer" war oder ob sich hier ein Trend abzeichnet.



Die länderweisen Ergebnisse liegen zwischen minus 5,1 Prozent (Tirol) und minus 9.4 Prozent (Niederösterreich). Dieses hohe niederösterreichische Minus erklärt sich durch die im Oktober 2013 um 40 Prozent höheren Einnahmen an Grunderwerbsteuer (diese wird nach dem länderweisen Aufkommen dem Verteilungsmechanismus des Finanzausgleichs zugeführt).

Körperschaftsteuer bricht ein Die Gründe für dieses Ergebnis der Dezember-Vorschüsse liegen zum einen im hohen Ausgangsniveau des Vergleichsmonats Dezember 2013 und zum anderen im bereits sichtbaren Konjunkturabschwung, der sich besonders in der Körperschaftsteuer niedergeschlagen hat, die im zugrundeliegenden Oktober-Erfolg gegenüber 2013 um 43 Prozent eingebrochen ist. Daneben spiegelt auch die Umsatzsteuer (minus 4,2 Prozent) die Zurückhaltung im Konsum- und Investitionsbereich wieder und selbst die nach wie vor sehr dynamischen Lohnsteuereinnahmen (plus sieben Prozent) konnten das Minus bei den Dezember-Vorschüssen nicht verhindern. Noch im Sommer lagen die aufsummierten Monatsvorschüsse mehr als sechs Prozent über jenen des Vorjahres, in den letzten drei

Die Gründe für dieses Ergebnis der Dezember-Vorschüsse liegen zum einen im hohen Ausgangsniveau des Vergleichsmonats Dezember 2013 und zum anderen im bereits sichtbaren Konjunkturabschwung.

> bis vier Monaten trübte sich das Bild jedoch deutlich ein. Das nunmehr vorliegende 2014er-Jahresergebnis der Vorschüsse, das für die Gemeinden ohne Wien einen Zuwachs von vier Prozent (Wien 4.1 Prozent) zeigt, hat sich somit nach einem starken Jahresbeginn und einem schwachen Herbst fast punktgenau auf die vom Finanzministerium prognostizierte Zuwachsrate der Ertragsanteile von rund vier Prozent eingependelt.

#### Trüber Ausblick auf 2015

Angesichts der aktuellen Prognose können die plus vier Prozent des abgelaufenen Jahres aber noch sehr positiv gesehen werden, denn das Finanzministerium geht für 2015 von einem Zuwachs der Ertragsanteile ohne Wien von lediglich +2,7 Prozent aus (Wien +3,8

Bedrückender Schluss: Das Haushaltsjahr 2015 wird kein einfaches.

der damit verbunden Verlust an Steuereinnahmen und Ertragsanteilen.

#### Warnung vor neuen Aufgaben & Belastungen

"Wir sehen, dass die Einnahmen aus den Ertragsanteilen im November und Dezember schon sehr deutlich zurückgehen. In beiden Monaten haben wir ein Minus im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen." Dies sei auf die rückläufigen Steuereinnahmen des Bundes, vor allem aus der Umsatzsteuer und der Körperschaftsteuer, zurückzuführen. Auch Einkommensteuer und Kapitalertragsteuer entwickeln sich negativ. "Das bekommen die Gemeinden natürlich unmittelbar zu spüren", so Mödlhammer. "Ich kann daher nur eindringlich davor warnen, die Gemeinden mit neuen Aufgaben zu belasten, die sie mitfinanzieren sollen. Wir sind noch lange nicht in den guten Zeiten, in denen zusätzliche Leistungen des Staates finanzierbar wären", so der Gemeindebund-Präsident. Kritisch kommentierte Mödlhammer vor allem die Tatsache. dass die Gemeinden in die Verhandlungen um eine Steuerreform nicht eingebunden sind. "Es ist nicht besonders sinnvoll, wenn sich Bund und Länder über eine Steuerreform einigen, bei der die Gemeinden auch mitwirken bzw. beitragen sollen. Das ist nicht die Form von Partnerschaft, die wir uns vorstellen", so der Gemeindebund-Chef. "Wenn eine allfällige Steuerreform - ohne dass sie mit uns verhandelt wurde - zu Lasten der Gemeinden geht, dann werden wir uns zu wehren wissen."

#### Der weitere Ausblick stimmt positiv

2014 und 2015 wird die freie Finanzspitze aus heutiger Sicht auf hohem Niveau verbleiben. Für 2014 wird ein Anstieg der freien Finanzspitze um 60 Millionen auf 566 Millionen Euro erwartet. Dies ergibt sich

#### PRESSESTIMMEN ZUM GEMEINDEFINANZBERICHT

#### Steuerreform beherrschendes Thema

Sehr große Resonanz fand der Gemeindefinanzbericht naturgemäß auch in der österreichischen Presselandschaft. KOMMUNAL hat die wichtigsten Meldungen des

3. Dezember 2014 in Auszügen zusammengefasst.

#### **KLEINE ZEITUNG**

#### Gemeinden sind wegen Steuerreform besorgt

Die Gemeinden haben im Vorjahr mehr investiert, ein leicht positives Einnahmen-Ausgaben-Saldo und ihre Schulden reduziert. Zufrieden sind sie trotzdem nicht, wie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer bei der Präsentation des Gemeindefinanzberichts 2013 ausführte. Denn man befürchtet Belastungen durch die Steuerreform und ist verärgert, dass die Regierung die Kommunen nicht mitreden lässt.

#### **DIE PRESSE**

#### Steuerreform: Gemeinden fühlen sich übergangen

"Die Gemeinden sind die einzige stabile Kraft, die die Ziele erreicht hat. Knapp erreicht hat", sagt Helmut Mödlhammer, der Gemeindebund-Präsident. … Für das Jahr 2014, so Mödlhammer, sollte es sich mit einem ausgeglichenen Budget noch einmal ausgehen, 2015 stehe dann aber "die Nagelprobe" an. Zum einen wegen der wirtschaftlichen Lage, allein im Oktober seien die Körperschaftsteuereinnahmen massiv eingebrochen. Zum anderen wegen der Steuerreformpläne der Regierung.

#### **KURIER**

#### Verwaltung: Gemeinden drohen Regierung

... Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer: Mit "überbordender Verwaltung" müsse Schluss sein. Auf die Regierung ist er schlecht zu sprechen. Es gehe nicht an, dass keine Kommunalvertreter in der Steuerreform-Kommission seien. Brieflich habe er sich deswegen an Kanzler und Vizekanzler gewendet. Deren Reaktion? "Null."
Mödlhammer warnt
davor, die Gemeinden
durch die Steuerentlastung zu belasten
– weil sich diese
konsolidiert haben
(2013: Überschuss von sieben Millionen
Euro): "Wir
werden uns
zu wehren

#### **SALZBURGER NACHRICHTEN**

#### Gemeinden sind wegen Steuerreform besorgt

wissen."

Die Gemeinden haben im Vorjahr mehr investiert, ein leicht positives Einnahmen-Ausgaben-Saldo und ihr Schulden reduziert. ... Mödlhammer drohte daher schon einmal vorsorglich, dass man den Konsultationsmechanismus zwischen den Gebietskörperschaften auslösen werde, wenn Bund und Länder ohne Einbindung der Gemeinden eine Entlastung beschließen würden, die die Kommunen durch die fehlenden Steuerertragsanteile belasten würde.

#### **DER STANDARD**

#### Saldo: Gemeinden stehen gut da

Helmut Mödlhammer will Aufnahme des Gemeindebundes in die Steuerreform-Gruppe der Regierung. ... Auftrieb gibt Mödlhammer, dass der VfGH heuer in Sachen Bahnkreuzungen klar geurteilt habe, dass der Bund keine Regelungen zulasten der Gemeinden beschließen dürfe. Alleine daher wäre es für den Gemeindebund-Cheflogisch, die Kommunen in die Arbeitsgruppe der Regierung aufzunehmen

aufgrund des prognostizierten Anstiegs der Ertragsanteile um 3,4 Prozent, einem Anstieg der Kommunalsteuer um 2,2 Prozent sowie der angenommenen Fortschreibung der Ausgabendynamik und Schuldentilgungen mit dem durchschnittlichen Anstieg der letzten fünf Jahre. Für 2015 wird eine weitere positive Entwicklung der Einnahmenseite prognostiziert (Prognose: plus 2,7 Prozent Ertragsanteile, plus 5,4 Prozent Kommunalsteuer) bei weiterhin stabiler Schuldentilgung.

Im Bereich der Gemeindeinvestitionen besteht für 2014 die berechtigte Erwartung eines weiteren Anstiegs aufgrund der hohen freien Finanzspitze der Gemeinden.

Mit Einführung des Pflegefonds im Jahr 2011 gelang es, die Dynamik der Ausgabenzuwächse im Bereich der Sozialen Wohlfahrt zu bremsen, wobei darauf hinzuweisen ist, dass der Pflegefonds zu 11,883 Prozent (allgemeiner Abgabenschlüssel des Finanzausgleichgesetzes 2008 (FAG)) von den Gemeinden mitfinanziert wird. Bereits 2013

**INTERVIEW:** Kommunalkredit-Chef

#### Die Gemeinden sind

#### Die Prognose für 2015 ist ja nicht euphorisch. Wie ist Ihre Meinung?

Man muss realistisch sein und die Daten für 2014 – die ja noch stabil sind – schon vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung sehen. Grundsätzlich sind die Gemeinden sehr positiv aufgestellt, wie allein das Maastricht-Ergebnis zeigt. Es könnte aber Druck von unten kommen, wenn die Steueraufkommen sich entsprechend der Konjunktur entwickeln. Da fahren die Kommunen 1:1 entsprechend dem Finanzausgleich mit.

#### Ist der Einbruch der Ertragsanteile im Dezember ein Ausreißer oder ein Trend?

Um diese Frage zu beantworten, sollten wir das erste Quartal 2015 abwarten. Wir wissen, dass die Konjunkturprognosen "Wenn eine allfällige Steuerreform – ohne dass sie mit uns verhandelt wurde – zu Lasten der Gemeinden geht, dann werden wir uns zu wehren wissen."

Helmut Mödlhammers Warnung an die Regierung, den Gemeinden neue Belastungen aufzubürden.



wurde die Verlängerung des Pflegefonds bis 2016 gefestigt. Für die Jahre 2011 bis 2014 waren bisher im Pflegefonds insgesamt 685 Millionen Euro vorgesehen; 2015 und 2016 werden nunmehr zusätzliche 650 Millionen Euro bereitgestellt. Das Regierungsprogramm sieht eine weitere Verlängerung bis 2018 mit jeweils 350 Millionen pro Jahr vor. Auch 2014 und 2015 werden die Zinsausgaben der Gemeinden auf äußerst niedrigem Niveau verbleiben. Die Gemeinden pro-

fitieren unter anderem von der Fortsetzung der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). So blieb der durchschnittliche "3-Monats-Euribor" 2014 bis Ende Oktober bei 0,24 Prozent (2013: 0,22 Prozent). Für 2015 wird ein unter dem Niveau vom 2013 liegender Wert von 0,07 Prozent erwartet. Insgesamt ist somit davon auszugehen, dass die Zinsausgaben der Gemeinden in den Jahren 2014 und 2015 auf dem gleichen Niveau wie 2013 bleiben.

Alois Steinbichler im Gespräch

#### sehr positiv aufgestellt



in Europa nicht sehr rosig sind, aber wir sollten uns andererseits auch nicht in eine pessimistische Grundhaltung treiben lassen. Die Kommunalkredit vergibt immer noch jedes Jahr um die 500 Millionen Euro Fördermittel, hinter denen 2,5 Milliarden Investitionsvolumen stehen. Es passiert also viel.

Eine Frage zu den Zinsen. Es werden die ersten Stimmen laut, auf einen Fixzinssatz umzusteigen. Was wäre Ihr Zugang?

Spannende Frage. Noch viel tiefer kann das Zinsniveau nicht gehen, weil es Negativzinsen für Kredite sicher nicht geben wird. Man macht also jetzt keinen Fehler, wenn man sich stabili-

Andererseits gibt es aber auch kein akutes Bedrohungspotenzial einer Zinssteigerung. Die Amerikaner habe die Hörner schnell wieder eingezogen, als sie das im Oktober versucht haben. Man ist auch bei der EZB im allgemeinen wieder auf einem sehr benevolenten (günstiger) Zinskurs.

#### **KOMMENTAR**

#### Verstärkte Aufgabenorientierung und faire Mittelverteilung

Hohes Verantwortungsbewusstsein und strenge Budgetdisziplin haben dazu beigetragen, dass die Gemeinden auch im Vorjahr positiv bilanzieren konnten. "Das verdanken sie den exzellenten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die mit Sorgfalt und Disziplin ihr Amt im Sinne ihrer Gemeindebürger ausüben", dankt ihnen ÖVP-Gemeindesprecher Abg. z. NR Nikolaus Prinz für ihren Einsatz. Laut Gemeindefinanzbericht 2014 sind die Investitionen um über elf Prozent und die Rücklagen um sieben Prozent im Jahr 2013 gestiegen. Zugleich konnten die Finanzschulden leicht abgebaut werden.

schulden leicht abgebaut werden. "Entwarnung stellt dies aber noch keine dar", pocht Prinz auf eine gerechtere Mittelverteilung sowie eine verstärkte Aufgabenorientierung im Rahmen der kommenden Finanzausgleichsverhandlungen.

Besonderes Augenmerk muss für den ÖVP-Gemeindesprecher auf die gestiegenen Beiträge bei den Transferzahlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abseits des Finanzausgleichs gelegt werden. "Hier

geht es um Trans-

Nikolaus Prinz, Gemeindesprecher der ÖVP im Nationalrat

fers und Transaktionen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften", fordert Prinz Kompetenzbereinigungen. "Dinge sollen dort erledigt und auch finanziert werden, wo der Mensch zu Hause ist", spricht sich Prinz für einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und Neuerungen im Rahmen der Kommunalsteuer aus. "Hier braucht es eine gerechtere Verteilung zwischen Wohnund Arbeitsort."

Für den Bürgermeister einer ländlichen Gemeinde ist aber auch wichtig, dass der ländliche Raum nicht länger als Ausgleichsraum für Ballungsräume dient. "Es ist erlaubt, darüber nachzudenken, dass in Zukunft jeder Bürger gleich viel wert ist, egal, wo er wohnt." Derzeit ist es ja so, dass jene Bundesländer und Gemeinden, die unter dem Durchschnitt des Bevölkerungswachstums liegen, mit weniger öffentlichen Mitteln aus dem Finanzausgleich auskommen müssen, während etwa Wien, das auch in den kommenden Jahren stark wachsen wird, etwa mit dem Doppelten an Geldströmen rechnen kann.

Vermögensverwaltung und gewerbliche Tätigkeit bei Immobilien

# Massiver Eingriff in die Finanzierbarkeit von Gemeindeinvestitionen

Laut dem 1. Stabilitätsgesetz 2012 ist seit 1. 9. 2012 bei der Vermietung und Verpachtung von Immobilien der Vorsteuerabzug dann nicht möglich, wenn einerseits mit den Baumaßnahmen nach dem 1. 9. 2012 begonnen wurde und andererseits der Mieter (Nutzer der Immobilie) nicht mindestens zu 95 Prozent zum Vorsteuerabzug berechtigt ist.

Dietmar Pilz

Bei der Nutzung von kommunalen Immobilienprojekten ist die reine Vermögensverwaltung – als Vermietung von Grundstücken – von der gewerblichen Tätigkeit, also einem Betrieb gewerblicher Art

Rein vermögensverwaltende Tätigkeiten sind unter anderem die zentrale Versorgung der Räume mit Heizwärme und Warmwasser oder die Verrechnung von Fernwärme und Strom.

im Sinn des Körperschaftsteuergesetzes, zu unterscheiden. Bei letzterem besteht nämlich weiterhin der volle Vorsteuerabzug von den Errichtungskosten. Die Frage der Abgrenzung zwischen der reinen Vermögensverwaltung und einem Betrieb gewerblicher Art wurde in einem gemeinsamen Schreiben von Österreichischem Gemeindebund und Österreichischem Städtebund an das BMF herangetragen.

Dabei ging es im Wesentlichen um folgende Inhalte: Im Zusammenhang mit der Vermietung und/oder dem Betrieb von Sport- und Spielanlagen, Mehrzweckhallen sowie Sportund Turnhallen durch Körper-



Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes

schaften öffentlichen Rechts
– also auch Gemeinden – sind
je nach Nutzung verschiedene
umsatzsteuerliche Beurteilungen vorzunehmen. Die Nutzung
kann die bloße Vermietung
von Grundstücksflächen und
Betriebsvorrichtungen ohne wesentliche Nebenleistungen oder
die gewerbliche Vermietung einer Anlage mit Zusatzleistungen
umfassen.

#### "Vermögensverwaltung" oder "Betrieb gewerblicher Art"

Je nach Leistungsumfang kann bei Körperschaften öffentlichen Rechts eine Vermietungstätigkeit gem. § 6 Abs 1 Z 16 UStG (fiktiver Vermietungs-BgA), die Begründung eines Betriebes gewerblicher Art oder die Überlassung eines Betriebes gewerblicher Art vorliegen. Nur bei einem fiktiven Vermietungs-BgA sind die Trennung einer steuerfreien Grundstücksvermietung und einer ev. steuerpflichtigen Vermietung von Betriebsvorrichtungen sowie die Optionsbeschränkungen gem. § 6 Abs 2 UStG 1994 betreffend den Verzicht auf die Steuerbefreiung und damit verbundene Vorsteuerabzugsfähigkeiten zu berücksichtigen. Bei einer Vermietung mit sachlicher und

personeller Betriebsausstattung (Rz 262 UStR) werden die Kriterien für einen Regel-BgA im Allgemeinen erfüllt; es sind daher die Nutzungsentgelte einheitlich mit 20 Prozent Umsatzsteuer zu verrechnen. Liegt grundsätzlich ein BgA vor, so stellt auch dessen Überlassung (Rz 263 UStR) eine umsatzsteuerpflichtige Leistung, die dem Normalsteuersatz unterliegt, dar. Die Frage der Abgrenzung zwischen einem Vermietungs-BgA und einem Regel-BgA ist also in Hinblick auf einen möglichen Vorsteuerabzug von entscheidender Bedeutung für Gemeinden.

Abgrenzungskriterien zwischen Vermietung und Betrieb gewerblicher Art: Die Vermietung von Gebäuden begründet dann einen körperschaftsteuerlichen BgA, wenn sie die Kriterien des § 2 Abs 1 KStG erfüllt, demnach gewerblich iSd § 23 EStG erfolgt. Die bloße Überlassung von bebauten Grundstücken im Rahmen der Vermögensverwaltung lässt noch keinen BgA entstehen. Werden jedoch über die Vermögensverwaltung hinaus Nebenleistungen erbracht, die nicht typischerweise mit Nutzungsüberlassungen verbunden sind, wird durch diese gewerbliche Tätigkeit ein BgA begründet. Rein vermögensverwaltende Tätigkeiten sind unter anderem die zentrale Versorgung der Räume mit Heizwärme und Warmwasser, die Verrechnung von Fernwärme und Strom, die Veranlassung von wiederkehrenden Servicearbeiten an Lift und Heizungen, die Übernahme von Müllabfuhr und Schneeräumung, die Beseitigung von Leitungsgebrechen, Adaptierungs- und Ausbauarbeiten, die der besseren Vermietbarkeit des Gebäudes dienen (selbst wenn sie beträchtliche Fremdmittel erfordern sollten), die Beistellung eines Hausbesorgers bzw. der von einem solchen üblicherweise zu verrichtenden Tätigkeit sowie die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen. Für eine gewerbliche Tätigkeit spricht die Übernahme von Nebenleistungen wie Reparaturen, Bewachung, Reinigung oder Bereitstellung von sachlichen Betriebsgrundlagen wie Einrichtungsgegenständen (etwa Garderobe, Bestuhlung, Bühne, Schankvorrichtungen) oder sonstigen Ausstattungen inkl. Personalleistungen (personelle Betriebsgrundlagen). Gem. Beispiel der Rz 263 UStR ist bei der Vermietung einer Mehrzweckhalle inklusive Betriebseinrichtung (technische Anlagen) und Haustechniker (bei einwohnermäßig kleineren

Gemeinden in der Regel der Hallenwart) bereits eine gewerbliche Vermietung iR eines BgA anzunehmen, wogegen die Vermietung ohne betrieblichen Hintergrund (z. B. ohne technische Anlagen und Betreuung) eine Vermietung gem. § 6 Abs 1 Z 16 UStG darstellt. Das Merkmal einer Tätigkeit von wirtschaftlichem Gewicht mit Erreichen einer Einnahmenhöhe von mehr als 2900 Euro per anno (Bagatellgrenze) wurde mittels jüngster VwGH-Entscheidung (2010/13/0006 vom 29. 1. 2014) bestätigt.

Überlassung-BgA: Wird ein Betrieb gewerblicher Art entgeltlich überlassen (verpachtet), gilt aufgrund der gesetzlichen Fiktion des § 2 Abs 2 Z 2 KStG auch diese entgeltliche Überlassung (Verpachtung) als Betrieb gewerblicher Art. Es ist unerheblich, ob es sich dabei um einen bereits bestehenden Betrieb

Bei künftigen kommunalen Miet- und Pachtprojekten ist auf das Vorhandensein der erforderlichen personellen und sachlichen Betriebsgrundlagen beziehungs weise die Erzielung der geforderten Einnahmen-Mindesthöhe von jährlich 2900 Euro netto unbedingt zu achten.

oder einen neu errichteten und nie selbst aktiv geführten Betrieb handelt. Es ist auch nicht erforderlich, dass sämtliche Betriebsgrundlagen übertragen werden (auch ein unzureichend ausgestatteter oder veralteter Betrieb gilt als BgA). Wird daher eine grundsätzlich als BgA einzustufende Anlage von einer KÖR bzw. Gemeinde "passiv" an Dritte als Betreiber zur Nutzung überlassen, ist von einer Verpachtung auszugehen. Daraus ergeben sich umsatzsteuerpflichtige Umsätze, die nicht unter die Befreiungsbestimmung des § 6 Abs 1 Z 16 UStG fallen, da ein sogenannter "Vertrag sui generis" gegeben ist. Als Mindestpachteinnahme verlangt die Finanzverwaltung 2900 Euro netto jährlich, damit der Vorsteuerabzug von den Errichtungs- bzw. laufenden Betriebskosten gewahrt bleibt. Das Pachtentgelt selbst ist mit 20 Prozent Umsatzsteuer zu verrechnen. Das Bundesministerium für

Finanzen hat dazu folgende Stellungnahme übermittelt, die

Bei Umsätzen aus dem Betrieb

dergegeben wird:

im Folgenden auszugsweise wie-

von Tennisplätzen, Golfplätzen, Minigolfanlagen und anderen Sport- und Spielanlagen kann keine auf die Grundstücksvermietung entfallende, unecht steuerfreie Umsatzkomponente angesetzt werden, wenn vom leistenden Unternehmer außer der bloß "passiven" Zurverfügungstellung des Grundstückes (samt Anlagen) noch geschäftliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Sport- oder Spielanlage, wie z. B. Aufsicht, Verwaltung, ständige Unterhaltung, erbracht werden (vgl. EuGH 18.1.2001, Rs C-150/99; UStR 2000 Rz 891a). Auch die entgeltliche Überlassung eines BgA (nach § 2 KStG) begründet gemäß § 2 Abs. 2

Z 2 KStG einen – auch für die Umsatzsteuerzwecke relevanten – BgA. Ist ein konkreter Sachverhalt nach UStR 2000 Rz 263 als) steuerpflichtige Überlassung eines BgA und nicht als unecht befreite Vermietung eines Grundstücks gem. § 6 Abs. 1 Z 16 UStG 1994 zu beurteilen, kommt § 6 Abs 2 UStG 1994 idF des 1. StabG 2012 nicht zur Anwendung. Für die Frage des Vorliegens einer Überlassung eines BgA ist unerheblich, ob ein bereits bestehender Betrieb oder ein von der Trägerkörperschaft neu errichteter und nie selbst aktiv geführter Betrieb entgeltlich zur Nutzung überlassen wird. Es muss sich aber um einen dem Grunde nach betriebsbereiten Betrieb handeln. Es ist nicht erforderlich, dass sämtliche Betriebsgrundlagen übertragen werden. So kann auch die Überlassung einer unzureichenden oder veralteten Betriebsausstattung einen BgA begründen (vgl. KStR 2013 Rz 86). Wird eine Sportanlage (z. B. Tennisplatz- oder Golfplatzanlage) "passiv" beispielsweise einem Verein oder einer Gesellschaft, der/die die Anlage in der Folge betreibt, zur Nutzung überlassen und liegt keine entgeltliche Überlassung eines BgA gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 KStG vor, kommt es zur Aufteilung des Entgelts in einen auf die (unecht steuerfreie) Grundstücksvermietung (§ 6 Abs. 1 Z 16 UStG) einfallenden und einen auf die anderen (steuerpflichtigen) Leistungen (einschließlich Überlassung der Betriebsvorrichtungen) entfallenden Entgeltsteil (vgl. UStR 2000 Rz 891a).

#### Prüfung im Einzelfall

Ob eine bloße Vermögensverwaltung oder ein Betrieb gewerblicher Art bzw. eine Verpachtung eines Betriebes gewerblicher Art vorliegt, wird im Einzelfall zu prüfen sein. Bei künftigen kommunalen Mietund Pachtprojekten ist – sofern eine gewerbliche Tätigkeit seitens einer Gemeinde angestrebt wird - daher auf das Vorhandensein der erforderlichen personellen und sachlichen Betriebsgrundlagen bzw. die Erzielung der geforderten Einnahmenmindesthöhe von jährlich 2900 Euro netto unbedingt zu achten. Wenn dies zutrifft, besteht sowohl von den Errichtungskosten als auch von den danach anfallenden laufenden Betriebskosten der volle Vorsteuerabzug.

#### Zinsentwicklung

## Des einen Freud, des anderen Leid ...

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Anfang
September den Leitzins von historisch niedrigen 0,15
Prozent auf ein neues Tief von 0,05 Prozent gesenkt. Die
Notenbank hat damit gezeigt, dass sie alles tun wird,
um eine drohende Deflation zu bekämpfen, auch mit der
Ankündigung, den Banken Kredite abkaufen zu wollen.

Werner Höflechner

**¬**ür Sparer bedeutet dies schlechte Zeiten, denn sichere Sparformen sind nach Berücksichtigung des Zinsertrages, der Kapitalertragsteuer (25 Prozent des Zinsertrages) und der Inflation (in Österreich bei ca. 1.6 Prozent) ein Verlustgeschäft. Wirkliche Erträge sind nur bei Veranlagungsformen mit Risiko zu erwirtschaften und vor solchen Veranlagungsformen öffentlicher Gelder wird ganz energisch gewarnt. Die Auswirkungen der Spekulationsgeschäfte des Landes Salzburg, mittlerweile auf Abbau gestellt, sind uns allen noch in bester Erinnerung.

Die meisten Analysten sehen die Geldmarktzinsen in Europa noch einige Jahre auf einem ähnlich tiefen Niveau wie heute.

Was bedeutet die aktuelle Zinssituation aber für Kredit- und Darlehensnehmer:

Der Wert des 6-Monats-EURI-BOR ist auf 0,179 Prozent gesunken, dazu kommen noch die von den Banken verrechneten Aufschläge, damit werden variable Fremdmittel derzeit mit ca. einem Prozent, manchmal auch darunter verzinst.

Wer legt den Wert des EURIBOR fest?

Die Höhe des EURIBOR, es existieren acht verschiedene EURIBOR-Zinssätze mit je unterschiedlichen Laufzeiten, bestimmt sich in erster Linie durch Angebot und Nachfrage. Es handelt sich um Marktzinsen, die von einer großen Anzahl europäischer Banken festgesetzt werden. An jedem Arbeitstag um 11.00 Uhr werden die EURIBOR-Werte festgesetzt und veröffentlicht.

Die linke Grafik oben rechts zeigt uns, dass nach unten nicht mehr viel Platz ist, Minuszinsen für Fremdmittel wird es nicht geben.

Und jetzt kommt die wichtige Frage, die natürlich massive Auswirkungen auf die Budgets der nächsten Jahre hat: Wann werden die Zinsen wieder steigen? Wird ein langfristiges Projekt geplant, bei dem auch Fremdmittel aufgenommen werden, mit welcher Zinsbelastung muss mittel- bis langfristig gerechnet werden? Die meisten Analysten sehen die Geldmarktzinsen in Europa noch einige Jahre auf einem ähnlich tiefen Niveau wie heute. Geht es nach den europäischen Notenbankern wie EZB-Chef Mario Draghi, werden die Zinsen bis Ende 2016 auf dem der-

#### EURIBOR-ZINSSÄTZE



Die Höhe des EURIBOR bestimmt sich in erster Linie durch Angebot und Grundsätzlich orientieren sich Banken auf dem sogenannten EURO Nachfrage. An jedem Arbeitstag um 11.00 Uhr werden die EURIBOR-Werte festgesetzt und veröffentlicht.

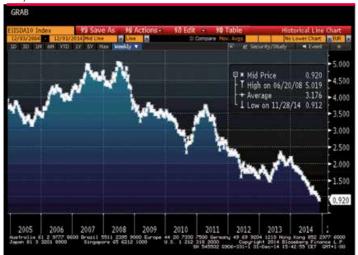
zeit niedrigen Niveau verharren. Auf den Zinsmärkten spannend wird es aber trotzdem, wenn Amerika seine Prognosen wahr macht und im Frühjahr oder Mitte 2015 eine Leitzinserhöhung vornimmt. Und im Sog eines möglichen Anstiegs in den Vereinigten Staaten muss die Zinssituation auch in Europa neu überdacht werden, denn, Großinvestoren würden andernfalls – bei einem zu deutlichen Zinsunterschied – Kapital aus Europa abziehen und es in Übersee zu besseren Konditionen parken. Diese Wirkungskette hängt jedoch auch sehr stark von der Wechselkurserwartung ab. Das heißt, europäische Investoren könnten bei einer ungünstigen Entwicklung des Dollar-Euro-Verhältnisses trotz höherer Zinsen einen Verlust riskieren.

Unter all diesen Aspekten erscheint aus heutiger Sicht auch der Abschluss eines Fixzinssatzes mit einer Laufzeit von mindestens zehn Jahren intressant, da wir derzeit am Markt Fixzinssätze für zehn Jahre bei ca. 1,6 Prozent sehen.

#### Kalkulation der **Fixzinssätze**

Grundsätzlich orientieren sich Banken auf dem sogenannten **EURO Interest Rate Swap** Market auf dem, ähnlich den

10-JAHRES-EURO-INTEREST-SWAP



Interest Rate Swap Market. Die Grafik zeigt die Entwicklung des 10-Jahres-EURO-Interest-Swap für zehn Jahre.

	Variabler Zinssatz:	Fixer Zinssatz:
aus aktueller Sicht bei:	ca. ein Prozent	Für zehn Jahre bei ca. 1,6 Prozent
Betrachtungsweise aus Sicht der aktuellen Zinsprognosen:	In den nächsten 1 bis 2 Jahren auf ähnlich tiefem Niveau, danach?	Die ersten 1 bis 2 Jahre höherer Zinssatz als bei einer variablen Vereinbarung, danach?
Anpassung des Zinssatzes, Kalkulation für das Budget:	Je nach Vereinbarung mit der Bank – monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich, damit schwierig zu budgetieren	Nach Abschluss des Fixzinssatzes eine klare Kalkulationsgrundlage für Budget und Gebühren
Möglichkeit für vorzeitige Tilgungen:	Grundsätzlich spesenfrei möglich	Grundsätzlich nicht möglich
Aus unserer Sicht optimal für:	Kurzfristige Fremdmittel bzw. für Fremdmittel bei denen nach Gebührenanpassungen allfäl- lige Mehrbelastungen durch Zinszahlungen minimiert werden können	Langfristige Fremdmittel, vor allem im Hoheitsbereich, für Pro- jekte, denen keine Gebührenein- nahmen gegenüberstehen

EURIBOR-Geldmarktsätzen, aufgrund von Angebot und Nachfrage ein Preis, ein Wert bestimmt wird. Die Grafik oben rechts zeigt uns die Entwicklung des 10-Jahres-EURO-Interest-Swap für zehn Jahre, aktueller Wert bei 0,920 Prozent. Während die Experten nun wie bereits weiter oben erwähnt, den Leitzins noch bis 2016 auf einen tiefen Niveau sehen, wird spekuliert, dass der Indikator für langfristiges Geld bereits bei einer Zinsanhebung in Amerika steigen wird, weil sich dann die langfristige Entwicklung der Zinsen auch in Europa nach oben orientieren wird. Dies sehen wir als handfeste Argumente, jetzt über den



Werner Höflechner ist Konsulent des Steiermärkischen Gemeindebundes

Abschluss von Fixzinssätzen nachzudenken, nicht erst dann, wenn die Zinsen schon wieder zu steigen beginnen! Hier fassen wir die Unterschiede zwischen variablen und fixen Zinsvereinbarungen bei Fremdmittelaufnahmen aus heutiger Sicht zusammen, wie aus der Tabelle oben ersichtlich wird. Ganz wichtig ist es uns, auch zu erwähnen, dass die Fremdmittel ieder Gemeinde gesondert betrachtet werden müssen und ein Mix aus variablen und fixen Zinsvereinbarungen angestrebt werden sollte! Und wir sehen jetzt in den nächsten Wochen hierfür die richtige Zeit!

Billigst- oder Bestbieterprinzip – eine Gegenüberstellung

## Möglichkeit der Direktvergabe entschärft das Problem

Die Frage, nach welcher der beiden möglichen Varianten "Billigst- oder Bestbieter" Aufträge vorrangig vergeben werden sollen, ist so alt wie das Vergaberecht selbst. Jüngst war die Thematik Gegenstand einer parlamentarischen Enquete zum Thema "Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze".

Franz Flotzinger

m Rahmen dieser Veranstaltung wurde ein sechs Punkte umfassender Forderungskatalog der Sozialpartner vorgestellt (vgl. www.faire-vergaben.at). In diesem Papier wird unter anderem die Anpassung des Vergaberechts dahin, dass das Bestbieterprinzip ohne Ausnahme zur Anwendung zu kommen hat, gefordert.

Auch die EU-Vergaberichtlinie 2014/24 und 2014/25 vom

2014/24 und 2014/25 vom
26. 2. 2014 enthält Ansätze
in diese Richtung.
Aus Anlass dieser neu aufflammenden Diskussion soll im
Folgenden versucht werden,
die beiden möglichen Prinzipien des Vergaberechts für den
Gemeindebereich (in einigen
wesentlichen Punkten und ohne
Anspruch auf Vollständigkeit)
gegenüberzustellen und zu

Kriterien können in der Praxis auch durchaus in einem gewissen Widerspruch zueinander stehen – zum Beispiel Preis und arbeits- und sozialrechtliche Standards.

vergleichen. Dabei beschränke ich mich auf praktische Überlegungen und klammere die Frage politischer Zielsetzungen, die mit vergaberechtlichen Bestimmungen auch verfolgt werden

Richtlinie 2014/24 (des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG) http://eur-lex. europa.eu/ legal-content/ DE/TXT/?uri=CE-LEX:32014L0024



Richtline 2014/25 (des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-. Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG) http://eur-lex. europa.eu/ legal-content/ DE/TXT/?uri=CE-LEX:32014L0025



(zum Beispiel Sicherung von arbeits- und sozialrechtlichen Standards etc. durch vergaberechtliche Vorgaben) völlig aus. Dazu an dieser Stelle lediglich der Hinweis, dass neue Regelungen – und diesbezüglich besteht soweit ich sehe auch Konsens – keinesfalls unverhältnismäßige zusätzliche Bürokratisierung (Stichwort: Überfrachtung des Vergaberechts) mit sich bringen dürfen.

#### Vergaberechtlicher Rahmen

Die grundsätzliche Bestimmung zu Billigst- und Bestbieterprinzip findet sich in § 2 Z 20 lit d **BVergG 2006**. Demnach sind Zuschlagskriterien bzw. ist Zuschlagskriterium entweder (aa) bei der Wahl des technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebotes die vom Auftraggeber im Verhältnis oder ausnahmsweise in der Reihenfolge ihrer Bedeutung festgelegten, nicht diskriminierenden und mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängenden Kriterien, nach welchen das technisch und wirtschaftlich günstigste Angebot ermittelt wird, wie zum Beispiel Qualität, Preis, technischer Wert, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, Umwelteigenschaften, Betriebskosten, Rentabilität, Kundendienst und technische Hilfe, Lieferzeitpunkt und Lieferungsbzw. Ausführungsfrist, oder (bb) bei der Wahl des Angebotes mit

dem niedrigsten Preis der Preis. Der Gesetzgeber sieht daher ein Entweder Oder vor. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Für die Direktvergabe gelten diese Vorgaben naturgemäß schon grundsätzlich nicht.

#### Praktische Überlegungen

Einfacher ist es natürlich, nach dem Billigstbieterprinzip zu vergeben.

Die Definition sachlich gerechtfertigter Zuschlagskriterien stellt ohne die nötige Expertise häufig eine Herausforderung dar. Die Bewertung nicht direkt messbarer Kriterien (zum Beispiel Design), die zumeist durch eine Kommission im delphischen System erfolgt, hat zwangsläufig starke subjektive Elemente. Für völlig standardisierte Produkte werden Zuschlagskriterien neben dem Preis oft auch für Experten schwer zu finden und neutral zu formulieren sein. Gerade die Vorgabe von Zuschlagskriterien, die Nachweise zum Beispiel aus dem Produktionsprozess der Bieter betreffen, bedeutet einen großen Nachprüfungsaufwand. Kriterien können in der Praxis auch durchaus in einem gewissen Widerspruch zueinander stehen (zum Beispiel Preis und arbeits- und sozialrechtliche Standards), sodass sie sich je nach Gewichtung bis zu einem gewissen Grad egalisieren. Wenn man eine Vielzahl von Kriterien definiert, dann ist das sich ergebende System vieler Variablen in seinen Auswirkungen schwer berechenbar und bringt unter Umständen eben nicht das beste Ergebnis als Resultat.

Auf der anderen Seite ist der Preis allein – wie gesagt ausgenommen in Bereichen sehr starker Standardisierung – oft eine nicht ausreichende Deter-



Faire Vergaben: Österreichkatalog sichert Arbeitsplätze Bei der Experten-Diskussion im Parlament "Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze!" diskutierten Vergabeexperten mit Sozialpartnern, Vertretern der Bundesregierung sowie Parlamentsklubs über Maßnahmen VERGARE

> Einer der Autoren des Österreichkatalogs Neu, Stephan Heid von der Kanzlei Heid Schiefer, präsentierte Details aus dem Katalog.

für faire Vergaben bei öffentlichen

Ausschreibungen. Demnach soll noch heuer das Bundesvergabegesetz evaluiert und das Bestbieterprinzip EU-konform gesetzlich klar geregelt werden, damit es künftig nur mehr faire Vergaben in Österreich gibt. Die Mit-Initiatoren Stephan Heid und Martin Schiefer von der Kanzlei Heid Schiefer Rechtsanwälte stellten bei ihren Präsentationen klar, was die derzeitigen und künftigen rechtlichen Möglichkeiten und notwendigen gesetzlichen Änderungen für Vergaben nach dem Bestbieterprinzip sind. ..Im Bereich der Subunternehmer-Definition besteht dringender Handlungsbedarf. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, für geordnete Verhältnisse zu sorgen", nennt Martin Schiefer ein Beispiel des präsentierten - auf zahlreichen Expertengesprächen basierenden und von Heid Schiefer Rechtsanwälte formulierten - Österreichkatalogs, der entsprechende beispielhafte Muster-Ausschreibungsund Vertragsbestimmungen enthält und die Berücksichtigung von Qualitätsaspekten bei der Vergabe öffent-

licher Bauleistungen verstärken soll

(Parlamentskorrespondenz/Red).

Web-Tipp: www.faire-vergaben.at

Z 20 lit d BVergG 2006

**Rechtssatz:** "Die Wahl der Zuschlagskriterien obliegt prinzipiell dem Auftraggeber. Das Zuschlagskriterium der Verkürzung einer Lieferfrist ist dann vergaberechtskonform, wenn sich bei einer Verkürzung der Lieferfrist nachvollziehbar Vorteile beim Auftraggeber ergeben."

VERGARE

minante. Gerade bei eindeutigen zusätzlichen Kriterien (zum Beispiel Lieferzeitpunkt) kann zusätzlicher Nuten für den Auftraggeber erzielt werden.

#### Resümee

Zuerst braucht es auch in Zukunft das Billigstbieterprinzip als gesetzlich vorgesehene Möglichkeit. Gerade stark standardisierte Produkte werden oft nur nach preislichen Gesichtspunkten zu vergeben sein. Zum zweiten wird man das Bestbieterprinzip aufgrund des mit

diesem verbundenen höheren Aufwands tendenziell eher im Bereich höherer Auftragswerte in Erwägung ziehen. Aufwand und Gegenstand des Vergabeverfahrens müssen immer in einer vernünftigen Relation stehen. Letztlich entschärft die Möglichkeit der Direktvergabe, die wie sich erst kürzlich entschieden hat, auch über den 31. Dezember 2015 hinaus nach den höheren Werten der Schwellenwerteverordnung zur Anwendung kommen kann, das Problem im kommunalen Bereich doch wesentlich.



Mag Franz Flotzinger ist Jurist beim Oberösterreichischen Gemeindebund



Wie wohl in den letzten 50 Jahren beständig kleinere Änderungen und Anpassungen am Schulsystem und an der Schulorganisation und Verwaltung erfolgt sind, steht eine grundlegende Reform noch an. Viele Einrichtungen und Institutionen haben aus unterschiedlichen Blickwinkeln dazu ihre Beiträge

beginnend, über das Bildungsvolksbegehren bis zum jüngsten Vorschlag der Industriellenvereinigung. Einerseits behandeln die Vorschläge strukturelle und organisatorische Aspekte, andererseits inhaltliche. Spätestens seit den Pisa-Studien der OECD hat das Bildungsthema auch die Stammtische erobert. Der Pisa-Schock im Jahr 2003 hat den Ruf nach Reformen verstärkt. Daran haben auch Zweifel und grundsätzliche Fragen bezüglich Validität und Aussagekraft der Studie nichts geändert. Ebenso wenig wie technisch-statistische Probleme, die dazu geführt haben, dass die Tests nicht nach einheitlichen Kriterien durchge-

Ohne die Situation schönreden zu wollen und ohne die Notwendigkeit von Reformen und vor allem Investitionen im Bil-

dungswesen zu leugnen, muss doch festgehalten werden, dass in den letzten Jahrzehnten viele Änderungen durchgeführt wurden und Neues erprobt wurde. Vielfach gestützt auf den so genannten "Versuchsparagrafen". Verschiedenste Möglichkeiten wurden an unterschiedlichen Standorten bereits erprobt. Vielerorts hat man damit auch gute Erfahrungen gemacht. Dabei handelt es sich beispielsweise um altersübergreifende Klassen, genauso wie um eine Vernetzung des Kindergartens mit der Volksschule in Form eines Bildungscampus oder um ganztägige Schulformen. Maßnahmen, die an einem oder an mehrerer Standorten erprobt und evaluiert wurden.

#### Unterschiedliche Bewertung der Ergebnisse

Dass die positiven Ergebnisse, die sich aus diesen Schulversuchen ergeben, nicht überall gleich gewürdigt werden bzw. unterschiedliche Schlüsse daraus gezogen werden, steht auf einem anderen Blatt.

So werden beispielsweise Kleinschulen, wo wegen geringer Schülerzahl altersübergreifende Klassen geführt werden müssen, auf Anregung des Rechnungshofes geschlossen, gleichzeitig aber in den Ballungsräumen altersübergreifende Klassen mit durchwegs positiven Ergebnissen eingeführt.

Offensichtlich ein Resultat verschiedenster Gesichtspunkte.
Oder wie lässt sich beispielsweise unser kolportierter
"Bildungsnotstand" mit dem
"Exportschlager" des dualen
Berufsausbildungssystems vereinbaren? Von der Wirtschaft
und anderen Institutionen wird
dieses Ausbildungssystem als
Positivbeispiel genannt. Selbst
von der europäischen Ebene gibt
es Lob und wird das duale Be-

rufsausbildungssystem als Musterbeispiel und probates Mittel angesehen, um gerade gegen die bei Jugendlichen herrschende hohe Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Zahlreiche Berufsweltmeister und Europameister kommen aus Österreichischen Unternehmungen und zählen zur Weltspitze. Erst jüngst wurde das Team Austria von Herrn Bundespräsident Heinz Fischer empfangen und für insgesamt 19 Medaillen und den Titel "Best of Europe" geehrt. Auch Wirtschaftskammer-Österreich-Präsident Leitl hob hervor, dass "der Erfolg die Qualität unseres dualen Bildungssystems bestätigt und dass wir von vielen anderen Ländern beneidet werden. In einem Feld der österreichischen Bildung ist Österreich Spitze – und zwar in der Berufsausbildung". Hier herrscht offenbar kein Bildungsnotstand.

Selbst von der europäischen Ebene gibt es Lob und das duale Berufsausbildungssystem wird als Musterbeispiel und probates Mittel angesehen, um gerade gegen die bei Jugendlichen herrschende hohe Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Betrachtet man die Statistik der Schülerinnen und Schüler nach Schultyp im Jahr 2012 (Quelle: Statistik Austria), so besuchten ca. 214.000 Schüler eine Haupt- oder neue Mittelschule und 202.000 Schüler eine Allgemeinbildende Höhere Schule (108.000 davon in der Unterstufe). Zählt man die ca. 330.000 Kinder, die eine Volksschule besuchen dazu, so erhöht sich die Anzahl der in einer Schule der Primarstufe oder Sekundarstufe 1 auf ca. 700.000. Dort herrscht offenbar der Bildungsnotstand, auch wenn viele Schüler der Hauptschule und



Zahlreiche Be-

rufsweltmeister

und Europameis-

ter kommen aus

Österreichischen

Unternehmun-

gen und zählen

zur Weltspitze.

Erst jüngst wur-

tria von Herrn

**Heinz Fischer** 

de das Team Aus-

Bundespräsident

empfangen und

für insgesamt 19

den Titel "Best of Europe" geehrt.

Medaillen und

Hofrat Dr. Walter Leiss ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes neuen Mittelschule dann eine Berufsschule besuchen. Dass auch viele Schüler vor allem von den neuen Mittelschulen und Hauptschulen aus den ländlichen Regionen später in die AHS oder BHS wechseln, sei nur am Rande erwähnt. Vielleicht ist der "Notstand" auch nur lokal konzentriert. 127.373 besuchten eine Berufsschule/Lehre, 47.177 eine Berufsbildende Mittlere Schule und 157.348 eine Berufsbildende Höhere Schule.

#### Auswirkung auf Gemeinden

Aufgrund dieser Schülerzahlen muss sich daher eine Bildungsreform in erster Linie auf die Schüler, die die Primarstufe und Sekundarstufe besuchen, konzentrieren. Dass der Kindergarten auch in die Überlegung einzubeziehen ist, soll nicht verschwiegen werden. Schulerhalter dieser Schultypen sind überwiegend die Gemeinden. Reformmaßnahmen haben daher auch unmittelbar Auswirkungen auf die Gemeinden. Es ist durchaus bewusst, dass sich die Anforderungen an die Schule in den letzten Jahrzehnten enorm geändert haben. Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich genauso wie die Arbeitswelt und die Anforderungen an Berufseinsteiger verändert. Der Wandel in den Familienstrukturen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergeben neue Herausforderungen. Diesen kann und will sich die Gemeinde als Schulerhalter auch nicht widersetzen. Die Schule soll für das Leben nach dem alten Sprichwort: "Nicht nur für die Schule, sondern für das Leben lernen wir" vorbereiten. Anscheindend ist das Leben aber heute viel komplexer und komplizierter als früher geworden. Wie sonst ist es zu erklären, dass die Schule neben ihren bisherigen Aufgaben > nun auch politische Bildung, wirtschaftliche Zusammenhänge, richtige Ernährung und Bewegungsförderung und allgemeine Gesundheitsförderung, Sexualpädagogik, soziales Engagement vermitteln sowie eine umfassende Erziehungsarbeit leisten soll. Nebenbei sollen die Schüler von früh bis spät gut aufbewahrt werden und alle Aufgaben erledigt haben, wenn sie die Schule verlassen.

#### Erwartungen an die Schule

Unabhängig von der Frage, ob die Schule wirklich all dies leisten kann und soll, muss nüchtern konstatiert werden, dass die Schule in der derzeitigen Form dies nicht erbringen kann. Aber auch der nunmehr

Die beabsichtigen Maßnahmen mit den vorliegenden Novellen sind daher abzulehnen. Sie erscheinen in der vorliegenden Form nicht geeignet, die Erwartungen und Bedürfnisse an das Bildungssystem zu erfüllen.

> vorgesehene Lösungsansatz durch die Änderungen des Schulunterrichts- und Schulorganisationsgesetzes kann diese Erwartungen nicht erfüllen. Mit der Einführung ganztägiger Schulformen und der vorgesehenen täglichen Bewegungseinheit wird suggeriert, dass die Schule in Zukunft sämtliche dieser Aufgaben erfüllen wird. Die Schüler sind zwischen 8 und 16 Uhr in der Schule gut aufgehoben und betreut, haben Wissen erworben, dies entsprechend geübt, alle Hausaufgaben erledigt, haben viele soziale Kompetenzen erworben und können dann unbeschwert nach Hause gehen. Manche wie Jörg Dräger von der Bertelsmann-Stiftung meinen im Standard vom 5. 12. 2014, dass dies auch zwischen 08.00 bis 15.00 oder 15.30 Uhr möglich

> Dass das nicht erfolgen kann, liegt auf der Hand. Schon in den Volksschulen bei derzeit vier bis fünf Unterrichtseinheiten, geht sich das allein zeitlich nicht aus. Auch wenn die Stunden

auf den Tag vielleicht anders verteilt werden braucht man eine Stunde fürs Mittagessen, eine Stunde für die Bewegungseinheit, eine Stunde für die Hausaufgaben. Freizeit brauchen die Schüler nicht. Zeit für von A nach B zu kommen ist ebenfalls knapp. Vom individuell betreuten Lernen gar nicht zu reden. Wie soll das bei sechs Unterrichtseinheiten pro Tag bewerkstelligt werden? Dass es positiv ist die Räumlichkeiten und vielleicht auch den Klassenverband zu wechseln, wie dies derzeit in der Betreuung in Hort vorgesehen ist, zeigen die Erfahrungen in der Praxis. Für die ganztägige Schulform

stimmen weder die räumlichen, noch die personellen Vorrausetzungen. Die Lehrer stehen zwar nicht im Mittelpunkt der Reform - sie sollen sie nur optimal gestalten –, aber es sei angemerkt, dass die Arbeitsplatzvoraussetzungen an den Schulen auch für sie nicht stimmen, wenn sie den ganzen Tag an der Schule sein sollen. Auch wenn vorgesehen ist, dass von der Gemeinde angestelltes Betreuungspersonal (Freizeitpädagogen oder andere qualifizierte Personen, die von der Gemeinde angestellt werden), diese Aufgaben erfüllen sollen. Nicht nur, dass mit der Anstellung dieser Personen ein enormer Verwaltungsaufwand betrieben werden muss (z. B. An- und Abmeldung bei der Sozialversicherungsanstalt, stundenabhängige Lohnabrechnung, Abmeldung, wenn eine Betreuungsperson einen Monat nicht beschäftigt ist, etc.), ergeben sich auch enorme organi-

satorische Herausforderungen.

#### ANFÄNGE DES SCHULWESENS IN ÖSTERREICH

Die Anfänge des staatlichen Schulwesens in Österreich gehen auf die Schulreform von 1774 unter Maria Theresia zurück. 1869 stellte das Reichsvolksschulgesetz das gesamte Pflichtschulwesen auf eine einheitliche Basis, die Schulpflicht wurde von sechs auf acht Jahre erhöht. 1927 wurde die Hauptschule eingeführt, die Pflichtschule für die 10- bis 14-jährigen.

1962 wurde das österreichische Schulwesen durch ein umfassendes Schulgesetz neu geregelt. Wegen unterschiedlicher, ideologisch begründeter Ansichten, wurden viele Bestimmungen in den Schulgesetzen mit Verfassungsrang ausgestattet. Abgesehen davon, dass sich für diesen stundenweisen sehr flexibel organisierten Einsatz kaum qualifizierte Personen finden, auch wenn versucht wird, auf qualifiziertes Personal von Vereinen etc. zurückzugreifen. Wenn der oder die Schuldirektor/in nicht die Personalhoheit über das gesamte Personal hat, kann ein derartiges System nicht funktionieren.

Ein derartiges Vorhaben kann nicht stückweise umgesetzt werden. Von der Lehrerausbildung bis zu organisatorischen Änderungen, der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen, einer Kompetenzbereinigung und letztlich die Finanzierung muss eine Reform sämtliche Aspekte beinhalten. Dass dabei die organisatorische, dienstrechtliche und damit verbundene finanzielle Verantwortung in eine Hand gehört, wurde auch schon oftmals dargelegt. Unabhängig wo und bei wem sie angesiedelt wird.

#### Investitionen in Bildung

Für ein derartiges Vorhaben sind daher grundsätzliche Änderungen erforderlich. Dass diese auch mit hohen Mehrkosten verbunden sind, ist augenscheinlich. Weder kann erwartet werden, dass das zusätzliche Personal oder das bestehende Personal die Mehrleistung ohne finanzielle Abgeltung erbringt. Auch wenn Anschubfinanzierungen über 15a-Vereinbarungen an die Gemeinden geleistet werden, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit wiederum langfristig enorme Kosten auf die Gemeinden überwälzt werden, die abgesehen von den Kosten nicht den gewünschten Erfolg bringen

Die beabsichtigen Maßnahmen mit den vorliegenden Novellen sind daher abzulehnen. Sie erscheinen in der vorliegenden Form nicht geeignet, die Erwartungen und Bedürfnisse an das Bildungssystem zu erfüllen. Notwendig ist sicherlich, wie viele Experten schon dargelegt haben, eine umfassende Bildungsreform mit klar abgegrenzten Kompetenzen und einer entsprechenden Finanzierungsverantwortung.

NOT-Stand bei der Unterbringung von Asylsuchenden

## Es werden dringendst freie Kapazitäten gesucht

Bedingt durch Kriege uznd Krisenherde im Mittleren Osten und in Afrika ist die Anzahl der Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen, in den letzten Monaten sprunghaft angestiegen. Für Dezember werden 5000 Hilfesuchende erwartet.

Nicolaus Drimmel

m August waren es 2300, im September schon 3400 Asylsuchende. Hochrechnungen sagen voraus, dass es im Dezember etwa 5000 sein werden. Vor allem der Anteil der Flüchtlinge aus Syrien steigt stetig an. Diese Tendenz wird in den nächsten Monaten nicht abreißen. In Italien ist die Anzahl der Bootsflüchtlinge in den Monaten Jänner bis Oktober 2014 im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Vorjahres von 40.000 auf 153.000 gestiegen. Das ist eine Steigerung von mehr als 270 Prozent. Asyl ist ein grundlegendes Menschenrecht. Menschen, die in der Notlage sind, dass sie Asyl suchen müssen, haben das Recht auf ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Unterbringung. Vor allem in der kalten Jahreszeit hat das Aufnahmeland eine besondere Verantwortung, Das Innenministerium hat in der Sitzung eines kurzfristig am 10. Dezember einberufenen Krisenstabes mitgeteilt, dass die freien Kapazitäten für die Grundversorgung dieser Menschen kurz vor Weihnachten aufgebraucht sein werden. Es richtete daher einen dramatischen Aufruf an alle Menschen und Körperschaften in Österreich. Die zusätzlich bis Weihnachten benötigten Unterbringungsplätze zur Überbrückung der Weihnachtszeit wurden mit etwa 2300 beziffert. Zu der Krisensitzung waren etwa



60 Personen aus ganz Österreich gekommen, die alle Ebenen der Gebietskörperschaften, Einrichtungen der Kirchen, der Zivilgesellschaft und Blaulichtorganisationen umfasste. Allein das geschlossene Auftreten aller Länder, die sich noch ein Monat zuvor auf eine faire Quotenerreichung geeinigt hatten, war ein Signal für die Notwendigkeit eines nationalen Schulterschlusses. In einer Rundfrage bei den Ländern konnte jedoch trotz redlicher Bemühungen nur ein Teil dieser Plätze zugesichert werden.

Es geht daher ein **dringender Appell** an alle Gemeinden in
Österreich, in ihrem Bereich zu
prüfen, ob nicht Kapazitäten
zur Unterbringung von asylsuchenden Menschen in festen
Gebäuden vorhanden sind.
Schon jetzt werden Turnsäle,
Veranstaltungshallen und ähnliche Gebäude mehr zu diesen
Zwecken genutzt.

Präsident Helmut Mödlhammer hat bereits im September dieses Jahres in einem Bürgermeisterbrief alle Gemeinden Österreichs aufgerufen, ernsthaft zu prüfen, ob nicht Unterbringungsmöglichkeiten in ihrer Gemeinde möglich wären. Auch die kleinsten Angebote können nicht nur beispielhaft sein, sondern werden derzeit dringendst benötigt.

Rückmeldungen bitte so rasch wie möglich direkt an das Innenministerium unter der E-Mail-Adresse:

Bmi-iii-9@ bmi.gv.at



Hofrat Mag.
Nicolaus Drimmel
ist Jurist im
Österreichischen
Gemeindebund und
leitet die Abt. Recht
und Internationales

#### Schulsport

## Tägliche Turnstunde – Schule oder Freizeit?

Infolge gänzlichen Ausbleibens von Erfolgen bei den Olympischen Sommerspielen in London im Jahr 2012 wurde eifrig nach Schuldigen und nach einer Lösung dieses Dilemmas gesucht. Rasch wurde man fündig. Es sind die Schulen, die den Kindern zu wenig Bewegung bieten.

Bernhard Haubenberger

ie österreichische Antwort auf das Dilemma bei den Olympischen Spielen war eine denkbar einfache: Die tägliche Turnstunde im Rahmen der Freizeitbetreuung in ganztägigen Schulformen. Ob man hierbei nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet? Der aktuelle Entwurf einer Änderung des Schulorganisationsgesetzes, in dem die "tägliche Turnstunde" verbindlich festgelegt werden soll, ergänzt die Aufgaben der Schule nach des § 2 Abs. 1, 3. und 4. Satz Schulorganisationsgesetz um die Begriffe "gesundheitsbewusst" und "sportlich aktive Lebensweise".

Da infolge der medialen Präsenz dieses Themas Irreversibilität eingetreten ist, kaum jemand gegen derartige Vorschläge aufzutreten vermag und Überschriften alleine zu wenig sind, hat man diese Ergänzung auch mit Leben erfüllt. Neben dem bereits bestehenden Pflichtgegenstand "Bewegung und Sport" sollen daher künftig unter Hinzuziehung dieser Stunden insgesamt fünf Bewegungseinheiten pro Woche gewährleistet werden.

#### Turnstunde in der Freizeit

Nach den Vorstellungen des Unterrichtsministeriums sollen Turnstunden im Freizeitteil ganztägiger Schulformen abgehalten werden – auf Basis eines um diese Aufgabe erweiterten Die zusätzlichen Turnstunden sollen im Rahmen der von den Gemeinden zu besorgenden Freizeitbetreuung abgehalten werden – die anfallenden Kosten auch gleich.

> Betreuungsplans und unter der um diesen Aufgabenbereich erweiterten Schulaufsicht. Nachdem der Freizeitteil im Rahmen der ganztägigen Schulangebote von den Gemeinden als Erhalter im Pflichtschulbereich zu besorgen ist, löst die vom Bund versprochene "tägliche Turnstunde" für ihn auch keine Kostenfolgen

> So weit, so gut – für den Bund. In den Erläuterungen zu diesem Regelungsvorhaben hält das Ministerium fest, dass "der Personal- und Sachaufwand, den die gesetzlichen Schulerhalter (Gemeinden) zu tragen haben, im Rahmen von Vereinbarungen gem. Art. 15a B-VG über den

Die derzeitige Fassung des § 2 Abs. 1, 3. und 4. Satz Schulorganisationsgesetz lautet:

"Die jungen Menschen sollen zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken."

Ausbau ganztägiger Schulformen vom Bund finanziert wird."
Dass das gegenständliche Regelungsvorhaben als Teil des Ausbaus ganztägiger Schulformen zu sehen ist, ist jedoch schlichtweg falsch. Dies ist selbst unter der Annahme, dass die Mittel tatsächlich hierfür vorgesehen wären, unrichtig, da es sich bei den Mitteln des Bundes für den Ausbau der ganztägigen Schulangebote lediglich um befristete Ko-Finanzierungen handelt.

#### Alles in einer Hand

Mit der vorliegenden Novelle besteht kein Zweifel mehr, dass ganztägige Schulangebote von früh bis spät als Schule zu qualifizieren sind (Schulaufsicht im Bereich der Freizeitbetreuung, Erweiterung der Betreuungspläne, Bewegung und Sport bzw. Turnunterricht im Freizeitteil). Hinzuweisen ist darauf, dass die ganztägige Schule in der verschränkten Form (systembedingt) sogar eine Anwesenheitspflicht der Schüler auch im Freizeitteil erfordert. Die Erfahrungen mit der Schülerbetreuung, insbesondere der Freizeitbetreuung in der verschränkten Form, zeigen, dass dringender Handlungsbedarf in Bezug auf die Neugestaltung sowohl in inhaltlicher also auch organisatorischer Hinsicht gegeben ist.

So kann der neu geschaffene "Freizeitpädagoge" mangels Auslastung in ländlichen Räumen nur in Stadtgebieten eingesetzt werden. Neben der fehlenden Auslastung erschweren auch Urlaubszeitenregelung, die Bereitstellung von Ersatzpersonal im Urlaubs- und Krankheitsfall zusätzlich die Personaladministration im Bereich der Freizeitbetreuung.



nen in beiden Formen sinnvoll und nützlich sein, eigenes Personal für die Freizeitbetreuung anzustellen, in kleinstrukturierten Gegenden lässt sich weder für die getrennte und schon gar nicht für die verschränkte Form der ganztägigen Schulangebote geeignetes und bereitwilliges Personal finden, das für wenige Stunden am Tag bzw. in der Woche Schülerinnen und Schüler betreut. Ebenso schwierig ist es, flächendeckend ohnedies unmöglich, Sportvereine und ihre Mitglieder in die Freizeitbetreuung zu integrieren. Der Versuch, im Wege zusätzlicher Vorschriften die Qualität steigern zu wollen, scheitert, solange nicht begleitende organisatorische Maßnahmen getroffen werden. Dass diese wichtigen Meilensteine im Rahmen der letzten Novellen der Ausbildungs- und Dienstrechtsvorschriften verab-

RAND-BEMERKUNG

säumt wurden, kann nicht zulasten der Gemeinden gehen. Wenn daher der Bund insbesondere mit Verweis auf die bevorstehende Pensionierungswelle im

Wer vermeint, dass mehr
Bewegung im schulischen
Alltag zu mehr Medaillen
im Spitzensport führt, der
vernachlässigt nicht nur
den Breitensport, sondern
verkennt auch die Tatsache,
dass allgemeinbildende
Schulen für gewöhnlich kein
Rekrutierungsfeld für den
Spitzensport sind. Hierfür
gibt es Sportschulen,
Sportvereine und andere
Einrichtungen.

Lehrpersonalbereich – nicht den Mut aufbringt, im Rahmen eines neuen, modernen Dienstrechts neues Lehrpersonal auch für den schulischen Betreuungsbereich einzusetzen, so hat er wenigstens dafür Sorge zu tragen, dass die Dienstgeberfunktion sowohl für das Lehr- als auch für das Betreuungspersonal von einer einzigen Gebietskörperschaft wahrgenommen wird. ■

Reform der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe

## Es wird auf die Bedürfnisse der Menschen ankommen

Auf Druck der Landesgesundheitsreferentenkonferenz stellte das Gesundheitsministerium vor wenigen Wochen seine Diskussionsvorschläge für die Reform der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe vor. KOMMUNAL analysiert.

Konrad Gschwandtner

weifelsohne ist Handlungsbedarf bei den Gesund-▲ heits- und Krankenpflegeberufen gegeben, nicht zuletzt wenn man auf den Pflegebereich blickt. Die Zahlen und Fakten von demografischer Entwicklung und gesellschaftlichem Wandel sprechen für sich. Gegenüber 2010 wird sich der Personalbedarf im Pflegesektor bis 2025 um 50 Prozent auf knapp 70.000 Vollzeitäquivalente erhöhen, davon im Bereich der mobilen Dienste, die zu rund 90 Prozent in Teilzeitarbeit und von Frauen erbracht werden, sogar um 60 Prozent. Bis 2050 soll sich die Anzahl pflegebedürftiger Menschen in unserem Land auf knapp 900.000 verdoppeln. Die Lebenserwartung sowie die Betagtheit bei stationärer Aufnahme und somit die Pflegeintensität steigen stetig an, auf der anderen Seite wird der Anteil pflegender Angehöriger (Familienverband, Freundeskreis) in den kommenden Jahrzehnten weiter abnehmen. Die 2010 eingesetzte Pflegereformarbeitsgruppe unter Federführung des Sozialministeriums hat Ende 2012 gemeinsam mit Ländern und Gemeinden unter der Prämisse Pflege "länger zu Hause" (für stationäre Dienste wird rund viermal so viel Geld ausgegeben wie für den mobilen Bereich) ein Maßnahmenpaket vorgelegt. Bereits 2009 hat das Gesundheitsressort das Bundesinstitut für Gesundheit

(ÖBIG) beauftragt, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) hinsichtlich der Ausbildung zu evaluieren. Die Ergebnisse und Empfehlungen, die durch das ÖBIG unter breiter Einbindung verschiedener Stakeholder erarbeitet wurden, lagen seit Anfang 2013 vor. Die Initiative der Landesgesundheitsreferenten vom 14. Mai 2014 für eine Pflegeausbildung Neu, die letztlich zum aktuellen Vorschlag des Gesundheitsministeriums abseits der genannten, seit Anfang 2013 vorliegenden Evaluierungsergebnisse geführt hat, ist aufgrund des angeführten Handlungsbedarfs im Bereich der Attraktivierung des Pflegeberufs dem Grunde nach zu begrüßen. Auf den ersten Blick decken sich die Zielsetzungen mit der Pflegearbeitsgruppe etwa was die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Gesundheitsberufen oder die künftige modulare Ausbildung betrifft, auf den zweiten Blick wird jedoch klar, dass dieses Reformkonzept auf Basis des Vorschlags der Gesundheitslandesräte auf große, stationäre Einheiten wie Krankenhäuser zugeschnitten ist (und hier möglicherweise sogar kostendämpfend wirken kann, so man in der Lage ist, diplomiertes Personal durch die künftige Pflegeassistenz Plus zu reduzieren). Für kleinere Einrichtungen oder mobile Dienste werden die aktuell angedachten. überaus differenzierten Ausbildungsstandards zum Gegenteil führen. Diakonie-Direktor Mi-



Konrad Gschwandtner, Bakk. BA, ist Referent für Finanzen beim Österreichischen Gemeindebund

chael Chalupka sprach in diesem Zusammenhang Ende November im Rahmen einer Pressekonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt, welcher Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe angehören, davon, dass das Modell der Länder "in der Politik entstanden" ist und unabhängig von längst vorliegenden, jahrelangen Überlegungen und Vorarbeiten nun vom Gesundheitsministerium "in ein Konzept gepresst" wurde. "Menschen im Alter und auch Menschen mit Behinderungen werden von den gleichen Berufsgruppen versorgt, wie zum Beispiel Krankenschwestern oder Pflegehilfen, leben aber nicht in Krankenhäusern, sondern zu Hause, in Wohngemeinschaften oder in Alten- und Pflegeheimen. Hier sind die Bedürfnisse der Menschen das eine, die Bedürfnisse der Berufsgruppen das andere."

#### Möglich und finanzierbar

Der Forderung der BAG, dass die Reform der Gesundheitsberufe nicht nur auf das Krankenhaus abzielt, sondern auch auf den sozialen Sektor, dem der Gesetzgeber nach wie vor die Pflege zuordnet, ist aus kommunaler Sicht beizupflichten. Die Kompetenzen der einzelnen Berufsgruppen sind so anzupassen, dass eine gute Betreuung im Pflegeheim ebenso wie durch den mobilen Dienst oder im Krankenhaus möglich und finanzierbar ist und nicht zuletzt auch dass die Pflegebedürftigen nicht permanent mit anderem Pflegepersonal konfrontiert werden, denn Pflege hat viel mit Nähe und Vertrauen zu tun. Ebenfalls zu berücksichtigen sind die Behindertenarbeit und die Sozialbetreuungsberufe, die wenig Niederschlag im

Vorschlag des Gesundheitsministeriums finden. Zu letzteren, die Sozialbetreuungsberufe sind im Gegensatz zu den Gesundheitsberufen landesgesetzlich geregelt, ist positiv festzuhalten, dass die Landessozialreferenten (in ihrer Tagung am 16. Mai 2014) Bereitschaft signalisiert haben, zur Verbesserung der Durchlässigkeit der Gesundheits- und Sozialberufe nötigenfalls auch Kompetenzen an den Bund abzutreten.

Der Vorschlag des Gesundheitsministeriums sieht ein mehrstufiges Ausbildungssystem bei den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen (abseits der geplanten Stations-/Serviceassistenz, die rein organisatorische Aufgaben haben soll und nicht als Gesundheitsberuf angesehen wird) vor: Die bisherige Pflegehilfe soll zur Pflegeassistenz (PA) aufgewertet werden, weiterhin bei einjähriger Ausbildungsdauer z. B. in den MAB-Schulen, wobei administrative und hauswirtschaftliche Tätigkeiten nicht mehr Bestandteil der Ausbildung sind. Eine Stufe höher steht die sogenannte Pflegeassistenz Plus (PA+). Dieser Abschluss könnte in der Praxis der wichtigste werden. Aufbauend auf PA kann aus einem Pool von sechs zielgruppenspezifischen Zusatzmodulen gewählt werden (genau diese zu starke Differenzierung würde zu Personalmehraufwand vor allem in kleinen Organisationseinheiten führen; auch müsste gegenüber dem aktuellen Vorschlag des

BMG die Palliativpflege stärker berücksichtigt werden, da in akutstationären Einrichtung häufig wenig Ressourcen dafür vorliegen), die ebenfalls an berufsbildenden Schulen bzw. Schulen für Pflegeassistenz im Ausmaß von 350 bis 500 Stun-

Die Kompetenzen der einzelnen Berufsgruppen sind so anzupassen, dass eine gute Betreuung im Pflegeheim, ebenso wie durch den mobilen Dienst oder im Krankenhaus möglich und finanzierbar ist.

den (zwei bis vier Monate) erworben werden können. Bei Absolvierung zweier dieser Module sowie einer Fachbereichsarbeit ist der nächste Schritt hin zur Pflegefachassistenz (PFA) inkl. Berufsreife getan. Die tertiäre Ausbildungsschiene soll mit einem generalistischen BScN-Studium an einer Fachhochschule starten (hierhin soll auch der gehobene Dienst übergeführt werden), daran anknüpfen sollen diverse Additivausbildungen mit erweiterten Kompetenzen in Spezialbereichen, wie etwa Demenz oder Onkologie, auch Master- und PhD-Abschlüsse werden angedacht. Dass bei einer Akademisierung

der Pflege (unter anderem der DGKS) und bei einer generellen Aufwertung des Pflegeberufs auch die Frage der künftigen Entlohnung und somit der Finanzierbarkeit zu stellen ist, liegt auf der Hand. Geht man nach den

am 29. Oktober in einer einschlägigen Besprechung getätigten Aussagen des Gesundheitsministeriums ("der Kostenbereich liegt nicht in unserer Kompetenz" und eine solche Diskussion ist der "Tod jeder Reform"), so besteht einmal mehr die Gefahr, dass einseitig Standards erhöht werden und man erst im Nachhinein sehen wird, ob/dass man sich die Reform (nicht) leisten kann. Die zweifellos gerechtfertigte Aufwertung des Berufsbildes muss auch mit einer Erweiterung der Kompetenzen einher gehen, sodass mehr pflegerische Leistungen ohne Anleitung oder Ausführung durch den gehobenen Dienst erfolgen können und somit durch eine Änderung der Aufteilungsschlüssel Kostenneutralität zumindest angestrebt werden kann.

Abschließend darf – kurz vor Weihnachten – noch der Wunsch formuliert werden, dass die Gemeinden, die sowohl als Träger als auch als Mitfinanzierer betroffen sind, ebenso wie die weiteren relevanten Stakeholder in diesen Reformprozess zur Novelle des Gesundheits- und



Dass bei einer Akademisierung der Pflege und bei einer generellen Aufwertung des Pflegeberufs auch die Frage der künftigen Entlohnung und somit der Finanzierbarkeit zu stellen ist, liegt auf der Hand.

## "Back to local" heißt das Zauberwort

Ein Vorstoß der britischen Local

Governement Association hat Ende

November für ziemliches Aufsehen in der

kommunalen Landschaft Europas gesorgt.

Auf den Punkt gebracht:

Die britischen Bürgermeister fordern mehr Kompentenzen in Bereichen wie Wohnbau und Bildung und errechnen für den Staat eine Ersparnis von elf Milliarden Pfund.

Daniela Fraiss

ie Local Government **Association LGA** ist wie der Österreichische Gemeindebund Interessensvertretung der lokalen Ebene, Themenschwerpunkte sind v.a. die Sicherung der lokalen Finanzen, die Anerkennung der kommunalen Ebene in der Wirtschaftsund Sozialpolitik sowie die Sicherstellung funktionierender Daseinsvorsorgeleistungen. In diese Kerbe schlägt auch die jüngste LGA-Kampagne "100 days". Diese richtet sich bereits an die nächste Regierung, die aus den Unterhauswahlen im Mai 2015 hervorgehen wird und eine umfassende Aufgaben- und Verwaltungsreform fordert. Im stark zentralistisch organisierten Vereinigten Königreich war das schottische Unabhängigkeitsreferendum wohl nur die Spitze der Dezentralisierungsbestrebungen. Denn auch in England und Wales fordert vor allem die kommunale Ebene mehr Gestaltungsspielraum und die dafür nötigen Finanzen. Seit Antritt der Regierung Cameron im Mai 2010 mussten die Kommunen 25 Milliarden Pfund (rund 31,8 Milliarden Euro) einsparen, bis 2020 ist eine Finanzierungslücke von 15 Milliarden

Pfund (rund 19,1 Milliarden Euro) prognostiziert.
Mehr Eigenverantwortung wurde aber nur großen Metropolen wie London und kürzlich auch Manchester eingeräumt.

#### "Aufstand" der Kleinen

Dies will der LGA nicht hinnehmen und griff selbst zum Rechenstift. Das Ergebnis: Ein Einsparungspotenzial von elf bis 14 Milliarden Pfund (14 bis 17,8 Milliarden Euro) in der nächsten Regierungsperiode, würden den Kommunen größere Kompetenzen in den Bereichen Wohnbau, Bildung, Jugendbeschäftigung, Straßenbau, Pflege und Gesundheitspolitik zugestanden. Der Kampagnenname "100 days" macht deutlich, dass diese Einsparungen dann zu erzielen sind, wenn sich die Regierung in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit zu den nötigen Reformen durchringt und diese auch zügig umsetzt. Budgetkonsolidierung und effiziente Aufgabenerfüllung stehen bei "100 days" gleichermaßen im Vordergrund, Ziel aller Überlegungen ist die Lösung drängender Probleme und

die Sicherstellung der besten

Dienstleistungen für die Bürger.

Der englische
Kommunalverband LGA ist eine
politische Größe
in England. Er
vertritt 370 Kommunen und damit
so gut wie alle
englischen Städte
und Gemeinden
sowie mittelbar
die walisischen
Gemeinden über
den walisischen
Gemeindeverband.

Skills for the Job?



Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

Dass vieles vor Ort besser erledigt werden kann, sagt oftmals schon der Hausverstand. Einige Beispiele:

Großbritannien steuert auf 30 Prozent arbeitslose bzw. unterbeschäftigte Jugendliche zu, der LGA sieht die Mitverantwortung darin in zentral organisierten Fort- und Weiterbildungskursen, die sich nicht an den Realitäten des Arbeitsmarktes orientieren. "100 days" fordert, diesen Bereich der lokalen Ebene zu übertragen und Jugendliche vor Ort zu betreuen. Ähnliches gilt auch für das Schulsystem, hier sollte das zweigleisige System zwischen kommunaler und zentraler Verantwortung aufgegeben werden, LGA fordert lokale Qualitätskontrollen und eine Schulbauoffensive, um dem prognostizierten Bedarf gerecht zu werden. Ein Eigenheim ist für junge

Ein Eigenheim ist für junge Familien fast unerschwinglich, im Durchschnitt wird das erste Eigenheim aufgrund des starken Anstiegs der Wohnungspreise erst ab 35 erworben. Mit ein Grund ist die derzeitige Gesetzeslage, die kommunales Handeln beinahe unmöglich macht. Beispiele aus Städten, die bei

#### PROBLEMSTELLUNGEN IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

#### trotzdem selbst aktiv wurden, sind so erfolgreich, dass der LGA hier nun eine große Reform fordert. Würden sämtliche Steine für kommunales Handeln in diesem Sektor aus dem Weg geräumt, prognostiziert die Kampagne

500.000 zusätzliche Wohnein-

der Schaffung von Wohnraum

nächsten Regierungsperiode.
• Fettleibigkeit, Alkohol- und
Nikotinsucht werden auch
vom LGA als Gefahr erkannt,
laufende Programme dagegen als ineffizient bewertet.
Auch hier könnte vor Ort
viel Prävention stattfinden.

heiten bis zum Ende der

Das Kernstück der Kampagne ist aber sicherlich die Reform der kommunalen Finanzbasis. Der LGA fordert größere Steuerautonomie der Gemeinden auf der Einnahmenseite und mehr Kom-

"Wenn wir die vielen zentralen und örtlichen Weiterbildungsund Beschäftigungsmaßnahmen besser koordinieren würden, gelänge es uns zu verhindern, so viele Menschen trotzdem auf der Straße zu sehen."





petenzen auf der Ausgabenseite. Einen Steuerwettbewerb befürchtet LGA-Präsident David Sparks übrigens nicht, denn bereits vor 1990 hatten die Kommunen bzw. "Councils" großen Spielraum ohne sich gegenseitig das Wasser abzugraben. Zusammenfassend ist wohl zu sagen, dass trotz unterschiedlicher Ausgangslage - österreichische Gemeinden sind verfassungsrechtlich weit besser verankert, auch die Finanzbasis ist vergleichsweise stabil - Forderungen und Anliegen der Gemeindeverbände in England und Österreich durchaus ähnlich sind. KOMMUNAL wird die weiteren Entwicklungen im Vereinigten Königreich beobachten und darüber berichten.

#### **WOHNUNGSMARKT**

- Drei Miillonen Menschen unter 35 leben aus finanziellen Gründen bei ihren Eltern;
- 1,7 Millionen Haushalte auf Wartelisten für leistbares Wohnen;
- 2013 wurden weniger als 110.000 neue Wohneinheiten gebaut;
- Von 2000 bis 2014 stiegen die Hauspreise um 155 Prozent, die Gehälter nur um 41 Prozent.

#### Lösungsansatz:

- Gemeinden und Wohnbauträger gleichstellen, Kreditaufnahmen der Kommunen als nicht Maastricht-relevant einstufen;
- Gesetzgebung ändern und Hürden für Kommunen im Bereich Wohnbau/Kreditaufnahme beseitigen;
- Druck auf private Träger erhöhen, Spekulation eindämmen;
- 500.000 zusätzliche Wohnungen in fünf Jahren als Zielvorgabe.

#### **BILDUNG/AUSBILDUNG**

- Kompetenzwirrwarr im Schulbereich, Kommunen für öffentliche Schulen verantwortlich, Privatschulen und Akademien unter zentraler Aufsicht;
- Ein Drittel aller Jugendlichen werden 2018 ohne Arbeit oder unterbeschäftigt sein.

#### Lösungsansatz:

- Schulbau forcieren, Kompetenzdschungel im Schulwesen entflechten;
- Fort- und Weiterbildung mit lokalen/regionalen Arbeitgebern bzw. Arbeitsangebot koordinieren;
- Ganzheitlichen Ansatz verfolgen und Sozialhilfe- und Bildungsmaßnahmen miteinander koordinieren;
- Wenig erfolgreiche nationale Jugendbeschäftigungsprogramme der lokalen Ebene übertragen und Jugendarbeitslosigkeit durch lokale Initiativen halbieren.

#### **WOHLSTAND FÜR ALLE**

- London und der Südosten des Landes als Wachstumsmotoren Englands,
   21 Prozent aller Unternehmen sind dort angesiedelt;
- Funktionierende und verlässliche lokale Infrastruktur als Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg;
- Jede fünfte Straße befindet sich in schlechtem Zustand, Investitionsrückstau von 12 Milliarden Pfund (rund 15,3 Milliarden Euro).

#### Lösungsansatz:

- Gemeinden sollen wirtschaftliche Kompetenzen an lokale Wirtschaftspartner übertragen können um Beschäftigung vor Ort zu stärken;
- Verkehrsplanung durch die Kommunen (Beispiel London);
- Größere Steuer-/Abgabenautonomie für Gemeinden;
- Straßenbauinitiative, finanziert über Mineralölsteuer.

#### **GESUNDHEIT/PFLEGE**

- Pflegefinanzierung reißt immer größere Löcher in kommunale Haushalte:
- Allgemeiner Gesundheitszustand der Bevölkerung weitaus schlechter als im europäischen Vergleich.

#### Lösungsansatz:

- Ausrichtung des nationalen Gesundheitsdienstes NHS ändern: Weg von reinem Fokus auf Behandlung hin zu mehr Vorsorge;
- Maßnahmen gegen Übergewicht, Nikotin und Alkoholismus;
- Freiwilligenwesen stärken, indem Freiwilligen geringe Steuernachlässe gewährt werden.

#### Förderprogamm

## Ländliche Entwicklung als Wachstumsmotor

Klimawandel und Energie, Bil-

dung sowie Strategien für eine

wirksame Bekämpfung von Ar-

mut und sozialer Ausgrenzung.

Die ländliche Entwicklung ist ein zentrales Element der österreichischen Agrarpolitik. Sie unterstützt einen modernen, starken, effizient und nachhaltig produzierenden Agrarsektor ebenso wie andere Wirtschaftsbereiche sowie Gemeinden und schafft damit Arbeitsplätze.

Mit dem Programm für den Zeitraum von 2014 bis 2020 erhalten Österreichs Bauern und der ländliche Raum jährlich 1,1 Milliarden Euro an Förderungen. Mehr als die Hälfte der Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Europäischen Union.

### Regionale Wertschöpfung und Beschäftigung

Untersuchungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung belegen, dass das Programm der vergangenen Periode ein unverzichtbarer Wachstumsmotor für den ländlichen Raum war. Die regionale Wertschöpfung nahm dadurch pro Jahr um 1,4 Milliarden Euro zu, Arbeitsplätze für 31.100 Menschen wurden neu geschaffen. Insgesamt konnten mehr als 147.000 bestehende Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere in benachteiligten Gebieten, abgesichert werden. Ein Weg, der – sorgfältig angepasst an die großen Herausforderungen der Zukunft - entschlossen fortgesetzen werden soll.

#### Nachhaltige Lösungen

Im Hinblick auf die fünf Kernziele der Europa 2020-Strategie wurde ein ausgewogenes und vielfältiges Maßnahmenpaket für die ländliche Entwicklung definiert. Dieses Paket liefert nachhaltige Lösungen in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung,

beginnen.

#### Starke Impulse für den ländlichen Raum

entsprechenden Zahlungen zu

Für den Schwerpunkt "Investitionsförderung" stehen jährlich 102 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind 25 Prozent mehr als bisher. Damit werden bauliche Investitionen oder technische Einrichtungen unterstützt. Auf diese Weise können Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen sowie die Umwelt- und Ressourceneffizienz steigern.



Die finanzielle Unterstützung fließt zum Großteil direkt in die regionale Wirtschaft, wodurch weitere Arbeitsplätze geschaffen oder abgesichert werden. Auch die Mittel für die Produktion von nachhaltiger erneuerbarer Energie wurden mit insgesamt 143 Millionen Euro deutlich erhöht. Neben einem wichtigen Beitrag zum Klimaschutz werden dabei zusätzliche Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen.

#### **Breitband & Energie**

Eine funktionierende Breitbandinfrastruktur ist für einen lebenswerten und wirtschaftlich erfolgreichen ländlichen Raum unabdingbar. Für den Ausbau stehen über das Programm bis 2020 rund 7,5 Millionen pro Jahr zur Verfügung. Für Bildungsmaßnahmen stehen in der Periode rund 112 Millionen Euro bereit.

Mehr auf www.bmlfuw.gv.at





Erfolgreiche Initiative

## "Schau drauf!" nun auch als Appell an die Gastronomie

Die vom BMLFUW gestartete Initiative "Schau drauf!", die auf die Stärken regionaler Produkte aufmerksam macht, wird auf die Gastronomie ausgedehnt.

Regionale Qualitätsprodukte stehen für sicheren, hochwertigen Genuss und sind ein Top-Thema für Konsumentinnen und Konsumenten.

Heimische Produkte gewährleisten Frische, Natürlichkeit und Saisonalität. Die Initiative wird vom Österreichischen Bauernbund, der Landwirtschaftskammer Österreich und dem Österreichischen Raiffeisenverband mitgetragen.

Ziel ist es, den Gästen regionale Qualitätsprodukte schmackhaft zu machen, etwa durch eine bessere Kennzeichnung regionaler Zutaten. Regionale Produkte und regionale Produktion haben viele Vorteile: Neben der Qualität geht es auch um Arbeitsplatzsicherung. Durch kürzere Transportwege wird zudem CO<sub>2</sub> eingespart und somit ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Bei "Schau drauf!" werden die beiden wichtigen Zeichen, nämlich das AMA-Gütesiegel und das AMA-Biosiegel, in den Fokus gestellt. Konsumentinnen und Konsumenten, die auf diese Zeichen achten, erhalten Lebensmittel mit ausgezeichneter Qualität und nachvollziehbarer Herkunft.

Qualität ist unsere Stärke, Billigprodukte sind nicht unser Revier. Unsere Landwirtschaft und unsere Verarbeitungsbetriebe gehören im internationalen Vergleich zu den Besten der Welt und bedienen qualitätsbewusste Kundinnen und Kunden. Erkennbare Qualität bringt zufriedene, treue Konsumentinnen und Konstumenten; im Supermarkt, im Restaurant und im Export. Das stärkt den Standort Österreich und sichert Arbeitsplätze.

Neben der unvergleichlichen Qualität sind 530.000 Arbeitsplätze das stärkste Argument für Qualitätsprodukte aus Österreich. Zehn Prozent mehr Inlandsnachfrage würden 10.000 neue Jobs schaffen. Dass verantwortungsvolle Politik keine einzige Maßnahme auslassen darf, um den regionalen Wirtschaftskreislauf anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern, zeigt auch die momentane Arbeitslosenstatistik. Umso mehr muss man umdenken und alle Österreicherinnen und Österreichern herzlich zu "Schau drauf!" einladen.

"Schau drauf!" ist ein Aufruf, Österreich als Standort der Land- und Lebensmittelwirtschaft zu stärken mit dem Hinweis, dass inländische Arbeitsplätze und heimischer Konsum direkt miteinander verknüpft sind.

Näheres auch unter: www.bmlfuw.gv.at



Die BAWAG P.S.K. hat als erste Bank Österreichs Crowdfunding mit der Plattform www.crowdfun ding.at auf professionelle Beine gestellt. Crowdfunding ist eine alternative, moderne Finanzierungsform, bei der viele kleinere Beträge von Einzelpersonen gesammelt werden, um eine unterstützenswerte Idee zu finanzieren. Unter anderem können Projekte aus dem Bereich "Soziales" finanziell unterstützt werden. Crowdfunding ist ein Teil der "ES GEHT!"-Initiative der BAWAG P.S.K. Mit ES GEHT! will die

BAWAG P.S.K. eine Bewegung entstehen lassen, die Eigeninitiative fördert, Menschen und Gemeinschaften verbindet und alle ermutigt, gemeinsam etwas Positives für Österreich und die hier lebenden Menschen zu bewirken. In der ES GEHT! Crowd-

funding-Plattform bieten sich drei Kategorien an, die man entweder gründen oder unterstützen kann. Die Unterstützung kann in zweifacher Form erfolgen: in Euro oder mit "share", der eigenen Stimme in Social Media-Kanälen oder durch beides.

- Die Kategorie "Start-Up Projekte" beinhaltet innovative Projekte/Ideen der Start-Up-Unternehmen.
- In der Kategorie "Soziale Projekte" sind Projekte, durch die man verschiedene regionale Vereine/Institutionen fördern kann.
- Die dritte Kategorie umfasst Projekte der BAWAG P.S.K. -Plattform "meinespende.at", die nun in die ES GEHT! Crowdfunding-Plattform integriert werden.

Den Start der Initiative bilden vier Projekte, eines

davon ist das "magdas"-Hotel der Caritas, das in einem Pressegespräch vorgestellt wurde.

Weitere Projekte betreffen Teilprojekte zur Generalsanierung des Volkstheaters sowie das Kaffeehaus für das Behindertendorf in Breitenfurt.

Nähere Information zum Crowdfunding und der Initiative "Es geht" finden Sie unter folgenden Links:

https://www. crowdfunding.at/projects/ social und http://es-geht.at/

#### Nilfisk VL200

#### **Neuer Nass-/ Trockensauger**

Nilfisk VL200 heißt der neue Nass-/Trockensauger, der die preisgekrönte VL-Serie des Salzburger Reinigungsgeräte-Spezialisten ergänzt. Mit einer Luftförderung von 48 Litern pro Sekunde sowie einer Aufnahmeleistung von 1500 Watt beseitigt das kleine Kraftpaket selbst hartnäckigsten Schmutz im Handumdrehen. Kombiniert mit einem bis zu 30 Liter fassenden Behälter und einer maximalen Geräuschentwicklung von 64 Dezibel eignet sich der Sauger für anspruchsvolle Reinigungsaufgaben beispielsweise in Schulen, in öffentlichen Gebäuden und Behörden.

www.nilfisk.at

#### **KURZ GEMELDET**



#### Pappas liefert ersten Multihog aus

Seit diesem Jahr ist die Pappas-Gruppe offizieller Vertriebs- und Service-Partner für Fahrzeuge der Marke Multihog. Den ersten Mulithog lieferte das Automobilhandelsunternehmen kürzlich an die Gemeinde Riegersburg in der Südoststeiermark aus. Die Multihog- Baureihe MX wurde vor allem im Hinblick auf extreme Ganzjahresbedingungen entwickelt. Die Fahrzeuge können eine nahezu unbegrenzte Auswahl von Anbaugeräten diverser Hersteller tragen und bieten zudem außergewöhnlichen Fahrkomfort. Ausschlaggebend für die Entscheidung der Gemeinde Riegersburg waren die Qualität, die hohe Nutzlast bei kompakten Abmessungen sowie die überzeugende Leistung des Fahrzeugs.

Web-Tipp: www.pappas.at

#### **EU-Kommission**

#### Klage wegen Eisenbahnsektor

Die EU-Kommission hat beschlossen, Österreich beim Gerichtshof der EU zu verklagen, weil es die EU-Vorschriften über die finanzielle Transparenz im Eisenbahnsektor nicht einhält. Österreich hat es versäumt sicherzustellen, dass öffentliche Gelder, die als Ausgleich für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Personenverkehrsdienste gezahlt werden, in den entsprechenden Konten ordnungsgemäß ausgewiesen werden. Deshalb lässt sich nicht ausschließen, dass solche Mittel auch zur Quersubventionierung anderer Verkehrsdienstleistungen verwendet werden.

europa.eu/europedirect/ oder Tel: 00 800 67 89 10 11

#### **Fahrzeugtechnik**

#### Der neue Volvo FL mit Allradantrieb für Asphalt- und Schotterstraßen

Der Volvo FL ist jetzt mit Allradantrieb (4x4) erhältlich, mit dem er auch auf rutschigen, steilen und unebenen Straßen stets sicher ans Ziel kommt. Der Lkw ist als Sonderfahrzeug sowohl in städtischer Umgebung



Der neue Volvo: Bei allen Straßenverhältnissen einsetzbar.

#### **Auszeichnung**

#### Österreichischer Solarpreis geht nach Tulln

Tulln erhält mit dem Österreichischen Solarpreis in der Kategorie "Städte und Gemeinden" die 4. Umweltauszeichnung innerhalb von nur 12 Monaten. Der Preis wird von Eurosolar Austria seit 1994 an Gemeinden, kommunale Unternehmen, private Personen, Ingenieure, Architekten, Eigentümer von Anlagen sowie an Organisationen vergeben, die sich besonders um die Nutzung erneuerbarer Energien verdient gemacht haben.

www.tulln.gv.at

als auch unter anspruchsvolleren Bedingungen oder als Service-Lkw in Steinbrüchen und auf Baustellen ideal geeignet. Mit kompakten äußeren Abmessungen, gutem Komfort und hohem Drehmoment eignet sich der Volvo FL ideal für den hektischen Stadtverkehr. Und mit Allradantrieb und vergrößerter Bodenfreiheit kommt er auf groben Schotterwegen ebenso gut voran wie auf Asphaltstraßen. Darüber hinaus kann der Lkw auch mit einem zusätzlichen Druckluftanschluss am Fahrgestell für diverses Zubehör oder zum Aufpumpen von Reifen ausgestattet werden. Mit einem Gesamtgewicht von bis zu 16 Tonnen besitzt er eine enorme Ladekapazität und ist für komplexe Ausrüstungen wie Arbeitsbühnen, Betonmischer und Kräne geeignet.



www.volvo.com





#### Eine Gemeinde fragt: Warum haben wir einen GIS-Aufsteller im Gemeindeamt?

Fernseher: Das Gemeindeamt ist bei allen Fragen rund um die An- und Abmeldung DIE Anlaufstelle für den Bürger. Das macht jedes Gemeindeamt zum Know-How-Träger darüber, wer gerade wo eingezogen ist, beziehungsweise wohin er seinen Wohnsitz verlegt hat. Der Aufsteller im Gemeindeamt erspart der Bürgerin und dem Bürger also einen Weg und somit Zeit.

#### Wie bekommt die Gemeinde aktuelle Formulare oder Kuverts?

Fernseher: Es gibt eine eigene E-Mailadresse die nur für diesen Zweck eingerichtet wurde. Sie lautet: gis.info@gis.at. Sie bekommen die Formulare und Kuverts rasch und für das Gemeindeamt selbstverständlich kostenfrei zugesendet.

Soll die Gemeinde die Formulare entgegennehmen? Fernseher: Nein, mit den Rückversandkuverts können Anträge, Formulare und Einzugsermächtigungen bequem von der Bürgerin und dem Bürger an die GIS gesendet werden.

#### Wo bekommt man mehr Informationen zur Gebührenpflicht?

Die GIS bietet auf ihrer Homepage www.gis.at und unter der Service-Hotline 0810 00 10 80 alle Informationen rund um die Rundfunkgebühren an.

Für die hervorragende Zusammenarbeit

mit mehr als 2300 Gemeinden,

Bezirksämtern, Sozialstellen und

Bürgerdiensten in ganz Österreich,

als Service an Ihren

Bürgerinnen und Bürgern

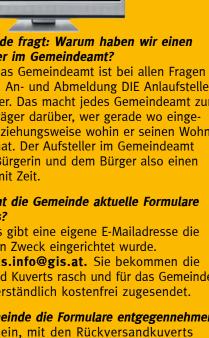
bedankt sich



**Messe Deutschland** 

#### "Moderner Staat" bleibt Nummer 1 im Public Sector

Vom Ausbau der digitalen Infrastruktur über Bürgerbeteiligungs-Verfahren bis zu den Folgen des neuen EU-Vergaberechts: Die Europäisierung der öffentlichen Verwaltung erfordert von Bund, Ländern und Kommunen weitreichende Investitionen. Das zeigte auch die diesjährige Kongress-Messe MODERNER STAAT, die unter dem Leitmotiv "Für moderne Verwaltung in Europa: Die europäische Integration als Chance und Herausforderung für den öffentlichen Sektor" stand. www.moderner-staat.com





Mit dem Förderprogramm "Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen des nationalen IVS-Aktionsplans - Dynamische Mobilitätsdaten und multimodales Verkehrsmanagement" unterstützen der Klima- und Energiefonds und das Bundesministerium für Verkehr,

Innovation und Technologie (bmvit) Projekte im Bereich der intelligenten Verkehrssysteme. Diese machen den Verkehr effizienter, ökologischer und sicherer, indem sie vorhandene Infrastruktur

> Förderung 2014: Dynamische Mobilitätsdaten Eingebunden in den seit 2009 gewachsenen und sehr erfolgreichen "Cluster" von IVS-Anwendungen

Verkehrsminister Alois Stöger: "Mobilität muss sicher, umweltfreundlich und für alle Nutzerinnen und Nutzer in ganz Österreich leistbar sein."

der öffentlichen Hände in

flächendeckende Echtzeiterfassung des Verkehrszustandes eine große Rolle.

Intelligente Systeme statt Insellösunaen Die zentralen Herausforderungen

sind aber nach wie vor verschiedene Standards, Schnittstellen, Datenqualitäten und organisatorische Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sowie zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln.

ment" den abschließenden Puzzlestein eines umfassenden österreichischen IVS-Systems bilden. Unter Bezugnahme auf den Maßnahmenkatalog 2014 des IVS-Aktionsplans des bmvit und unter systemischer Einbindung der Betreiber von GIP und VAO werden unter anderem folgende Ziele angestrebt:

Kooperation mit den Ver-

kehrsverbünden und Infra-

strukturbetreibern wird das

Themenfeld "Dynamische

Mobilitätsdaten und multi-

modales Verkehrsmanage-

- Erarbeitung eines Rolloutplanes zur Generierung einer österreichweiten Verkehrslage im MIV auf den GIP Functional Road Classes 0-4.
- Implementierung eines "Mobilitätskompetenzzentrums Österreich" unter bestmöglicher Nutzung existenter Ressourcen.
- Kurz-, Mittel- und Langfristprognose auf Basis der erhobenen Daten bzw. der österreichweiten Verkehrslage.

#### **Details zur Ausschreibung**

Bei der Ausschreibung "Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen des nationalen IVS-Aktionsplans - Dynamische Mobilitätsdaten und multimodales Verkehrsmanagement handelt es sich um ein zweistufiges Verfahren mit zwei gestaffelten Einreichfristen. Mehr auf: www.klimafonds.gv.at



Was Sie noch nie wissen wollten

#### "Kontrollierte **Geschwindigkeit**" auf Portugiesisch

Die Algarve ist die südlichste Region Portugals und ein beliebtes Urlaubsziel. Hier trifft man auf eine interessante Form der Verkehrsregelung, die sogenannte "Velocidade Controlada" ("Kontrollierte Geschwindigkeit"). Während man hierzulande in die Radarfalle fährt und später die Rechnung präsentiert bekommt,



wird man in Portugal einfach gnadenlos ausgebremst: Erkennt das System, dass man zu schnell unterwegs ist, schaltet ein paar hundert Meter weiter eine Ampel auf Rot. Diese Ampel hat keinerlei sonstige Funktion.

Gerade vor Ortschaften, aber auch unterwegs auf den größeren Landstraßen werden Ihnen immer wieder große blinkende Schilder mit der Aufschrift "Velocidade Controlada" begegnen. Im Gegensatz zum Blitzer beispielsweise in Österreich oder Deutschland ist die Toleranz dieser Anlagen gleich Null.

#### Weblink:

http://www.algarveguide.de/urlaub-in-der-algarve/praktisches/ verkehr-in-portugal/



Verlagerung hin zu "Öffis" spielt die Effizienz des Verkehrs eine wichtige Rolle bei der Einsparung von Treibhausgasemissionen. Dabei sind statische Daten zur Verkehrsnachfrage und Echtzeitverkehrsdaten wichtig: Floating Car Data (FCD) spielen für die

27. 02. 2015, 12.00 Uhr: Ende der Einreichfrist Stufe 1 bei der SCHIG mbH - schriftliche UND elektronische Einreichung

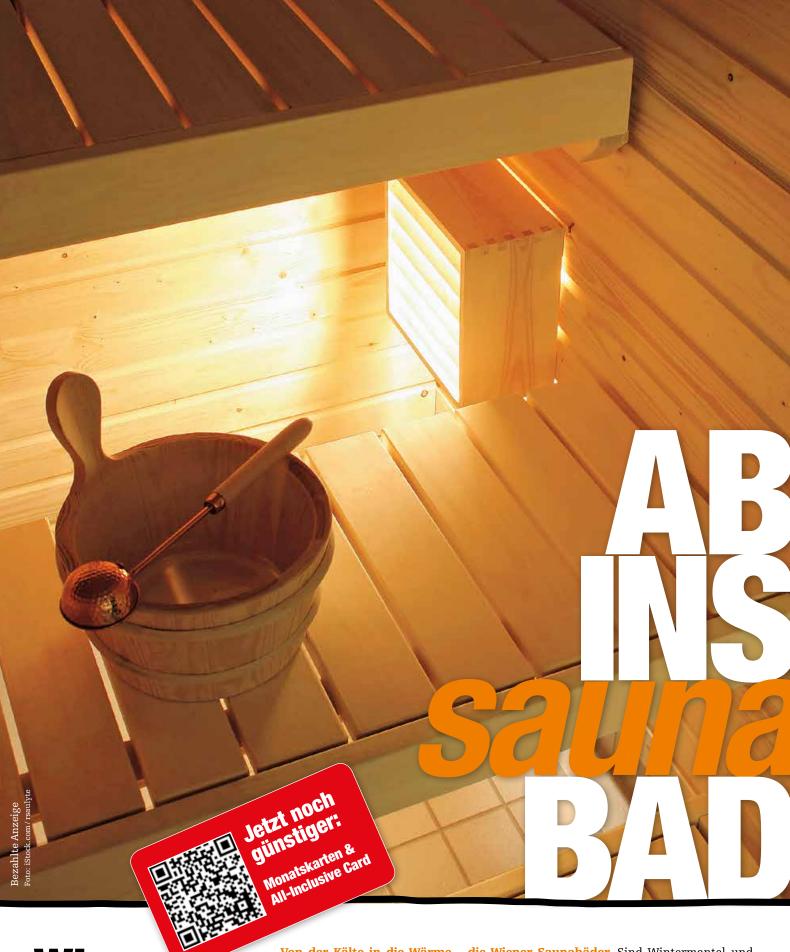
DIE FRISTEN

22. 05. 2015, 12.00 Uhr: Ende der Einreichfrist Stufe 2 bei der SCHIG mbH - schriftliche UND elektronische Einreichung

und Floating Car Data (FCD) optimal nutzen: VerkehrsteilnehmerInnen werden umfassend, aktuell und leicht zugänglich informiert und der Verkehr gezielt und dynamisch gesteuert. Der Klimafonds investiert bis zu acht Millionen Euro, um das Gesamtverkehrssystem weiter zu opti-

mieren.

Neben der



Wien.
Die Stadt
fürs Leben.

Von der Kälte in die Wärme – die Wiener Saunabäder. Sind Wintermantel und Fäustlinge erst einmal abgelegt, eröffnet sich eine Entspannungsoase. Dampfbad und Sauna helfen dabei, das Immunsystem zu stärken – so haben Schnupfen & Co bei Ihnen keine Chance. Tauchen auch Sie ein in eine der insgesamt 17 Saunaanlagen in den Wiener Bädern.

Das macht Wien zur Stadt fürs Leben.

Mehr Infos bei der Bäder-Hotline 01/601 12 oder auf: www.wienerbaeder.at





Ein gesunder Arbeitsplatz fördert das psychische, physische und soziale Wohlbefinden aller Mitarbeiter.



#### Katharina Lehner

m Vergleich zu einem Feuerwehrmann, einem Bauarbeiter oder einem Rauchfangkehrer leben Büroarbeiter sicher. Doch auch sie leiden unter chronischen Belastungen. Bis zu einer Million Berufstätige fühlen sich gesundheitlich beeinträchtigt, so eine aktuelle Erhebung über das Gesundheitsrisiko der Statistik Austria. Acht von zehn befragten Erwerbstätigen gaben an, am Arbeitsplatz einem körperlichen und/oder psychischen Risikofaktor ausgesetzt zu sein. Knapp vierzig Prozent klagten über psychische Belastungen und ein Drittel über Anstrengung der Augen.

Eine schlampige Sitzhaltung und Dauerstress am Arbeitsplatz rächen sich früher oder später. Das Ergebnis: Burnout, Rückenbeschwerden, Verspannungskopfschmerzen oder Gelenksbeschwerden, ganz zu schweigen von der fehlenden Bewegung, der langen Bildschirmarbeitszeit und je nach Arbeitsplatz dem Mangel an Frischluft und Sonnenlicht.

#### **Gesundheit als Kompetenz**

Gesundes Arbeiten ist weit mehr als keine körperlichen Beschwerden zu haben. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wies bereits 1948 darauf hin, dass Gesundheit sowohl physisches als auch psychisches und soziales Wohlbefinden bedeutet. In der Ottawa Charter knapp 20 Jahre später wurden Grundprinzipien und Handlungsempfehlungen definiert. Dazu zählt unter anderem gesundheitsfördernde Lebenswelten zu schaffen und persönliche Kompetenzen zu entwickeln. Doch wie können diese Prinzipien im täglichen Arbeitsalltag umgesetzt werden? "Prinzipiell sollte der Arbeitsplatz dem Menschen und nicht der Mensch dem Arbeitsplatz angepasst werden", so Univ.-Prof. Dr. Stephan Letzel, Leiter des Instituts für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universitätsmedizin



Mainz sowie Vortragender an der Österreichischen Akademie für Arbeitsmedizin und Prävention (AAMP).

#### **Umfassende Prävention**

Im Bereich der Arbeitsmedizin ist der Präventionsgedanke wichtig, wobei zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden wird. Bezogen auf den Arbeitsplatz bedeutet dies erstens den Arbeitsplatz so zu gestalten, dass



Prinzipiell sollte der Arbeitsplatz dem Menschen und nicht der Mensch dem Arbeitsplatz angepasst werden.

Univ.-Prof. Stephan Letzel

Schadensfälle weitestmöglich verhindert werden. Hier wird zwischen Verhältnis- und Verhaltensprävention unterschieden. Erstens sollen somit der Schreibtisch, der Stuhl oder die klimatischen Verhältnisse an den Benutzer angepasst werden. Zweitens spielen psychosoziale Faktoren, die Arbeitsorganisation und das Verhalten im Betrieb eine entscheidende Rolle. Bei der sekundären Prävention geht es darum, Risikosituationen, beispielsweise durch die arbeitsmedizinische Vorsorge, so früh wie möglich zu erkennen. "Die arbeitsmedizinische Sekundarprävention hat einen wesentlichen Anteil an der Prävention der Gesamtbevölkerung, durch sie kann etwa die Hälfte der Bevölkerung erreicht werden", so Univ.-Prof. Letzel.

Eine große Herausforderung ist ebenfalls die tertiäre Prävention oder Rehabilitation. Vor dem Hintergrund der Abschaffung der Invaliditätspension und dem schrittweisen

Abschaffung der Invaliditätspension und dem schrittweisen Anheben des Pensionsantrittsalters stehen Arbeitgeber, darunter auch Gemeinden, vor zwei großen Herausforderungen. Das



Arbeitsumfeld für die Mitarbeiter muss so gesund wie möglich sein, sodass Krankheiten erst gar nicht entstehen und Menschen, die bereits krank waren, sollen wieder in die Arbeit integriert werden.

#### **Komplexes Regelwerk**

Es gibt zahlreiche Gesetze und Verordnungen, die regulieren, was ein gesunder Arbeitsplatz ist. Im QUIZ können Sie Ihr Wissen testen.

Manche staatliche Regelung ist historisch gewachsen, doch zum Teil müssen auch neue europäische Vorgaben umgesetzt werden. Es gibt kein einheitliches Regelwerk, das alle Anforderungen zusammenfasst. Univ.-Prof. Letzel weist im Gespräch mit KOMMUNAL darauf hin, dass die staatlichen Vorgaben auch noch Platz für "gut begründete und sinnvolle individuelle Lösungen lassen." Viele Gemeinden leiden unter einem hohen Aufgabendruck und einem geringen Budget. Doch sie sollten die Gesundheit ernstnehmen.

QUIZ

# **Gesundes Arbeiten**

Testen Sie Ihr Wissen! Auflösung auf Seite 43.

1

# Was bedeutet ergonomische Arbeitsgestaltung?

- A. den Arbeitsplatz so gestalten, dass Verspannungen vorgebeugt wird
- B. den Arbeitsplatz so anzuordnen, dass keine Wege zurückgelegt werden müssen
- ☐ C. effizientes und fehlerfreies Arbeiten sicherzustellen und die Menschen vor Gesundheitsschäden auch bei langfristiger Ausübung einer Tätigkeit zu schützen.



Wie weit sollte bei einem Computerarbeitsplatz der "Sehabstand" zwischen Körper und Bildschirm sein?

- ☐ A. Ca. 40 bis 50 cm
- ☐ B. Ca. 50 bis 75 cm
- ☐ C. Mindestens 80 cm



Wie lange darf laut § 10 der Bildschirmarbeitsverordnung ununterbrochen am Bildschirm gearbeitet werden?

- ☐ A. Es ist keine Regelung vorgeschrieben
- B. Nach 50 Minuten Bildschirmarbeit eine Pause oder ein Tätigkeitswechsel von 2 Minuten
- C. Nach 50 Minuten Bildschirmarbeit eine Pause oder ein Tätigkeitswechsel von 10 Minuten

**(4)** 

Wie viel Grad sollte die Raumtemperatur in der warmen Jahreszeit nicht überschreiten?

- A. 22 Grad
- ☐ B 25 Grad
- ☐ C. 27 Grad



Was ist bei der Beleuchtung von Arbeitsräumen zu beachten?

- ☐ A. Flimmern, Blenden und große Helligkeitsunterschiede vermeiden
- B. Auf jedem Arbeitsplatz muss ein eigenes Licht angebracht werden
- ☐ C. Die Beleuchtung muss energiesparend sein



Welchen Teil der Wirbelsäule sollen Arbeitssitze stützen?

- A. Halswirbelsäule
- B. Lendenwirbelsäule
- C. Steißbein



Wie hoch darf die Lärmbelastung bei einfachen oder mechanisierten Bürotätigkeiten sein?

- □ A. 65 dB
- B. 75 dB
- ☐ C. 87 dB

#### **RECHTSBOX**

#### Arbeitszeitgesetz (AZG)

https://www.ris.bka.gv.at/ GeltendeFassung.wxe?Abfrage=-Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008238

## ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG)

https://www.ris.bka.gv.at/ GeltendeFassung.wxe?Abfrage=-Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008910

### Arbeitsstättenverordnung (AStV)

https://www.ris.bka.gv.at/ GeltendeFassung.wxe?Abfrage=-Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009098

### Bildschirmarbeitsverordnung (BS-V)

https://www.ris.bka.gv.at/ GeltendeFassung.wxe?Abfrage=-Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009121

#### Tipps für Gemeinden

Gesunde Mitarbeiter sind oft motivierter, leistungsfähiger und weniger fehleranfällig. Zudem identifizieren sie sich besser mit ihrem Arbeitgeber. Univ.-Prof. Letzel ist überzeugt, dass auch kleine Investitionen in die Gesundheit gewinnbringend sind: "Rechnet man den Aufwand und den Erfolg von Gesundheitsmanagement gegeneinander auf, muss Gesundheitsmanagement kein zusätzlicher Kostenfaktor sein", so Letzel. Zunächst ist es jedoch wichtig, ein Grundverständnis zu entwickeln und das Thema Gesundheit in alle Überlegungen mit einzubeziehen. Gemeinden sollten nicht unterschätzen, dass auch der respektvolle Umgang untereinander oder ein gesundheitsbewusstes Verhalten der Führungsperson ein gesundes Umfeld schaffen. Folgende Schritte können Gemeinden helfen, die Arbeitssituation möglichst objektiv zu beurteilen und gezielt Maßnahmen zu setzen.

#### 1. Arbeitsprozesse anschauen:

Die Entscheidungsträger in den Gemeinden sollten einen näheren Blick auf die Mitarbeiter – und auf sich selbst – werfen. Kommt es oft zu längeren Krankenständen? Wo passieren häufig Fehler? Gibt es bei manchen Stellen eine starke Fluktuation? All diese Informationen können helfen, das Gefährdungspotential der unterschiedlichen Arbeitsprozesse zu ermitteln.

#### 2. Gefährdungen ermitteln:

In einem zweiten Schritt sollte herausgefunden werden, welche Belastungen bei den einzelnen Tätigkeitsfeldern konkret vorhanden sind. Wichtig ist auch, die Ursache der Beschwerden zu definieren. Sind die Belastungen physischer, psychischer oder physikalischer Natur?

#### 3. Gefährdungen beurteilen:

Gibt es einen Einblick in die einzelnen Probleme, sollten die Verantwortlichen festlegen, für wie groß und dringlich sie



#### PITTERS KOMMUNALTREND

# Die Gemeindebüros als Schnittstelle

"Müllers Büro" – der Kultfilm von Niki List hat es vorweggenommen: das Büro gilt als Schnittstelle und auch dieses KOMMUNAL beschäftigt sich mit dem Thema "Büro". Die Gemeinden fungieren dabei unbestritten als die Anlaufstelle für die Bürger und sind wichtige Arbeitgeber.

Der Österreichische Gemeindebund zählt – ohne Wien – 75.000 Gemeindebedienstete, davon sind mehr als 15 Prozent in der Verwaltung tätig. Dabei kann man nicht hoch genug einschätzen, wie viel formales und praktisches Detailwissen die Personen im kommunalen Back-Office besitzen, um den Bürgern als universelle Ombudsstelle

mit hoher Servicequalität zur Verfügung zu stehen. Gerade in dieser Zeit gilt es das Jahr

"Die Gemeinden schaffen jenes kleinteilige Österreich, das am besten funktioniert."

Revue passieren zu lassen und Bilanz zu ziehen – wir sollten daher die Gelegenheit nutzen und die vielen fleißigen MitarbeiterInnen vor den kommunalen Vorhang holen. Denn gerade in ihrer Fachexpertise und Bürgernähe schaffen die Gemeinden jenes kleinteilige Österreich, das am besten funktioniert und um das uns viele ausländische Experten beneiden.

zahlreiche wohlüberlegte Entscheidungen zu treffen, obgleich auch – wie zuletzt in einer Pitters®

Hier ailt es.

KOMMUNAL-Trend-Erhebung gezeigt – die zunehmende Komplexität der Aufgaben eine Gefahr der Überlastung für die Gemeindebediensteten darstellt. Durch unklare Zieldefinitionen oder Mehrfachzuständigkeiten kann es zu Stresssituationen, Burn-Outs, aber auch Mobbing-Situationen kommen. Wenn die ent-

sprechende Prophylaxe unterlassen wird, kann dies – wie im restlichen Wirtschaftsleben gang und gäbe – mitunter zu unangenehmen sozialen, aber auch wirtschaftlichen Folgen führen.

Kein Allheilmittel, aber eine simple und umso wichtigere Gegenmaßnahme: den tüchtigen kommunalen MitarbeiterInnen die wohlverdiente Wertschätzung und Unterstützung entgegenzubringen ...

Dr. Harald Pitters ist Trendexperte und Kommunikationsforscher E-Mail: office@pitters.at Web: www.pitters.at diese Gefährdungen halten. Hierfür empfiehlt sich auch die rechtliche Lage zu berücksichtigen (INFOBOX SEITE 42).

#### 4. Schutzmaßnahmen festlegen:

Nun sollten konkrete Maßnahmen festgelegt werden, wie das Arbeitsumfeld gesünder gestaltet werden kann. Gemeinden sollten sich auch nicht scheuen Beratungen von Arbeitsmedizinern, Ämtern oder Fachleuten in Anspruch zu nehmen, um treffsichere Maßnahmen zu treffen.

#### 5. Maßnahmen durchführen:

In diesem Schritt werden die Maßnahmen ähnlich wie im Projektmanagement abgearbeitet. Entscheidend wie bei jedem Projekt ist es, Verbindlichkeiten festzulegen: Wer mach was wann?

#### 6. Maßnahmen überprüfen:

Wichtig ist ebenso eine Kontrolle der durchgeführten Maßnahmen. Hier empfiehlt sich auch, das Gespräch mit den Mitarbeitern zu suchen, wie sich das Arbeitsumfeld subjektiv verbessert hat.

#### 7. Prozesse stets adaptieren:

Gesunder Arbeitsplatz heißt Prävention!

Tipp: Das "KOMPETENZ | ZENTRUM Gesundes Bauen" hat einen innovativen Lehrgang mit dem Titel "Gesundes Bauen und Wohnen. Bau-Medizin-Technik" entwickelt, der Erkenntnisse aus Medizin und Bautechnik hinsichtlich des gesundheitlichen Einflusses von Produkten und Verarbeitungsweisen vermittelt. Er richtet sich daher auch an eine interdisziplinäre Zielgruppe, zum Beispiel an Bauämter, Behörden und Verbände, aber auch Mediziner(innen) mit Interesse an Baumedizin und Bauexpert(inn)en. Link:

www.aamp.at/gesundes-bauen/lehrgaenge/

#### **AUFLÖSUNG QUIZ**

Frage 1: C

Frage 2: B

Frage 3: C

Frage 4: B Frage 5: A

Frage 6: B

Frage 7: A

**6 bis 7 richtige Antworten:** Gratulation, Sie kennen sich sehr gut mit der Gestaltung von gesunden Arbeitsplätzen aus.

#### 3 bis 5 richtige Antworten:

Ein gutes Ergebnis, aber weitere Informationen können nicht schaden.

### Weniger als drei richtige Antworten:

Sie haben noch Nachholbedarf. Werfen Sie einen Blick auf untenstehende Links.

www.gesundheit.gv.at/Portal. Node/ghp/public/content/ergo nomie-arbeitsgestaltung.html www.auva.at/portal27/ portal/auvaportal/content/ contentWindow?contentid=10007.671382&action=2



Ein durchschnittlicher Büroangestellter verbringt in seinem Arbeitsleben 55.000 Stunden sitzend an seinem Schreibtisch, nur 3000 Stunden stehend und 6500 Stunden in Bewegung. Rückenprobleme sind damit vorprogrammiert.

# Trend zum bewegten Büro ...

... für mehr Abwechslung im Arbeitsalltag. Neudoerfler Office Systems bringt durch individuelle Büroplanung und innovative Arbeitsplätze Bewegung ins Büro: Bürozonen je nach Tätigkeit laden zum Platzwechsel ein, Steh-Sitz-Arbeitsplätze bringen Dynamik an den Schreibtisch. Kommunikationszonen und flexible Arbeitsplätze bringen Abwechslung und damit auch Bewegung in den Arbeitsalltag. Dem Trend zum mobilen Arbeiten und fließenden Arbeitszeiten entsprechen neue Desk-Sharing-Angebote und flexibel genutzte Erholungszonen. Die Bewegung

fördert die Kommunikation, mobilisiert die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit, im Gegenzug nehmen erwiesenermaßen auch gesundheitliche Beschwerden ab.

Elektrisch höhenverstellbare Tische ermöglichen rückenschonendes und zugleich konzentrierteres Arbeiten. Eigene Ergonomie-Berater von Neudoerfler Office Systems unterstützen die Mitarbeiter bei der individuellen Einstellung von Tischen und Stühlen. Wer sich wohlfühlt, ist zufriedener mit seiner Arbeit, bringt daher mehr Leistung. Auch lärmreduzierende Akustiklösungen, perfektes Licht und abgestimmte Ergonomie sind wichtige Hebel, um den Arbeitsplatz am und rund um den Schreibtisch ideal zu gestalten.

#### INFORMATION

Information

www.neudoerfler.com

Logistik 4.0

# Innovative Ansätze für die Krankenhauslogistik

Anlässlich der Eröffnung des neuen Logistikzentrums lud das Universitätsklinikum Sankt Pölten zum "1. Niederösterreichischen Krankenhauslogistik Symposium" ein. Die Teilnehmer erhielten Informationen über Innovationen in der Krankenhauslogistik, sowie Einblicke in die Logistikwelt des Lebensmittelhandels oder in die Logistikwelt eines weltweiten Sportevents, nämlich des Red Bull Air Race.

MMag. Wolfgang Janko, Leiter des Logistikzentrums St. Pölten gab eine kurze Einführung in die logistischen Abläufe und einzelnen Bereiche und zeigte die wichtige Rolle des Standorts für die umliegenden Kliniken auf. Mit dem neuen Logistikzentrum der NÖ Landeskliniken-Holding in Sankt Pölten konnte ein einzigartiges Vorzeigeprojekt für Europa realisiert werden. Die neuen Logistikzentren der NÖ Landeskliniken-Holding bieten drei zentrale Vorteile: Einerseits müssen bei Klinikneubauten weniger Lagerflächen einkalkuliert werden, das spart natürlich Baukosten. Andererseits kann der Lagervorrat wesentlich effizienter koordiniert werden. Medizinische Produkte – auch Medikamente, die schnell ablaufen – brauchen in Zukunft nicht mehr in einzelnen Kliniken vorrätig sein, sondern nur in den Logistikzentren. Von dort aus werden sie direkt an die Stationen geliefert und die teure Zwischenlagerung fällt weg. Durch das neue Logistikzentrum in Sankt Pölten können jährlich rund 1,6 Millionen Euro, die man wiederrum in die medizinische Qualität unserer Kliniken reinvestieren kann, eingespart werden.

# Logistik 4.0 als Grundlage für Krankenhauslogistik

Im Bereich der Krankenhauslogistik wurden in den letzten Jahren enorme Effizienz- und





Im Bild: Alois Huber (SPAR). Claudia Schubert (ORF). Bernhard Kadlec (Universitätsklinikum St. Pölten), **Brgd Rudolf** Striedinger (Militärkommando NÖ), Wolfgang Janko (Logistikzentrum St. Pölten), Franz Zagler (SPAR). Erich Wolf (Red Bull Air Race).

Effektivitätsvorteile in Logistikzentren erzielt. "Unter Logistik 4.0 wird die weitestgehende Verknüpfung von Produkten untereinander und der Produkte mit den Anwendern durch Nutzung des mobilen Internets sowie innovativer Automatisierungstechnik verstanden. Das Land Niederösterreich orientiert sich hier beispielhaft an diesem neuen State of the Art im Bereich der Logistik", erklärte der Vorstand des Instituts für Transportwirtschaft und Logistik der WU Wien, Universitätsprofessor Dr. Sebastian Kummer, in seiner Key Note. Der kaufmännische Direktor des Universitätsklinikums St. Pölten, Dr. Bernhard Kadlec, sagte dazu

Top-Referenten gaben spannende Einblicke: Bernhard Kadlec (Universitätsklinikum St. Pölten), Sebastian Kummer (WU Wien, Institut für Transportwirtschaft und Logistik), Brgd Rudolf Striedinger (Militärkommando NÖ), Florian Selch (Cargoe Morawa PVG), Wolfgang Janko (Logistikzentrum St. Pölten).

in seiner Begrüßung: "Mit dem 1. NÖ Krankenhauslogistik Symposium suchen wir die Vernetzung und Diskussion mit Experten aus verschiedensten Unternehmensbereichen. Mit diesen Erfahrungen wollen wir unsere nationale und internationale Vorreiterrolle im Bereich der Krankenhauslogistik weiter ausbauen."

#### **INFORMATION**

DI (FH) Thomas Wallner MA Öffentlichkeitsarbeit Universitätsklinikum St. Pölten Tel.: +43 (0) 2742 9004 65006 E-Mail: presse@stpoelten.lknoe.at www.klinikausbau.at/symposium

# Effiziente Technologie für Kommunalprofis

Mit den Unitrac-Transportern, den Geotrac-Traktoren und dem neuen stufenlosen Lintrac hat das Tiroler Familienunternehmen Lindner ideale Geräteträger für moderne Gemeinden im Programm.

Kommunen in ganz Europa nutzen die Unitrac-Transporter von Innovationsführer Lindner zu allen Jahreszeiten. Dabei punktet der Unitrac als vielseitiger und schnell umrüstbarer Geräteträger: von der Schneeräumung über den Transport bis zum Kehren. Die Komfortkabine kann ohne Werkzeug seitlich um 50 Grad gekippt werden. Die 4-Rad-Lenkung sorgt für überdurchschnittliche Wendigkeit. Dank der Partikelfilter erfüllen die Fahrzeuge die Abgasstufe

3B. Weitere technische Highlights sind die leistungsstarke 2-Kreis-Hydraulik und das patentierte Hochleistungsfahrwerk. Eine ideale Ergänzung zur Unitrac-Reihe ist der Geotrac 134ep in kommunaler Ausführung. Der 134ep leistet 144 PS; das Getriebe fährt bis zu 50km/h. Durch die luftgefederte Kabine und die gefederte Frontachse ist der 134ep für den professionellen Winterdienst mit langen Einsatzzeiten bestens geeignet.



Diese Modelle punkten durch ihre Vielseitigkeit.

#### Stufenlos und wendig

Mit Ende des Jahres startet Lindner die Serienproduktion des Lintrac, des stufenlosen Standardtraktors mit mitlenkender Hinterachse. Der Lintrac spielt seine Wendigkeit bei Streu- und Kehrarbeiten sowie der Schneeräumung aus, und das auch in engen Gassen. Frontlader und

gute Zugkraft ermöglichen schwere Transportarbeiten. Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe macht den Lintrac zum idealen Geräteträger. Mit Hilfe des LDrive-Systems ist der Lintrac besonders einfach zu bedienen

#### INFORMATION

www.lindner-traktoren.at





Von Vorstandshaftung über Betreiberverantwortung hin zu "Big Data"

# "FM" ist wesentlich mehr als Technik und Reinigung

Bei einem Kongress zum Thema "Facility Management" (FM) erwartet man viel Haustechnik und Trends in Bezug auf Reinigung und Wartung. Aber der FM-Kongress im November 2014 auf der TU Wien überraschte mit der Feststellung, dass FM unter anderem auch ein probates Mittel zur Kundenbindung und zur Steigerung der Zufriedenheit ist.

Hans Braun

leich "in die Vollen" Jiging es zu Beginn des 7. IFM-Kongress an der TU Wien. Startthemen waren: Vorstandshaftung, Risikomanagement und CSR. Prof. Dr. Jörg Becker, Prorektor an der Westfälischen Wilhelmsuniversität Münster, sowie DI Horst Stagl von der KRAGES betonten, dass seit dem URÄG bzw. BILMoG die Anforderungen an die Geschäftsführung in Hinblick auf Risikomanagement und Compliance stark gestiegen sind. Mittlerweile gibt es sogar die ersten Verurteilungen von Vorständen,

Cyberkriminalität ist kein IT-Problem, sondern vielmehr ein Risikoproblem.

Andreas Plamberger, Senior Manager, Head of IT-Effectiveness Consulting bei PwC

wenn sie ihre Organisation nicht in diese Richtung optimieren. Was hat das aber mit FM zu tun? In diesen Bereich fallen Themen wie Betreiberverantwortung und Arbeitnehmerschutz, also wesentliche Rechtsbereiche, die einzuhalten sind. Beide Unternehmen konnten diese Herausforderungen durch eine Optimierung der internen Abläufe und IT nicht nur kostenneutral umsetzen, sondern zum Teil sogar Einsparungen erzielen.

Danach zeigte Dipl.-Ing. Werner Leitner, Leiter der Abteilung Bau und FM der KABEG, wie man als FMer den Vorstand bei seinen CSR-Aktivitäten proaktiv unterstützen kann. Die KABEG konnte Ziele, wie eine erhebliche CO2-Reduktion, aber auch Steigerung der Patienten- und Mitarbeiterzufriedenheit durch gezielte Maßnahmen im FM erreichen. Durch dieses Vorgehen konnte er selbst in Zeiten erheblicher Einsparungen sicherstellen, dass das notwendige Budget für eine Einhaltung der Betreiberpflichten und sinnvolle Investitionen zur Verfügung steht. Auswirkungen des neuen Energieeffizienzgesetzes auf die Unternehmen und wie man die Anforderungen ohne große Investitionen umsetzen kann, präsentierte Dr. Horst **Pichlmüller** (Sachverständiger und Mitarbeiter am IFM). Er nannte zahlreiche Maßnahmen, u. a. Strategien festzulegen, die geringe Kosten verursachen, aber erheblich Kosten einsparen können und zu Erreichung von CSR-Zielen wesentlich beitragen können. Zum ganzheitlichen Management von Gebäuden empfiehlt es sich, gut ausgebildete Objektmanager zu beschäftigen. Zusätzlich sollte in energieeffiziente Heizungs-/Lüftungssysteme investiert werden. Nach der Mittagspause referierte Nancy Johnson-Sanquist (IFMA Foundation) über BIG

Data und FM. Wenn man die operativen Prozesse effizient mit IT-Tools z. B. ERP-Systemen unterstützt, erhält man mannigfaltige Informationen über den operativen Bereich. Was tun mit all diesen Daten? BIG Data ist die Lösung. BIG Data ermöglicht erheblich bessere Analysen und Prognosen. Auf Basis der Daten lässt sich z. B. der wirkliche Raumbedarf abschätzen und damit erheblich Kosten einsparen. "Gebäude erzeugen viele Daten. BIG Data ist die Grundlage für sichere Prognosen. So gelangt man von einer Fortschreibung von Budgets zu Budgetierung auf Basis von operativen Daten und soliden Prognosen." Viele vor allem personenbezogene Daten können aber auch zum Risiko werden. Mag. Andreas Plamberger (PwC Österreich) demonstrierte eindrucksvoll, wie angreifbar wir durch den Einsatz von mobilen Geräten sind. Innerhalb von Sekunden hatte ein externer Spezialist Zugriff auf alle Daten eines Mobiltelefons. So kann er einfach in das "gesicherte" Netzwerk eindringen. Aber auch die verschärften Regelungen des neuen Datenschutzgesetzes und seine Umsetzung bei Zutrittskontrolle und Videoüberwachung wurden im Vortrag behandelt. Abgeschlossen wurde der erste

Abgeschlossen wurde der erste Kongresstag von Uwe Ehrismann, CEFA (Senior Economist, Hypo NOE Gruppe), der einen Einblick in die angespannten weltwirtschaftlichen Entwicklungen gab. Die Zinsen sind (fast) abgeschafft. Die Ursachen des Zinsumfeldes sind u. a. das schwache Wirtschaftswachstum, niedrige Inflationsraten aber auch die expansive Geldpolitik der Zentralbanken sowie der regulatorische Druck ("Zwang") auf Banken und Versicherungen,



Was hat BIG Data mit Lady Gaga zu tun? Die Antwort gab US-Wissenschaftlerin Nancy Johnson-Sanquist BIG Data ermöglicht erheblich bessere Analysen und Prognosen. Auf Basis der Daten lässt sich z. B. der wirkliche Raumbedarf abschätzen und damit erheblich Kosten einsparen.

große Vorteile bringen kann, zeigte Brenda Groen von der Saxion University of Applied Sciences in Holland. CoWorking Space ist nicht nur eine Büroform, sondern unterstützt Einzelunternehmer, auch neue Aufträge zu lukrieren. Ein anderer Beitrag zeigte Potentiale für die Nutzerzufriedenheit auf. Ein Wissenschaftler aus den USA zeigte, dass FM u. a. auch ein probates Mittel zur Kundenbindung und zur Steigerung der Zufriedenheit ist. Roscoe **Hightower** von der Florida A&M University bewies, dass FM zur Kundenbindung wesentlich beitragen kann. In seinen Studien war eindeutig zu erkennen, dass ein optimaler Mix von Infrastruktur, aber vor allem Services zur Erhöhung dieser Kundenbindung und -zufriedenheit beitragen kann, da es direkt das Kaufverhalten beeinflusst. FM trägt also direkt zum Unternehmenserfolg bei!

bestimmte Vermögenswerte zu kaufen ("financial repression"). Da das Kerngeschäft sich weiteren Herausforderungen stellen muss, kommen auf das FM weitere Herausforderungen in Richtung Einsparungen, aber auch Flexibilität und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu. Ein weiterer Aspekt ist, dass nicht mehr mit hohen Lohnabschlüssen zu rechnen ist und damit die Mitarbeiterzufriedenheit und -bindung vor allem durch andere Maßnahmen sichergestellt werden muss. Hier kann FM durch gezielte Maßnahmen z. B. im Bereich Arbeitsplatz Strategien unterstützen.

#### Der zweite Tag: Wie FM zum Unternehmenserfolg beiträgt

Womit wir schon beim Thema des zweiten Tages wären, den "New Ways of Working" und Arbeitsplatzstrategien ("Workplace Trends und Smart Buildings"). Meist wird unter FM nur Kostenoptimierung und Energieeinsparung verstanden. Pat Turnbull und Diane Coles-Levine (IFMA Foundation, USA) zeigten, dass New Ways of Working und Mitarbeiterengagement nur erreichbar sind, wenn die Arbeitsumgebung perfekt die Anforderungen der täglichen Arbeit unterstützt. Und das bedeutet selbst in den USA keine Großraumbüros, sondern flexible Strukturen. Internationale Studien zeigen diesen Zusammenhang deutlich auf

und gehen sogar weiter. Durch die verstärkte Bedeutung von New Ways of Working und der optimalen Bereitstellung der Infrastruktur und Services kommt es international zu einem Zusammenwachsen der Bereiche HR/IT/FM und Real Estate Management. Denn durch diese Entwicklungen steigen die Anforderungen an Immobilien stark. Das "Einzelbüro" weicht Kommunikationsbereichen, Lounge-Bereichen, wo die Mitarbeiter entspannt Innovationen vorantreiben sollen und der Austausch miteinander stattfinden soll.

Mitarbeiter, die sich in der Arbeitsumgebung wohl fühlen mehr noch – sich geschätzt fühlen, sind nicht nur länger im Büro, sondern auch produktiver. Der optimale Mix zwischen konzentriertem Arbeiten im Homeoffice und Meetings im Büro führt laut Studien zu einer Steigerung der produktiven Arbeitszeit von über fünf Prozent. Immobilien müssen aber diese Trends unterstützen, sprich nicht nur energieeffizient sein, sondern Bereiche für offene Kommunikation, aber auch Rückzugsbereiche bieten. Flexibilität ist gefragt, da sich die Abläufe und die Organisation häufiger ändern und die Infrastruktur (bei geringen oder keinen Zusatzkosten) sich dem anpassen muss.

Aber auch führende WissenschaftlerInnen kamen zu Wort. Welche Arbeitsumgebung für welche Art von Unternehmen

#### Facts zum IFM Kongress

Unter dem Motto "Wissenschaft trifft Praxis" fand am 20. und 21. November 2014 an der Technischen Universität Wien der bereits 7. Internationale Facility Management Kongress

statt, an dem rund
150 Top-Manager
aus Wirtschaft, FM
Interessierte sowie
hochqualifizierte
Forscher aus 15 Ländern zum Gedankenaustausch und zur
Vorstellung innovativer, neuer Facility
Management-Ansätze teilnahmen.

Mehr Berichte und Fotos auf http://institute. tuwien.ac.at/ ifm/7\_ifm\_ kongress\_2014/



FM ist also wesentlich mehr als Technik und Reinigung wie wir am 7. IFM-Kongress lernen konnten. Es trägt direkt zum Unternehmenserfolg bei, da es die Organisationsentwicklung bei der Umsetzung Ihrer Projekte unterstützt, in dem es die optimale Infrastruktur und Services bietet, und Kunden in ihrer Kaufentscheidung beeinflusst. Mit dem 7. IFM-Kongress präsentierte sich das IFM einmal mehr als Forschungsinstitution und Schnittstelle zwischen Praxis und Forschung von weltweiter Bedeutung.

#### GLOSSAR

KRAGES = Burgenländische Krankenanstalten-Gesellschaft m.b.H.

URÄG = Unternehmensrechts-Änderungsgesetz

BILMoG = Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz KABEG = Kärntner Landeskrankenanstalten Betriebsgesellschaft

CSR = "Corporate Social Responsibility" übersetzt etwa "Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung" (oft auch "Unternehmerische Sozialverantwortung")

IFMA = ist die weltgrößte und wahrscheinlich bekannteste internationale Vereinigung für Facility Management-Experten

CEFA = Certified European Financial Analyst HR/IT/FM = HR steht für "human ressources"



Außenansicht des neuen "Alten Gerichts": Der Veranstaltungssaal auf dem neuesten Stand der Technik fügt sich bestens in die denkmalgeschützten Strukturen ein.

Raiffeisen-Leasing: Kommunale Gesamtlösungen aus einer Hand

# **Energieeffizientes Bauen und Sanieren**

Der Spielraum von Gemeinden zur Finanzierung dringend erforderlicher Investitionen wird immer geringer. Raiffeisen-Leasing bietet dafür kostenoptimierte Gesamtlösungen, welche die lokale Wirtschaft einbinden und damit zur regionalen Wertschöpfung beitragen.

Trotz knapper finanzieller Mittel müssen Gemeinden ihre öffentlichen Gebäude regelmäßig sanieren, an veränderte Nutzungsbedingungen anpassen, auf ihre Energieeffizienz prüfen oder sie überhaupt neu errichten. Um die Finanzierung zu erleichtern und die Umsetzung wichtiger Projekte zu beschleunigen, bietet Raiffeisen-Leasing Gemeinden attraktive Finanzierungsalternativen in Form von Gesamtlösungen aus einer Hand an. Eine dieser Lösungen heißt "Energieeffizientes Bauen und Sanieren", kurz EEBS. Gemeinden profitieren dabei vor allem von einer Optimierung der Investitions- und Energiekosten durch eine bedarfsgerechte Finanzierung und einen garantierten Energiebedarf. "Mit EEBS können typische Anforderungen wie garantierte Baukosten, Betriebskostenlimitierung, optimale Finanzierungsstruktur sowie die bevorzugte Einbindung von regionalen Gewerbebetrieben gleichzeitig erfüllt

werden", so Sandra Windbichler von Raiffeisen-Leasing.

#### Vorzeigemodell Altes Gericht in Thaur

Erst vor kurzem konnte wieder ein erfolgreiches EEBS-Projekt abgeschlossen werden. Dabei wurde der in die Jahre gekommene Veranstaltungssaal im denkmalgeschützten "Alten Gericht" in der Gemeinde Thaur in Tirol saniert. Das gesamte Projekt umfasste Finanzierung, Energiecontrolling, Fixkostenund Energieverbrauchsgarantie. In wenigen Monaten konnte dank der professionellen Zusammenarbeit zwischen Raiff-

#### INFORMATION

Mag. (FH) Sandra Windbichler Raiffeisen-Leasing Mooslackengasse 12, 1190 Wien Tel.: +43 1 71601-8068 E-Mail: sandra.windbichler@rl.co.at raiffeisen-leasing.at eisen-Leasing, Raiffeisen-Landesbank Tirol, Gemeinde Thaur und WRS Energie- und Baumanagement ein zukunftsweisendes Projekt mit Gesamtbaukosten von rund drei Millionen Euro umgesetzt werden. Der Veranstaltungssaal mit Galerie erfüllt alle technischen und akustischen Anforderungen für Konzerte und Theateraufführungen und fügt sich ideal in die bestehenden, teils denkmalgeschützten Strukturen ein. Ebenfalls in neuem Glanz erstrahlen der Volksschul-Pausenraum, die Sanitärräume und eine neue Cateringküche. "Dass mit der Bauausführung in möglichst allen Bereichen heimische Unternehmer betraut wurden. stärkt zudem nachhaltig die regionale Wirtschaft und sorgt für Arbeitsplätze und Wohlstand", ergänzt Windbichler.



ntgeltliche Einschaltung



Recycling-Baustoffverordnung

# Rechtssicherheit bei Verwertung von Stahlschlacken

Stahlschlacken werden seit Jahrzehnten im Straßenbau eingesetzt. Mit der Recycling-Baustoffverordnung wird der umweltgerechte Einsatz des Materials jetzt gesetzlich geregelt.

Mit dem im November zur Begutachtung versendeten Entwurf einer Recycling-Baustoffverordnung soll auch die Verwertung von bestimmten, als Abfall einzustufenden Stahlwerksschlacken geregelt werden. Hauptziel der Verordnung ist es, den umweltgerechten Einsatz von hochwertigen mineralischen Recycling-Baustoffen zu ermöglichen. Das ist notwendig

Im Sinne des Vorsorgeprinzips ist nur mehr der asphaltgebundene Einsatz in Trag- und Deckschichten im höherrangigen Straßenbau vorgesehen. Das bedeutet eine massive Einschränkung des bisherigen Einsatzbereiches.

und sinnvoll, um bis zum Jahr 2020 die von der EU vorgegebene Verwertungsquote von 70 Prozent zu erreichen. Stahlschlacken, insbesondere Konverterschlacken aus dem Linz-Donawitz-Verfahren, werden bereits seit Jahrzehnten ohne bestimmte Auflagen im Straßenbau eingesetzt. Durch die Einstufung dieser aus dem Stahlerzeugungsprozess stammenden Rückstände als Abfall – genau genommen handelt es



sich um ein künstlich hergestelltes Gestein – muss ein weiterer Einsatz abfallrechtlich geregelt werden.

Stahlschlacke kann vereinzelt Schwermetalle enthalten. die aber nur unter extremen Bedingungen auslaugbar sind. Die Verordnung enthält entsprechende Sicherheitsmechanismen. Auch natürliche Gesteine weisen übrigens zum Teil einen hohen Schwermetallgehalt auf. Der nunmehr vorliegende Vorschlag des Landwirtschafts- und Umweltministeriums basiert auf dem Ergebnis eines vom Umweltbundesamt abgehaltenen Dialoges hochrangiger Experten aus dem universitären Bereich und von NGO's. Im Sinne des Vorsorgeprinzips ist (mit geringfügigen Ausnahmen) nur mehr der asphaltgebundene Einsatz in Trag- und Deckschichten im höherrangigen Straßenbau vorgesehen. Das bedeutet eine massive Einschränkung des bisherigen Einsatzbereiches. Ein offener, ungebundener Einsatz, der bisher auch üblich war, ist damit nicht mehr möglich. Beeinträchtigungen der Umwelt sind damit aus Expertensicht

Der Verordnungsentwurf sieht zudem vor, dass stahlschlacken-

ausgeschlossen.

haltige Rückbaumaterialien aus dem Straßenbau wieder in Asphaltmischanlagen eingesetzt werden können. Die Kosten für nicht mehr einsetzbare und damit zu deponierende Rückstände sind dieselben wie für sonstigen Straßenaufbruch. Dazu soll auch die Möglichkeit der Deponierung auf Baurestmassendeponien geschaffen werden.

Durch die Verordnung selbst kommt es jedenfalls zu keinen Kostenerhöhungen für Straßenerhalter.

Durch das hohe spezifische Gewicht von Stahlschlacken, welches deutlich über jenem von natürlichen Hartgesteinen liegt, und das damit verbundene hohe Gewicht pro Kubikmeter Material, rechnen sich längere Transportstrecken kaum. Deshalb ist auch nicht zu befürchten, dass durch diese Verordnung der Import von Schlacke aus dem benachbarten Ausland, der schon bisher möglich war, ansteigen wird. Dies sollte auch durch den Umstand gewährleistet werden, dass sich Auftraggeber im Straßenbau fast ausschließlich in öffentlicher Hand befinden und diese konkrete Bedingungen wie Transportwege festlegen können.





Die Wiener Krankenhäuser der AUVA liegen in einer aktuellen Umfrage unter Patientinnen und Patienten an der Spitze.

Die Spitäler der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) genießen bei den Patientinnen und Patienten höchstes Vertrauen, wie ietzt eine neue Studie bestätigt. Das Marktforschungsinstitut Peter Hajek Public Opinion Strategies hat im Auftrag der Wiener Ordensspitäler 588 Personen zu ihrem Vertrauen in die Krankenhäuser der Bundeshauptstadt befragt. Das Ergebnis: Mit einer Benotung von 2,2 nach der Schulnotenskala schnitten die Unfallkrankenhäuser der AUVA – das UKH Meidling und das UKH Lorenz Böhler - am besten ab. Die Führungsposition der AUVA im Bereich der Unfallchirurgie wurde somit bestätigt. Die AUVA-Unfallkrankenhäuser Meidling und Lorenz Böhler sind aus der medizinischen Versorgung der Stadt Wien nicht wegzudenken: rund 150.000 Patienten nehmen jedes Jahr die ambulanten und stationären Dienste der zwei Spezialkliniken für Unfallheilbehandlung in Anspruch. 15 Prozent davon sind Verletzte durch einen Arbeitsunfall. Die rund 300 Betten beider Häuser sind

stets gut ausgebucht: Pro Jahr werden rund 14.000 Patienten stationär aufgenommen. Sieht man sich die Unfallkrankenhäuser der AUVA genauer an, liegen die Gründe für die Top-Platzierung auf der Hand. Die Unfallheilbehandlung und damit das Betreiben von Spitälern gehören zu den Kernaufgaben der AUVA. In den insgesamt sieben AUVA-Unfallkrankenhäusern behandeln 2500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich 300.000 Verletzte.

#### Schnell und kompetent

Beste Ausbildung, die Versorgung nach neuesten medizinischen Erkenntnissen und modernstes medizinisch-technisches Equipment ermöglichen die schnelle und kompetente Behandlung dieser Menge an Patientinnen und Patienten. Die hochspezialisierten Ärzte- und Pflegeteams sowie das effizient arbeitende Verwaltungspersonal stellen so täglich sicher, dass Verletzte nach Arbeits- und Freizeitunfällen möglichst rasch wieder ihren gewohnten Tätigkeiten nachgehen



können. Sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Behandlung mit insgesamt 918 Betten stellen die Beschäftigten die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt. Diese Leistungen wurden von den Befragten der Studie auch dementsprechend belohnt: Die Patientinnen und Patienten sprechen den Unfallkrankenhäusern der AUVA das höchste Vertrauen aus.

#### **AUVA-PERSONALIA**

#### Wechsel an der Spitze der Selbstverwaltung

Der 48-jährige Steirer Thomas Gebell ist geschäftsführender Gesellschafter der Alpenländischen Schilderfabrik in Feldkirchen bei Graz und war von 2008 bis zuletzt Erster

Obfraustellvertreter der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse. Der erfolgreiche Unternehmer und erfahrene Sozialversicherungsfunktionär Gebell soll die AUVA als eine der tragenden Säulen im österreichischen Gesundheitssystem weiter stärken. Gebells Vorgängerin,

**Thomas Gebell** 

KommR Renate Römer, hat kürzlich das Angebot von Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl angenommen, als Sonderbeauftragte für die internationalen Erfolge von Österreichs Lehrlingen bei den Berufseuropa- und Berufsweltmeisterschaften Euro- und

World Skills tätig zu werden. Um sich dieser Aufgabe voll zuwenden zu können, hat Römer ihre Funktion als Obfrau der AUVA zurückgelegt.

> Die scheidende Obfrau KommR Renate Römer wünscht ihrem Nachfolger Ing. Thomas Gebell viel Erfolg bei seiner verantwortungsvollen Tätigkeit für eine der größten Schaltstellen des österreichischen Gesundheitswesens. Der neue Obmann bedankt sich bei seiner Vorgängerin für ihre erfolgreiche Tätigkeit

als Obfrau der AUVA und wünscht ihr für ihre zukünftige Tätigkeit alles Gute. Gebell betont, dass er für ein gemeinsames Arbeiten in der AUVA im Sinne der Versicherten, der Beitragszahlenden und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht.



#### Österreichweite Kampagne gegen Handverletzungen

Über 41 Prozent aller Arbeitsunfälle haben eine Handverletzung zur Folge. Die Hand ist das wichtigste Werkzeug des Menschen. Ziel der AUVA-Kampagne "Hände gut, alles gut" ist, die Zahl der Handverletzungen dauerhaft zu senken und - sollte dennoch ein Unfall geschehen – das Wissen über die Erste-Hilfe-Maßnahmen zu verbessern.

Mit der Kampagne will die AUVA Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Schüler gezielt erreichen, aber auch die breite Öffentlichkeit soll angesprochen werden. Die Zahl der Freizeit- und Sportunfälle mit Handverletzungen ist dreimal so hoch wie jene der Arbeitsunfälle.

Vor allem jugendliche Arbeitnehmer sind dabei eine wichtige Zielgruppe für die AUVA – da sie ein dreimal höheres Unfallrisiko für Handverletzungen haben. Für die AUVA ist es insgesamt ein wichtiges Anliegen, das Bewusstsein für die Bedeutung von "gesunden Händen" zu schaffen. Denn eine Handverletzung kann nicht nur zu massiven physischen Beeinträchtigungen wie eingeschränkter Funktionalität und im schlimmsten Fall zu einer Behinderung, sondern auch zu großem psychischen Leid führen.

Insgesamt haben sich 2013 rund 39.000 Arbeitsunfälle mit Handverletzungen ereignet. Die Branchen Metall, Bau und Hotel- und Gastronomie weisen dabei die höchsten Unfallzahlen auf. Häufigste Unfallursache generell sind Schnittverletzungen mit Messern.

Bezahlte Anzeige



# Enns/Hafen wird erneut zu Europas größter Baustelle

Die 9. Auflage der MAWEV-Show dient im Jahr 2015 erneut als Branchentreffpunkt und gilt als Trend- und Innovationsplattform für die Bauindustrie. Vom 18. bis 21. März 2015 bleibt am Veranstaltungsareal sicher kein Stein auf dem anderen. Es werden wieder mehr als 1.000 Baumaschinen und Baufahrzeuge für einen gewichtigen Auftritt sorgen, diese werden vor Ort nicht nur präsentiert, sondern auch demonstriert! Bei der MAWEV-Show trifft das Fachpublikum auf Produktneuheiten, neue Anwendungsmethoden, Bautrends uvm. Gebaggert, geschaufelt und geschwenkt wird wieder auf mehr als 177.000 m² in Enns/Hafen, am neuen, großzügigen Gelände mit

optimaler Bodenbeschaffenheit und einer sehr guten Verkehrsanbindung.

#### **INFORMATION**

Mehr Infos unter www.mawev-show.at

Iulius Holluschek: Neuheit am österreichischen Markt

# Ökologisch zertifizierte Grundreinigung und Beschichtung

Als erster Anbieter Österreichs bringt Hygienespezialist hollu zwei neue ökologisch zertifizierte Produkte für die Bodenpflege auf den Markt – und wird damit einmal mehr seiner Vorreiterrolle in der Entwicklung nachhaltiger Reinigungssysteme gerecht.

Ein weiterer Beweis dafür, dass Innovation und Umweltbewusstsein in der erfolgreichen Unternehmensstrategie des TRIGOS Tirol Gewinners 2014 fest verankert sind. Beide Neuentwicklungen, hollueco Grundreiniger Universal und hollueco Beschichtung Universal, ergänzen das bestehende hollueco-Reinigungssystem perfekt, so dass nun ökologi-

holluecco

sche Hygiene für das gesamte

Objekt möglich ist – von der Bodenreinigung und -pflege über die Sanitärreinigung bis hin zur Oberflächen- und Glasreinigung. Kurzum: Das umfangreiche Sortiment deckt sämtliche Reinigungsbereiche ab und beweist, dass effektive Reinigungsleistung mit umweltzertifizierten Produkten erzielt werden kann. "Durch kontinuierliche



Forschung und Entwicklung stärken wir unsere Produktlinie hollueco nachhaltig und bieten unseren Kunden innovative Reinigungslösungen im Einklang mit der Umwelt", so hollu-Geschäftsführer Simon Meinschad. Interessiert?

#### **INFORMATION**

#### hollu – Julius Holluschek GmbH

Salzstraße 6, 6170 Zirl Telefon: 0800 100 76 10 www.hollu.com tgeltliche Einschaltung

# Massive Schlackenimporte und Folgekosten in Millionenhöhe?

Der Umweltminister hat Mitte November den Begutachtungsentwurf für die Recycling-Baustoffverordnung vorgelegt. Damit soll erstmalig der Einsatz von Stahlwerksschlacken im Straßenbau erlaubt werden.

Für heftige Diskussionen sorgen weiterhin die zu erwartenden Schlackenimporte aus den Nachbarländern, die Folgekosten für Kommunen und Länder als Straßenerhalter sowie die fehlende Wahlfreiheit der Länder, den Einbau von Schlacken in ihren Landesstraßen überhaupt zuzulassen.

# Massive Schlackenimporte drohen

Sollte der vorliegende Verordnungsentwurf so umgesetzt werden, ist mit umfangreichen Schlackenimporten zu rechnen. In den Nachbarländern rund um Österreich ist der Einsatz von Schlacken im Straßenbau de facto verboten. Mehrere Millionen Tonnen liegen dort auf Halde. Die geplante Erhöhung der Grenzwerte öffnet dem unbegrenzten Import Tür und Tor und wird bei den heimischen Straßenerhaltern zu entsprechenden Folgekosten bei der späteren Entsorgung führen. Bei einer Umsetzung des Verordnungsentwurfs ist mit einem Import von 500.000 bis 800.000 Tonnen Schlacke pro Jahr zu rechnen.

#### Folgekosten in Millionenhöhe

Für die öffentliche Hand sind Folgekosten in Millionenhöhe zu erwarten. Denn schlackenhaltige Asphaltstraßen verursachen, wenn sie aufgebrochen und nicht mehr zulässig verwendet werden können, Entsorgungskosten für den



Laut Schätzungen wurden auf Österreichs Straßen bislang rund zehn Millionen Tonnen Stahlwerksschlacken verbaut – die Entsorgungskosten haben meist die Straßenerhalter bzw. die öffentlich Hand zu tragen.

Straßenerhalter. Dann muss das Material nämlich auf einer Reststoffdeponie verbracht werden. Dadurch können AlSAG-Kosten in der Höhe von 20,60 Euro/Tonne für den Straßenerhalter anfallen. Nach neuestem Vorschlag des Umweltministers soll die Ablagerung auch auf Baurestmassendeponien zulässig sein (AlSAG-Kosten 9,20 Euro/Tonne). Zusätzlich entstehen Kosten für Deponierung und Transport von schlackenhaltigem Asphaltaufbruch, die sich

auf bis zu 40 Euro/Tonne belaufen. Die gesamten Entsorgungskosten können sich somit auf bis zu 60 Euro/Tonne summieren. Geht es nach dem derzeitigen Entwurf der Recycling-Baustoffverordnung, müssen sich die Kommunen und Länder also auf mittel- bis langfristige Folgekosten in Millionenhöhe einstellen. Bei Importen im Ausmaß von 500.000 bis 800.000 Tonnen Schlacke pro Jahr führen die beabsichtigte Erhöhung der Grenzwerte und damit der flächendeckende Einsatz von Schlacken zu enormen finanziellen Belastungen für die heimischen Bauherren und Steuerzahler.

# Keine Wahlfreiheit mehr für Länder

Neben hohen Folgekosten und einer massiven Schlackenimportwelle wird die neue Verordnung in die Entscheidungskompetenz der Länder eingreifen. Der vorliegende Verordnungsentwurf lässt nicht zu, dass die Länder in Zukunft den Einsatz von Stahlwerksschlacken beim Bau von Bundes- und Landesstraßen untersagen. Länderspezifische Einbauverbote sind aufgrund des umfassenden Regelungsansatzes der Verordnung dann nicht mehr möglich. Die Wahlfreiheit der Länder, welche Materialien sie in ihren Straßen einbauen, wäre damit Geschichte.

#### **INFORMATION**

#### Forum mineralische Rohstoffe

Mag. iur. Robert Wasserbacher Wiedner Hauptstraße 63 1045 Wien Tel.: 05 90 900 3534

E-Mail:

info@ForumRohstoffe.at Web: www.ForumRohstoffe.at



# Borås (Schweden) mit dem Access City Award 2015 für behindertenfreundliche Städte ausgezeichnet

Die Europäische Kommission teilte anlässlich des Europäischen Tages der Menschen mit Behinderung mit, dass die schwedische Kommune Borås den Access City Award 2015 erhält. Mit der Auszeichnung wird das umfassende strategische Konzept von Borås zur Schaffung einer barrierefreien Stadt für alle gewürdigt; es ist ein gutes Beispiel dafür, wie Aktionen auf lokaler Ebene helfen können, die vielen

Barrieren zu beseitigen, mit denen Menschen mit Behinderung noch immer im Alltag konfrontiert sind. Marianne Thyssen, Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, betonte: "Menschen mit Behinderung sollten uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Barrierefreiheit haben höchste Priorität für die Europäische Kommission, und

es ist mir ein persönliches Anliegen, dass auf diesen Gebieten Maßnahmen ergriffen werden." Der Preis wurde während der Konferenz überreicht, die die Kommission jedes Jahr anlässlich des Tags der Menschen mit Behinderung in Zusammenarbeit mit dem European Disability Forum (Europäisches Behindertenforum) veranstaltet. Bei dieser Veranstaltung kommen Menschen mit Behinderungen, ihre Interessenvertretungen, politische Entscheidungsträger der EU, Dienstleister, Think Tanks, Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammen, um über die zentralen Fragen der Beschäftigung, der Barrierefreiheit und der künftigen Herausforderungen zu diskutieren.

Die Plätze gingen an Helsinki (Finnland) und Ljubljana (Slowenien).

Web-Tipp: http://europa. eu/rapid/press-release\_ IP-14-2321\_de.htm

"DIE WESEN HIER – DURCHGEKNALLERT SIND!" \*

\* Zitat der Fantasiefigur Jar Jar Binks in "Star Wars, Episode I" über Bewohner des Wüstenplaneten "Tatooine"

# Anrainerbeschwerde vor Gericht: Fußballplatz in Wien muss um 90 Grad gedreht werden – Kostenpunkt: 900.000 Euro



Der Sportplatz des Fußballvereins SV Essling, der in der Wiener Oberliga B spielt, soll aufgrund einer Anrainerbeschwerde um 90 Grad gedreht werden, da viel zu viele Bälle in dessen Garten landen und die Blumenbeete zerstören.

Ein hohes Ballnetz am Rand des Fußballfeldes (Bild) konnte das Problem auch nicht lösen, und so zog der Nachbar vor Gericht. Dort wurde ein Vergleich mit dem Eigentümer der Anlage, der Stadt Wien, geschlossen.

Das Ergebnis: Der Platz wird um 90 Grad gedreht und so ausgerichtet, wie es schon vor 15 Jahren der Fall war. Durch diese Drehung wird aus zwei Plätzen künftig nur noch einer. Die Kosten für den Umbau betragen über 900.000 Euro und müssen von der Stadt Wien getragen werden.

(Quelle: wien.orf.at)

#### Auszeichnung:

# e5-Gemeinden sind Vorbilder

#### EISENKAPPEL

Im Kurzentrum in Eisenkappel wurden zwölf energieeffiziente Kärntner Gemeinden von Energiereferent LR Rolf Holub ausgezeichnet. Landesrat Rolf Holub hob in seinem Eingangsstatement die Vorbildwirkung der im Rahmen des e5-Programms ausgezeichneten Kommunen hervor. Unter den 2000 europäischen Gemeinden, die am e5-Programm teilnehmen, belegt Eisenkappel den sensationellen sechsten Platz. Arnoldstein liegt auf Platz 27 und Kötschach-Mauthen ist europaweit an 70. Stelle platziert. Mehr als 58 Prozent der Kärntner Bevölkerung, das sind rund 325.000 Einwohnerinnen und Einwohner in 40 Gemeinden, leben mittlerweile in einer e5-Gemeinde.



Markus Klamminger (NÖ Landeskliniken-Holding), LR Karl Wilfing, Jacqueline Brandstetter (Logistikzentrum St. Pölten).

#### NÖ Landeskliniken Holding:

# Neues Logistikzentrum in St. Pölten eröffnet

#### ST. PÖLTEN

"Das neue Logistikzentrum ist ein einzigartiges Vorzeigeprojekt in Europa, damit ersparen wir uns rund 1,6 Mio. Euro pro Jahr, die wir wiederum in die medizinische Qualität investieren können", so LR Mag. Karl

Wilfing anlässlich der Eröffnung am 3. Dezember 2014. Dr. Markus Klamminger von der NÖ Landeskliniken-Holding betont die Bedeutung der Einführung moderner Logistiksysteme für die NÖ Landeskliniken.

# Gelbes Dreieck für Obdachlose

#### MARSEILLE

Die französische Stadt Marseille macht vor, wie aus einer guten Idee ein handfester Skandal wird. Für Obdachlose, die vor allem im kalten Winter Hilfe benötigen, sollte ein eigener Ausweis erstellt werden, auf dem für Rettung und Krankenhaus wichtige Informationen vermerkt sind. Auf empörte Kritik stößt jedoch, dass der Ausweis die Form eines gelben Dreiecks hat und auf der Brust angebracht wird und damit direkt an den Davidstern erinnert, den Juden während NS-Zeiten tragen mussten. Für Kritik sorgt auch, dass auch chronische Krankheiten wie Aids vermerkt wurden. Der Bürgermeister sieht hingegen kein Problem an dieser Vorgehensweise.

#### Jahresbericht:

# Dem Wald ging es 2014 gut

#### WIEN

Über das Wald-Jahr 2014 ziehen die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) eine positive Bilanz. Großschadereignisse blieben aus, jedoch gab es mehrere Wetterkapriolen zu verzeichnen. Das nasskalte, kühle Wetter im Sommer bot dem wichtigsten Waldschädling, dem Borkenkäfer, nur unfreundliche Bedingungen. Das Aufkommen blieb in Folge erfreulich gering, während die Feuchtigkeit die Vitalität der Bäume förderte. 2014 wurden zehn Millionen Euro in die Waldpflege investiert und drei Millionen Jungbäume gepflanzt. Ziel ist es, die Waldbestände auf die klimatischen Bedingungen der nächsten 50 bis 100 Jahre vorzubereiten.

Masterplan Stadtkern: Zahlreiche Herausforderungen für das Zentrum

#### Ein attraktives Zentrum braucht Investitionen



Auch das dritte Masterplan-Treffen war gut besucht.

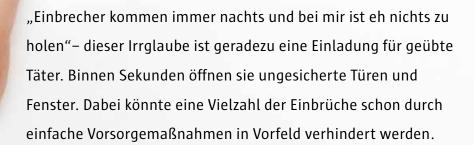
#### **SAALFELDEN**

Zum dritten Mal trafen sich Politiker, Unternehmer und Bürger, um im Rahmen des Projekts "Masterplan Stadtkern" über die Zukunft der Saalfeldner zu diskutieren. Laut einer aktuellen Kaufkraftstudie bleiben 86 Prozent der Kaufkraft der Bevölkerung in Saalfelden. "Das ist ein sehr guter Wert", versicherte Stadtmarketing-Experte Stefan Lettner. "Aber diese Zahl ist seit der letzten Erhebung im Jahr 2005 um vier Prozent zurückgegangen." Die Verkaufsflächen sind in Saalfelden in den letzten neun

Jahren angewachsen. Um 26 Prozent an der Peripherie und 15 Prozent in der Innenstadt. Die Einkaufszentren auf der grünen Wiese, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten auch in Saalfelden entstanden sind, zählen zu den Feinden einer belebten Innenstadt, Was dem Fachhandel ebenfalls zusetzt, ist das Einkaufen im Internet. Der dritte Trend, der einer Innenstadt schadet, ist die Nachfolgeproblematik. Viele Unternehmer finden für ihre Betriebe keine Nachfolger. Beim Workshop gab es Forderungen an die Politik. Die Stadtgemeinde muss sich dazu bekennen, dass in die Attraktivierung des Zentrums investiert wird. Gleichzeitig dürfen keine weiteren Supermärkte auf der grünen Wiese mehr genehmigt werden.

Irrglaube ist Einladung für Täter

# Das sind die größten Einbruch-Mythen



# Allgemeine Tipps zur Einbruchsprävention

- Gute Nachbarschaft und gegenseitige Hilfe sind sehr wichtig!
- · Zusammenhalt schreckt Täter ab!
- Vermeiden Sie Zeichen der Abwesenheit. Leeren Sie Briefkästen und beseitigen Sie Werbematerial. Es soll kein unbewohnter Eindruck entstehen. Das Engagement der Nachbarschaft ist hier besonders wichtig.
- Schließen Sie Fenster, Terrassen- und Balkontüren.

www.kfv.at

 $16.548^{\rm Mal}_{\rm brachen}$ Wohnungen und Wohnhäuser in Österreich ein – damit stieg die Zahl der Einbrüche erstmals seit den letzten vier Jahren wieder an. Vielen Bewohnern sind mögliche Sicherheitsrisiken immer noch nicht bewusst und sie unterschätzen die Gefahr. Dabei zählen Wohnungseinbrüche zu den fünf Kriminalitätsfeldern, die den größten Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Gesellschaft haben. Fakt ist: Mehr als die Hälfte der Spontantäter würden sich schon durch sehr

einfache Sicherheitsmaßnahmen abschrecken lassen. Unzureichende Sicherungsmaßnahmen machen es Dieben oft zu leicht, in Wohnobjekte einzudringen. Im Schnitt richten Täter einen Schaden in der Höhe von rund 2200 Euro pro Einbruch in privaten Objekten an.

#### Bei mir ist nichts zu holen?

Wie eine aktuelle Umfrage des KfV zum Informationsstand der Österreicher in Bezug auf Einbrüche zeigt, gibt es tatsächlich einige "Mythen und Fehlinformationen", die in der österreichischen Bevölkerung



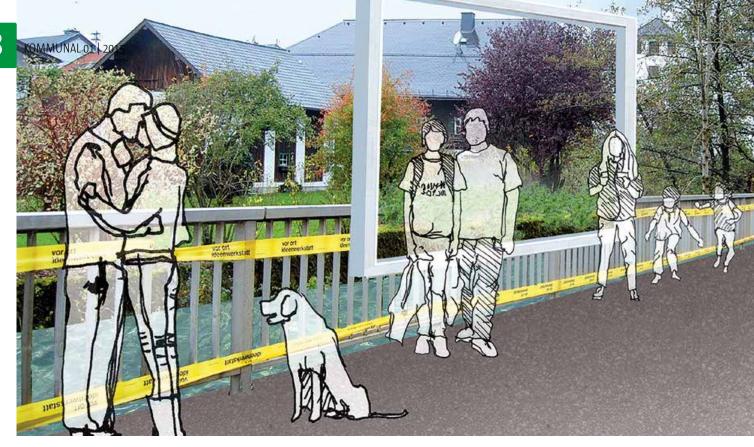
#### Gängige Einbruchsmythen **Tatsache ist** Durchschnittlich ereignen sich in Öster-"Ich mache mir nie oder nur selten Sorreich beinahe zwei Einbrüche pro Stunde gen, dass bei mir eingebrochen wird ..." in eine Wohnung oder in ein Einfamilienhaus. Einbrecher wissen in der Regel vor ihrer Tat nicht, welches Diebesgut sie erwartet. Darüber hinaus ist jeder Einbruch "Bei mir gibt es sowieso nichts zu holen, daher sind Schutzmaßnahmen auch ein Eingriff in die Privatsphäre. nicht notwendig ..." Neben dem rein materiellen Verlust bedeutet gerade ein Einbruch eine erhebliche Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls. Ein geübter Einbrecher benötigt keine "Ein Einbrecher braucht einige Minuten 15 Sekunden, um sich über ein normales um in ein Objekt einzudringen" Fenster oder eine normale Türe Eintritt in ein Wohnobjekt zu verschaffen. Eigeninitiative ist das beste Mittel, um sich und andere vor Diebstahl zu schützen. Schließen Sie Fenster, Terrassen-"Der Schutz vor Einbrechern ist nur Aufund Balkontüren. Vermeiden Sie Sichtgabe der Polizei ..." schutz, der den Tätern ein ungestörtes Einbrechen ermöglicht. Lassen Sie nur hochwertige Schlösser und Schließzylin-

der einbauen.

stark verankert sind", erläutert Dr. Othmar Thann, Direktor des KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit). "So zeigt unsere Umfrage, dass nur 41 Prozent der Menschen tatsächlich Vorsorgemaßnahmen für die eigene Sicherheit treffen. Auch der Irrglaube "Bei mir gibt es sowieso nichts zu holen, daher sind Schutzmaßnahmen nicht notwendig" ist in der Bevölkerung weit verbreitet. Einbrecher wissen in der Regel vor ihrer Tat nicht, welches Diebesgut sie erwartet", so Thann.

#### Prävention schafft Sicherheit!

Mehr als ein Drittel der Einbrüche werden im Anfangsstadium abgebrochen, nicht zuletzt auch wegen der Sicherheitsmaßnahmen der Bewohner. Aber ebenso durch richtiges Verhalten und die Aufmerksamkeit der Nachbarschaft werden Einbrüche verhindert.



**Kreativstandort Munderfing** 

# Ein Zukunftsort kümmert sich um "weiche" Standortfaktoren

Projekte wie der erste mehrheitlich in Gemeindebesitz befindliche Windpark Österreichs oder der LABB, der Lokale Aktionsplan für Beschäftigung und Bildung, haben den Innviertler Zukunftsort Munderfing auf die Landkarte der innovativen Gemeinden gebracht.

azu kommen ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot, gute Infrastruktur und angesehene Bildungseinrichtungen – damit könnte sich Munderfing eigentlich zurücklehnen. Doch die Gemeinde verfolgt einen proaktiven Ansatz – und denkt über neue Projekte und Chancen nach. Aktuell stellen sich die Gemeindeverantwortlichen die Frage: Was können wir jetzt unternehmen, damit Munderfing zukunftsfähig bleibt? Eine der wichtigsten Antworten: Munderfing soll attraktiver Lebensmittelpunkt für weltoffene, engagierte, gut ausgebildete, mobile und junge Menschen sein. Diese Menschen sind elementar, um als Gemeinde



Wir wollen in der Gemeinde Rahmenbedingungen schaffen, die den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen und uns zukunftsfit machen.

Bgm. Martin Voggenhuber

ein anziehender Standort für Unternehmen zu bleiben und urbanen Ballungsräumen etwas entgegensetzen zu können. Was aber macht den Standort Munderfing für diese Zielgruppe attraktiv, wenn die strukturelle Grundversorgung auch an-

derswo vorhanden ist? "Weiche Faktoren", war eine Antwort, die Repräsentanten aller Bereiche des Gemeindelebens bei einem "Ideenlabors" Anfang 2014 herausarbeiteten: Ein kulturelles Angebot, Möglichkeiten, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen, die Einbindung in überregionale Netzwerke und eine hohe Qualität des öffentlichen und des Natur-Raums tragen zur Lebensqualität aller bei. Diese Faktoren sollen Bestandteil der Gemeinde-Identität werden und sind zentrale Themen von Projekten, an denen aktuell mit der Bevölkerung, Experten aus der Kreativwirtschaft und in Kooperation mit Universitäten gearbeitet wird.

#### Ideen für den Ortskern, LandArt-Projekte und Kochen im Tandem

Im Oktober 2014 fand eine "vor ort ideenwerkstatt" zur Attraktivierung des Ortskerns statt, die einen völlig neuen Blick auf das



Zentrum brachte. Studierende der TU Wien entwerfen derzeit Land-

Art-Projekte, die sich mit der Munderfinger (Kultur-) Landschaft auseinandersetzen. 2015 sollen die Werke gemeinsam mit Munderfingerinnen und Munderfingern realisiert werden. Auch integrative Mikro-Projekte wie das "Tandem-Kochen", bei dem Duos aus Alt- und Neu-MunderfingerInnen Veranstaltungen kulinarisch untermalen, haben ihren Platz. Als Veranstaltungszentrum wird der seit Jahren leerstehende Gasthof Bräu genutzt – der zentrale Ort im Dorf soll so neue Impulse bekommen. Die neue Website der Gemeinde kommuniziert alle Themen auf zeitgemäße Weise. Die Website ist Ergebnis eines außergewöhnlichen Kooperationsprojekts, das gemeinsam mit dem Kärntner Zukunftsort Moosburg konzipiert und finanziert wurde. Eine neue Erfahrung auch für Bürgermeister Martin Voggenberger: "Wir haben es hier mit Entwicklungen zu tun, die nicht - wie zum Beispiel ein Bauprojekt - in allen Einzelheiten planbar sind. Das erfordert Mut und Offenheit von allen Beteiligten. Wir wollen in der Gemeinde Rahmenbedingungen schaffen. die den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen und uns zukunftsfit machen."

**SUPERWAHLJAHR** 

Foto: Gemeinde Munderfing



	Wahltermin	Funktionsperiode
Wirtschaftskammerwahl	Frühjahr 2015	5 Jahre
Gemeinderatswahl Niederösterreich	25. 1. 2015	5 Jahre
Gemeinderatswahl Vorarlberg	März 2015	5 Jahre
Gemeinderatswahl Steiermark (ohne Graz)	März 2015	5 Jahre
Gemeinderatswahlen Kärnten	März 2015	6 Jahre
Landtagswahl Burgenland	Mai 2015	5 Jahre
Landtagswahl Oberösterreich	September 2015	6 Jahre
Gemeinderatswahlen Oberösterreich	September 2015	6 Jahre
Landtagswahl Steiermark	September 2015	5 Jahre
Landtags-/GR-Wahl Wien	Oktober 2015	5 Jahre

In sechs Bundesländern werden 2015 die BürgermeisterInnen und Gemeinderäte neu gewählt

# Wahlkampf im Schnee in Niederösterreich?

4,8 Millionen Österreicherinnen und Österreicher sind 2015 aufgerufen, zu den Wahlurnen zu gehen. Den Auftakt zum Superwahljahr machen die Niederösterreicher, die schon am 25. Jänner ihre Gemeinderäte

Im März folgen dann die Gemeinderatswahlen in Vorarlberg, der Steiermark und Kärnten. Oberösterreich folgt im September. Dort finden heuer auch Landtagwahlen statt. Ebenfalls werden die Landtage im Burgenland und der Steiermark gewählt. Den Abschluss macht Wien, wo im Oktober der Landtag, der auch Gemeinderat ist, gewählt wird. In Niederösterreich wird in 570 Kommunen ein neuer Gemeinderat gekürt. Nicht gewählt wird lediglich in den Statutarstädten Krems an der Donau, St. Pölten und Waidhofen an der Ybbs.

Bei der Wahl 2010 erreichte die VP

(mit Listen) landesweit 51,5 Prozent, die SP kam auf 33,8 Prozent, Freiheitliche auf 6 Prozent, die Grünen erreichten 3,4 Prozent und eigene Listen 5,3 Prozent. Der Wahltermin im Winter macht den Wahlkampf nicht einfach. Kandidaten müssen sich darauf einstellen, bei ihren Touren von Haus zu Haus durch Schnee zu stapfen. Ein Prestigeduell gibt es in der Statutarstadt Wiener Neustadt. Dort will Klaus Schneeberger, Chef des ÖVP-Landtagsklubs, Amtsinhaber Bernard Müller vom Thron stoßen. Müllers SPÖ hat bei der letzten Wahl 48 Prozent der Stimmen errungen, trotzdem rechnet sich Schneeberger gute Chancen aus. Nicht nur, weil er als Landespolitiker über einen Bekanntheitsbonus verfügt. Die Bürger seien über die massiven Einsparungen unzufrieden, meint der 64-jährige Schneeberger.

#### THEMA FLÜCHTLINGE

#### Resettlement als letzte Chance

Weltweit sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Der überwiegende Teil (33 Millionen Menschen) sind Binnenvertriebene und damit in ihrem Heimatland selbst auf der Flucht. Vier Fünftel jener Flüchtlinge, die ihr Heimatland verlassen müssen, fliehen in oft benachbarte Entwicklungsländer. Nur die wenigsten Flüchtlinge kommen somit nach Europa. 2014 stellten 400.000 Menschen in der EU einen Asylantrag. In Österreich stellten laut Innenministerium 2014 bislang knapp 20.000 Menschen einen Antrag.

Flucht bedeutet in fast jedem Fall eine oft jahrelange Odyssee mit keiner absehbaren Chance auf eine sichere Existenz. "Resettlement" ist oft die einzige Alternative, Flüchtlingen mit besonderem Schutzbedürfnis, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren können, in einem neuen Aufnahmeland eine Zukunftsperspektive zu bieten.

#### Was ist Resettlement?

Bei Resettlement werden Flüchtlinge von einem Erstzufluchtsland. das meist ein Entwicklungsland ist, in ein neues Aufnahmeland transferiert. Im Jahr 2013 wurde geschätzt. dass weltweit 181.000 Flüchtlinge einen Resettlement-Platz benötigen. Dies entspricht etwa zwei Prozent der gesamten Weltflüchtlingsbevölkerung. Jährlich stehen jedoch nur etwas über 80.000 Plätze zur Verfügung, die meisten davon in den USA, Kanada und Australien. EU-weit gibt es in 15 Ländern Resettlement-Programme. Österreich zählt nicht dazu.

#### Wie funktioniert Resettlement?

Resettlement läuft in sechs Phasen ab:

- 1. Identifikation
- 2. Auswahl
- 3. Vorab-Unterstützung
- 4. Reise
- 5. Empfang
- 6. Integration

In der Integrationsphase kommt vor allem den Städen und Gemeinden die wichtigste Rolle zu. Lokale Akteure der Gemeinden und anderer zivilgsellschaftlicher Organisationen unterstützen vor Ort diesen Prozess.



Flüchtlinge, die auch nach dem Ende der Krise nicht in ihr Heimatland zurückkehren können, sollen durch Resettlement eine neue sichere Heimat finden.

#### **EU-weites Netzwerk**

2012 startete das europäische Resettlement-Netzwerk, bestehend aus Behörden, NGOs, Gemeindenund Städtevertretern. Das Netzwerk bietet eine Onlineplattform zum Austausch von Informationen und es wurde eine Kampagne "Resettlement Saves Lifes" initiiert. In Österreich arbeitet die ARGE Resettlement Österreich an Vorschlägen für die Umsetzung eines solchen Programms.

Weitere Informationen: www.resettlement.eu



Staatspreis für PR an Krumbach

# **Tiptop**

Der Staatspreis für PR 2014 geht nach Vorarlberg für das architektonisch und kommunikativ herausragende Projekt "BUS:STOP Krumbach".

Sieben internationale Architekten planten "Buswartehüsle" und setzten damit Landmarks im Bregenzerwald. Ziel des Projekts war, einen Dialog von Vorarlberger Tradition, Baukultur und Handwerk zu ermöglichen.



#### FACT-BOX:

Projektfotos © 2014 Adolf Bereuter des Staatspreisträgers für PR & Kategoriesieger in der Kategorie PR-Spezialprojekte / Innovationen: Projekt: **BUS:STOP Krumbach:** PR für Buswartehäuschen? PR-Träger: Verein kultur krumbach und Gemeinde Krumbach Externer Berater: ikp Vorarlberg **GmbH** und Baschnegger



# **Bus:Stop**

ur langen Nacht der PR waren mehr als 270 Gäste aus Wirtschaft, Medien und Wissenschaft ins Studio 44 am Wiener Rennweg gekommen. Der PRVA hatte zur alljährlichen GALA eingeladen, dessen mit Spannung erwarteter Höhepunkt die Verleihung des Staatspreises für PR war. 16 Finalisten hatten es in sechs Kategorien bis in die Endrunde geschafft: jede Arbeit für sich ein lebhafter Beweis für die Kreativität und Professionalität der Branche.

"An der Schnittstelle von Öffentlichkeit, Medien und Unternehmen tragen Kommunikationsexperten besonders viel Verantwortung", so PRVA-Präsidentin Ingrid Vogl in ihrer Eröffnungsansprache. Sie können durch professionelle Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Unternehmens- oder Organisationsziele beitragen – ein Kriterium, das der Jury bei der Wahl der Nominierungen zum Österreichischen Staatspreis für PR besonders wichtig war. Auch Vizekanzler

Bundesminister Dr. Reinhold Mitterlehner betonte die wirtschaftliche Bedeutung der Kommunikation und überreichte gemeinsam mit PRVA-Präsidentin Vogl die begehrten, vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft ausgeschriebenen PR-Auszeichnungen.

#### Krumbach gewinnt

2014 hat die kleine Vorarlberger Gemeinde Krumbach mit einem spektakulären Architekturprojekt von sich reden gemacht. Sieben internationale Architekten planten und bauten sieben "Buswartehüsle" und setzten damit Landmarks im Bregenzerwald. Ziel des Projekts war, einen Dialog von Vorarlberger Tradition, Baukultur und Handwerk zu ermöglichen. Waren Buswartehäuschen bisher einfach Dinge des Alltags. denen niemand Aufmerksamkeit schenkt, so werden in Vorarlberg daraus viel beachtete und intensiv diskutierte architek-



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (rechts) und PRVA-Präsidentin Ingrid Vogl (links) und die Preisträger des Staatspreises für PR.

tonische Meisterwerke. Eine außergewöhnliche Idee, eine "hochgradig innovative, professionelle und vor allem kreative PR-Kampagne", wie es in der Jurybegründung heißt.

#### **Große Medienresonanz**

Dies zeigt sich insbesondere in der beeindruckenden nationalen sowie internationalen Medienresonanz sowie in der Kosten-Nutzen-Effizienz. Die Projektleiter bewiesen Mut zum Risiko. indem sie globales Denken und traditionelle Werte zusammentreffen lassen. So konnte mit einer guten Mischung aus Regionalität und Internationalität ein spannendes Konzept ausgefallen verwirklicht werden. Schließlich ist das Projekt "BUS:STOP Krumbach" auf ganzer Linie sowohl ein voller kommunikativer wie ökonomischer Erfolg für alle Beteiligten und dementsprechend auch als nachahmenswertes Paradebeispiel in der PR-Konzeption zu sehen.

www.kulturkrumbach.at

# Burgenland

Klimaschutz

#### **Photovoltaik** hoch im Kurs

#### **MATTERSBURG**

Die Stadtgemeinde Mattersburg bringt auf insgesamt vier gemeindeeigenen Gebäuden der Stadt Photovoltaikanlagen an. Zuletzt wurden die Paneele für das Feuerwehrhaus montiert. Die drei weiteren Standorte für die Anlagen sind das Rathaus, der Kindergarten Auwinkel und das Schwimmbad. Die Investitionskosten betragen insgesamt 175.000 Euro. Die Anlagen sind so ausgelegt, dass sie vor allem den Strombedarf für die Gemeinde decken. Dieser Ausbau umweltfreundlicher Energie ist ein wichtiger Schritt für noch mehr mehr Klimaschutz.



Nachhaltigkeit und Tourismus sind die Zukunft.

Nachhaltige Bewirtschaftung als Ziel

# Fischteiche als Naturjuwel

#### GÜSSING

Die Güssinger Fischteiche gelten als Naturjuwel. Bisher wurden rund 250 Vogelarten und an die 30 verschiedene Libellenarten nachgewiesen. Damit das so bleibt, wird nun in Kooperation mit dem Land Burgenland ein umfassender Managementplan für die Teiche erstellt. Es geht um die Erhaltung und nachhaltige Bewirtschaftung. In Zukunft sollen die Güssinger Fischteiche auch touristisch verstärkt genutzt werden. Derzeit wird rund um die Teiche ein Lehrpfad mit Schautafeln angelegt.

Regionale Produkte

#### Genussakademie vor Eröffnung

#### DONNERSKIRCHEN

Die Bauarbeiten für die Genussakademie in Donnerskirchen laufen auf Hochtouren. Die Genussakademie wird im ehemaligen Leisserhof untergebracht. In dem denkmalgeschützen Gebäude entstehen ein großzügiger Empfangsbereich, Seminarräume sowie eine Großküche für Kochkurse. Oberstes Ziel ist es, die agrarischen Produkte des Landes zu vermarkten. Die Eröffnung ist für das Frühjahr 2015 geplant. 2,4 Million Euro werden unter der Leitung des Architekten Klaus-Jürgen Bauer investiert. Das Geld stammt zur Gänze aus EU-Förderungen.

### Kärnten

Bewohner in Sorge

#### **Zweites Asylheim** sorgt für Ärger

#### **STEUERBERG**

Kärnten ist eines jener Bundesländer, das die Asylquote nicht erfüllt. In der Gemeinde Steuerberg soll nun ein zweites Asylheim entstehen. Zwischen 20 und 50 Flüchtlinge sollen untergebracht werden. Im bestehenden Asylheim in Rennweg bei Steuerberg sind derzeit an die 30 Flüchtlinge untergebracht. Auch wenn es sich "nur" um 20 bis 50 Flüchtlinge handelt, sind die Anrainer in Sorge und starteten eine Unterschriftenaktion. Eine nicht öffentliche Infoveranstaltung für die Gemeindebürger mit den Vertretern des Landes soll nun die Wogen wieder glätten.



Erfolge und Herausforderungen der Gemeinden

# Viel geleistet und noch einiges zu tun

#### **KLAGENFURT**

Positiv gestimmt, jedoch ernst aufgrund der bevorstehenden Herausforderungen zeigte sich der Präsident des Kärntner Gemeindebundes und Bürgermeister von Velden, Ferdinand Vouk. Als Erfolge führte Vouk vor

allem Vereinfachungen bei der Vergabe der Bedarfszuweisungsmittel, dem Ortsbildpflegegesetz und Einsparungen durch die Reform der Allgemeinen Gemeindeordnung an. Der Entfall des Pflegeregresses und die Einführung des

Kärntens Gemeindebund-Präsident Ferdinand Vouk gibt einen Ausblick auf die Aufgaben der nächsten Zeit.

Kinder- und Jugendhilfegesetzes haben die Gemeinden jedoch mit 2,5 Millionen Euro jährlich getroffen. Diese Mehrkosten werden nun durch einen 30-Prozent-Anteil der Gemeinden an der Zuschlagsabgabe und eine Absenkung des Gemeindeanteils bei der Jugendwohlfahrt um einen halben Prozentpunkt in den Jahren 2015 und 2018 ausgeglichen. Eine Reform des Raumordnungsrechts und des Finanzausgleichs steht noch bevor, ebenso wie die "Entwirrung des Transferdschungels zwischen Land und Gemeinden", so Vouk.

#### Niederösterreich

Informationsveranstaltung für Direktoren

## Radikalisierung erkennen

#### **MELK**

Im Stift Melk haben 100 Schuldirektoren an einer Veranstaltung teilgenommen, die sich mit Fragen zum Dschihadismus beschäftigt hat. Damit will der Landesschulrat über Hinweise auf mögliche Radikalisierungen von Jugendlichen informieren. Vorwiegend junge Männer sind vom Dschihadismus fasziniert. Bei der Informationsveranstaltung ging es auch darum, rechtzeitig Merkmale einer möglichen Radikalisierung zu erkennen. So können zum Beispiel äußere Merkmale wie Änderungen in der Bekleidung, im Verhalten Vorgesetzten und Autoritäten gegenüber, aber auch

Lehrern und Mitschülern gegenüber Aufschluss geben. Innere Prozesse sind jedoch sehr schwer zu erkennen. Auch wenn man in der eigenen Schule keine Radikalisierung vermutet, so sollte dennoch nichts ausgeschlossen werden können. Das Kontakthalten wurde bei der Frage von Radikalisierungen als wichtig bezeichnet. So bekommen die Jugendlichen Halt in unserer Gesellschaft und können damit auch eventuell wieder aus problematischen Gruppen aussteigen. In den nächsten Wochen werden weitere 500 Direktoren niederösterreichischer Schulen an solchen Informationsveranstaltungen teilnehmen.



Sechs Radarboxen sind in Perchtoldsdorf nun wieder im Einsatz.

Nicht Gemeinde, sondern Polizei blitzt

#### Pilotprojekt Radarmessung

#### **PERCHTOLDSDORF**

Seit 2008 sind Radarmessungen der Gemeinden aus datenschutzrechtlichen Gründen verboten. In Perchtoldsdorf sind nun wieder sechs Radarboxen aktiv. Möglich macht das ein Pilotprojekt des Landes gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit. Die Messungen werden nicht von der Gemeinde sondern von der Polizei, durchgeführt.

#### Oberösterreich

15.000 Bewohner werden befragt

# Anonyme Sicherheitsumfrage gestartet

#### WELS

Die Welser Stadtregierung und die Polizei führen heuer erneut eine gemeinsame Sicherheitsumfrage unter den Welsern durch. 15.000 zufällig ausgewählte Bewohner können teilnehmen und ihre subjektiven Einschätzungen betreffend der Sicherheitslage abgeben. Zuletzt gab es eine solche Umfrage im Jahr 2013. Die Umfrage bleibt anonym. Mit dem Schreiben bekommt jeder Adressat einen zufällig ausgewählten Sicherheitscode, um sich damit im Internet auf der Umfrageseite anzumelden. Damit soll gewährleistet

werden, dass jeder Teilnehmer nur einmal seinen Fragebogen ausfüllen kann. Wer welchen Code zugeteilt bekommen hat, das wissen weder Polizei noch Stadt Wels. Wer bei sich zuhause keinen Internetzugang hat, kann einen Computer im Welser Bürgercenter benützen. Aber es ist auch möglich, einen Papierfragebogen zu bekommen. Im Bürgercenter wird das verschlossene Kuvert mit dem Zugangscode getauscht.

Die gemeinsame Sicherheitsumfrage soll anhand von 15.000 Meinungen einen Einblick in die Sicherheitslage liefern.



Terminaviso 2015

#### Architekturgespräche

#### **OBERÖSTERREICH**

Öffentliche Bauten werden für die Bevölkerung gebaut. Und da geht ohne Kommunaiktion gar nichts. Die von Landesrat Max Hieglsberger initiierten Architekturgespräche sollen den Gemeinden die Möglichkeit bieten, aus dem Erfahrungsschatz von Menschen zu schöpfen, die "Gemeindebauten" im ländlichen Raum bereits erfolgreich umgesetzt haben. Die Gespräche finden von 9.00 bis 12.00 Uhr statt:

- 23. Jänner: St. Stefan am Walde,
- 3. Februar: Wallern,
- 6. Februar: Schlierbach,
- 10. Februar: Kirchheim



# Salzburg



Im Sonderpädagogischen Zentrum in Stuhlfelden im Bild v. l.: Bürgermeisterin Sonja Ottenbacher, Robert Schwaiger (Elektro Brennsteiner), DI (FH) Noel Gruber (Tischler), Manfred Brandauer (Salzburg Wohnbau) und Melitta Lederer (Direktorin SPZ).

Brandschutz

# SPZ Stuhlfelden aufgerüstet

#### **STUHLFELDEN**

Das Sonderpädagogische Zentrum (SPZ) in Stuhlfelden wurde in Sachen Brandschutz auf neuesten Stand gebracht. Im Auftrag der Gemeinde wurden von der Kommunal Service Salzburg, einem

Tochterunternehmen der Salzburg Wohnbau, Brandschutztüren, eine Brandmeldeanlage und eine Brandrauchlüftung sowie eine Hausalarmanlage und eine Fluchtwegbeleuchtung installiert. Die Investition betrug rund 250.000 Euro.

#### Pflegekräfte

#### Ausbildungsförderung wird gestrichen

#### STADT SALZBURG

Die Stadt Salzburg wird die Ausbildungsförderung für Pflegekräfte 2015 einstellen. Der Grund dafür sind Kosten von 300.000 Euro und ein mageres Ergebnis. Zwei Pflegekräfte für die Stadt Salzburg in vier Jahren lautet die Bilanz. Die anderen Anwärter brachen ab oder traten nicht in den städtischen Dienst ein. Eine vetragliche Bindung der fertig ausgebildeten Pflegekräfte an die Stadt Salzburg war aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

#### Mehr Offenheit als Lösung

#### Kindergärten fehlt geschultes Personal

#### SALZBURG

Die Zahl der Kinderbetreuungsplätze in den Salzburger Gemeinden sind heuer deutlich gestiegen, gleichzeitig fehlt vielen Kindergärten aber ausgebildetes Personal. Die Politik will hier jetzt ansetzen. Kindergärten sollen für andere Berufsgruppen geöffnet werden. Eine eigene Kolleggruppe ist geplant. Die Verhandlungen laufen. Das Thema der besseren Bezahlung für Kindergartenpädagoginnen ist ebenfalls noch nicht gelöst.

#### Steiermark

Es geht nicht nur um Arbeitsplätze

# Warum ziehen die Jungen weg?

#### **OBERSTEIERMARK**

In den Bezirken Leoben und Bruck-Mürzzuschlag will man die Abwanderung junger Menschen stoppen. Allein in den vergangenen zwölf Jahren haben 8,5 Prozent der Bevölkerung den beiden Bezirken den Rücken gekehrt. Der Großteil war zwischen 20 und 35 Jahre alt. Auch aufgrund des Geburtenrückganges ist der Anteil der bis 19-Jährigen in diesen beiden Bezirken bereits auf unter 25 Prozent gesunken. In Expertenworkshops und Fokusgruppen hat das **EU-Regionalmanagement** Obersteiermark-Ost Gründe

für die Abwanderung evaluiert. Gemeinsam mit dem Institut für Jugendkulturforschung wurde ein Leitfaden erstellt, wie man der Abwanderung entgegenwirken kann. Entscheidend ist, Jugendliche in das Gemeindeleben zu integrieren und ihnen Gestaltungsspielraum zu geben. Denn: nicht nur harte Faktoren wie mangelnde Arbeitsplätze, sondern auch ein fehlendes kulturelles Angebot oder eine fehlende Freizeitinfrastruktur sind entscheidend.

Die Jungen hinterlassen eine Lücke in den steirischen Bezirken.



Auszeichnung

# Ökomaßnahmen zahlen sich aus

#### GRAZ

Das weltweite Projekt "Ökoprofit" soll Unternehmen helfen, energiesparend und umweltschonend zu arbeiten. Jedes Jahr machen immer mehr Betriebe mit - auch in der Steiermark, wo für 2014 gleich 23 Unternehmen von "Ökoprofit" ausgezeichnet wurden. Das Programm unterstützt die teilnehmenden Firmen durch Workshops und individuelle Betriebsberatungen. Allein heuer wurden in der Steiermark dadurch Einsparungen von 538.000 Euro erzielt. Dabei geht es in den meisten Fällen um die Optimierung vorhandener Struk

### Tirol

Thema Medien

# 14. Runde für die Uni im Dorf

#### **AUSSERVILLGRATEN**

In Außervillgraten wurde die "Universität im Dorf" eröffnet. Bereits zum 14. Mal fand die Vortragsreihe der Universität Innsbruck in Osttirol statt. Heuer geht es um die Zukunft der digitalen Medien. Namhafte Wissenschafter beschäftigten sich mit Themen wie Schutz der Privatsphäre, Medien-Ethik und der Veränderung des Mediennutzungsverhaltens. Für Kinder gab es ein eigenes Programm, um den Umgang mit digitalen Medien zu lernen und vor allem um Geschmack am universitären Lernen zu bekommen. Die Universität im Dorf fand bereits zum 14. Mal in Außervillgraten statt.



406-Meter-Hängebrücke im Guiness-Buch

# Reuttes Brücke bricht alle Rekorde

#### REUTTE

Die 406 Meter lange Hängeseilbrücke "highline179" in Reutte steht ab sofort im Guinness-Buch der Rekorde. Die Hängebrücke ist somit offiziell die "längste Tibet Style-Fußgänger-

hängebrücke". Die Brücke führt in 114 Metern Höhe über die Fernpassstraße. Die Hauptziele der Brücke ist die Verbindung der geschichtsträchtigen Wehranlagen der Ruine Ehrenberg und des Fort Claudia sowie

die Schaffung einer weiteren Attraktion für die Region gewesen. Die "highline179" ist laut Betreibern rund 70 Tonnen schwer und wird durch vier Tragseile mit 16 Felsankern gesichert. Sie weist eine Gehbreite von 1,2 Metern auf. Die maximale Brückenlast ist auf 500 Personen ausgerichtet. Die Bauzeit betrug 206 Tage. Am 22. November wurde sie schließlich offiziell eröffnet.

# Vorarlberg

Petition zum Erhalt der Ortskerne

### Land muss auf die Bremse treten

#### **BREGENZERWALD**

Die Kaufmannschaften, sowie die 24 Gemeinden der REGIO Bregenzerwald sorgen sich um die Zukunft ihrer Ortszentren und haben deshalb eine Petition an die Landesregierung verfasst. Die Forderung: Das Land soll bei Verkaufsflächen für Einkaufszentren am Stadtrand auf die Bremse steigen. Ansonsten werde man künftig nicht mehr von lebendigen und pulsierenden Ortskernen sprechen können. Schon jetzt gibt es in der Region viele leerstehenden Geschäftsflächen.

Elementarschäden

#### Mehr Hilfe im Schadensfall

#### **BREGENZ**

Die Landesregierung hat weitere finanzielle Beihilfen zur Behebung von Elementarschäden im Privatvermögen genehmigt. 26 Betroffene erhalten vom Land insgesamt rund 60.000 Euro als Unterstützung. Wer durch schwere Unwetter oder Naturgewalten Schäden an Haus und Hof hinnehmen musste, soll auf möglichst unbürokratische Weise unterstützt werden.



Anlagen parallel zum Dach sollen bewilligungsfrei werden.

Vorbehalt für Gemeinden soll bleiben

#### Bewilligung für Solaranlagen fällt

#### BREGENZ

Die Bewilligungspflicht für Solaranlagen soll fallen. Eine Novelle des Baugesetzes wird vorbereitet. Solarund Photovoltaikanlagen parallel zum Dach können dann frei errichtet werden.

Der Gesetzesvorschlag sieht vor, dass sich Gemeinden, bei einem schützenswerten Orts- oder Landschaftsbild, eine Bewilligungspflicht per Verordnung vorbehalten können.

Foto: Rilderho

SÜDTIROL NEU IM AMT

## Polizeidienste werden vernetzt

#### **BOZEN**

Stadt- und Gemeindepolizei sollen besser zusammenarbeiten. Kürzlich hat der Verwaltungsrat des Südtiroler Gemeindenverbandes das Modell für die vernetzte Zusammenarbeit der Gemeindepolizei gutgeheißen. Das Modell hat zum Ziel, die Qualität des Polizeidienstes zu verbessern und deren Erscheinungsbild zu vereinheitlichen. Ausgearbeitet wurde das Modell von der Fachgruppe Ortspolizei im Südtiroler Gemeindenverband.

#### Gemeinsamer Polizeidienst

Das Problem der Gemeindepolizei in den kleinen Gemeinden ist das Personal, das man meist an einer Hand abzählen kann. Oft ist sogar nur ein Gemeindepolizist vor Ort. Dieser muss dann eine ganze Reihe an Büroarbeiten erledigen und für seine eigentlichen Aufgaben bleibt kaum mehr Zeit. Außerdem ist es für einzelne Beamten schwer, mit den ständig wechselnden Gesetzen und Bestimmungen Schritt zu halten und sich neben der Arbeit auch noch entsprechend weiterzubilden. In einigen Gemeinden hat man deshalb einen gemeinsamen Polizeidienst organisiert. Mit dem nun verabschiedeten Modell will man auch den kleineren Dienststellen die Möglichkeit bieten, dem Bürger einen professionellen und effizienten Dienst anzubieten. Das Herz des Modells ist eine bessere Vernetzung der Städte mit den umliegenden Gemeinden. Damit soll die Arbeit in den kleinen Polizeistellen erleichtert und die Qualität des Dienstes verbessert werden.



Andreas Schatzer, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes: "Unser Anliegen ist es, die Polizei vom Schreibtisch zurück auf die Straße zu bringen."

Das Modell sieht vor, dass die vier Städte Bozen, Meran, Brixen und Bruneck die Gemeinden ihres Einzugsgebietes in der operativen Abwicklung des Polizeidienstes unterstützen. Die vier Städte sollen den kleineren Gemeinden bei Problemen und Fragen zur Hand gehen. Dazu soll es einen regelmäßigen mündlichen wie schriftlichen Informationsaustausch geben. Die kleinen Dienststellen können so von der Professionalität und den Spezialisierungen der größeren Dienststellen profitieren. Auf Nachfrage der interessierten Gemeinden können die Städte später mittels Vereinbarung auch die zentrale Verwaltung der Strafprotokolle übernehmen.

#### Unterscheidung fällt

"Die zentrale Aufgabe der Gemeindepolizei ist es, für Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und im Dorf zu sorgen. Unser Anliegen ist es, die Polizei vom Schreibtisch zurück auf die Straße zu bringen", erklärt der Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Andreas Schatzer. Neben den Verkehrskontrollen sollen sich die Beamten auch um Baustellenkontrollen und die Überprüfung der Wohnsitze kümmern, die bisher aufgrund von Personal- und Zeitmangel oft zu kurz gekommen sind. Außerdem soll das Erscheinungsbild vereinheitlicht werden. Die bisherige Unterscheidung zwischen Stadt- und Gemeindepolizei soll der Vergangenheit angehören. In Zukunft soll die Bezeichnung Ortspolizei die bisher üblichen Bezeichnungen auf Autos, Uniformen und Protokollen ablösen. Schrittweise sollen dann auch die Uniformen und die Dienstausweise der Polizeikräfte angepasst werden. Nicht zuletzt erhofft man sich durch die Umsetzung des Modells auch eine Kostenersparnis.

#### **INFORMATION**

#### Südtiroler Gemeindenverband

info@gvcc.net Tel. +39 0471 304655 www.gvcc.net

#### Neuer Ortschef in Gmunden

#### **GMUNDEN**

Gmunden hat einen neuen Ortschef. Auf Heinz Köppl folgt Mag. Stefan Krapf. Das ist mit der Angelobung des 42-Jährigen nun fix. Krapf wurde mit 23 von 37 Stimmen vom Gemeinderat bis zum Ende der Legislaturperiode zum Bürgermeister bestimmt.

Krapf wuchs in Traunsee auf, besuchte jedoch in seiner Jugend ein ORG für Leistungssportler in Wien. Seine Begeisterung gilt



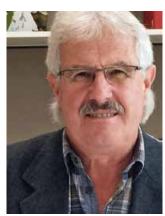
Stefan Krapf

schon lange dem Tennisspielen. Krapf schaffte es sogar in das Jugend-Nationalteam, studierte jedoch Deutsch und Französisch in Wien. Als seine Tochter geboren wird, zieht es Krapf wieder nach Gmunden. wo er bis vor kurzem eine Lehrverpflichtung an der HAK innehatte. Diese legt er nun iedoch ruhend. um sich voll und ganz auf den Bürgermeisterjob zu konzentrieren. Bei den großen Konfliktthemen Stadt-RegioTram und dem Seehotel-Projekt lautet seine Devise: "Alle an einen Tisch!" Den im Gemeinderat versprochenen runden Tisch in Sachen Hotel wird er noch im Dezember einberufen. In die Bahnplanung möchte er die Bevölkerung stark einbinden.

#### Vize tritt an die Spitze

#### WINKLERN

Arnold Fercher ist der neue Mann an der Spitze der Kärntner Gemeinde Winklern. Nach zwei Perioden als Vizebürgermeister und dem Rücktritt seines Vorgängers Hermann Seebacher, übernahm Fercher das oberste Amt im Zuge der Bürgermeisternachwahl im Gemeinderat am 15. November 2014. Der Amtsantritt sei eher spontan als auf lange Sicht geplant erfolgt, erzählt der neue Ortschef von Winklern. "Es stand nicht wirklich jemand anderer zur Verfügung und ich habe auf Grund meiner zwei Perioden als Vize natürlich auch die meiste Erfahrung und den Durchblick, was die mit dem neuen Amt verbundenen Aufgabe betrifft", schildert der Pensionist. Im Zuge der Bürgermeisternachwahl wurden gleich mehrere Funktionen in der Gemeinde neu bekleidet. So übernahm unter anderem



**Arnold Fercher** 

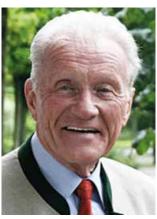
Hans-Jörg Liebhart den Posten den Amtsleiters. "Ich habe ein gutes Team hinter mir", erklärt der neue Ortschef und verweist dabei vor allem auch auf die zuverlässige Unterstützung des neuen Amtsleiters. Bis zu den Gemeinderatswahlen am 1. März 2015 will er sich vor allem intensiv den Projekten Straßenbau und Wasserversorgung widmen, erläutert Fercher seine Ziele für die kommenden Monate.

#### Rücktritt nach 35 Jahren im Amt

#### **SCHLÜSSLBERG**

Otto Weinberger ist seiner Geburts- und Heimatgemeinde 35 Jahre lang als Bürgermeister vorgestanden, Ende November 2014 gab es aber einen Wechsel an Schlüßlbergs Ortsspitze. Mit Weinberger tritt Oberösterreichs längst dienender Bürgermeister von seinem Amt zurück. Noch vor Weinbergers Amtsantritt hatte Schlüßlberg weder Post noch Postleitzahl. "Heute haben wir das. Wir haben eine Schule, eine Kirche, eine Postleitzahl, eine Identität", erzählt Weinberger stolz und erklärt, dass mittlerweile auch jedes Schulkind froh sagen kann, dass es aus der Gemeinde Schlüßlberg kommt. "Das war vor meiner Zeit als Bürgermeister noch nicht der Fall!"

Natürlich konnte in den 35 Jahren nicht alles realisiert



Otto Weinberger

werden, was man sich vorgenommen hätte. Vor allem den Bau der Schule bezeichnet er aber als "Lebenswerk", für deren Umsetzung er 25 Jahre lang erfolgreich gekämpft hatte. Der 73-Jährige wird den Ruhestand mit seiner Familie verbringen und mehr Zeit der Jagd, dem Skifahren und dem Lesen widmen können.

#### FÜR VERDIENSTE UM DIE REPUBLIK

Mit Entschließung vom 4. November 2014 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

#### Das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik an

 GERHARD KUBIK, Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien

#### Mit Entschließung vom 6. November 2014

#### Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- HILDEGARD PAUZENBERGER, ehem. Bürgermeisterin der Gemeinde Pfaftlng, Oberösterreich
- WALTER GEISBERGER, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Lenzing, Oberösterreich

#### Mit Entschließung vom 25. November 2014

#### Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

 GEORG HOFST ÄTTER, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Burgkirchen, Oberösterreich

#### Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

LEOPOLD WIESINGER, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Lichtenberg, Oberösterreich

#### Mit 70 in den Ruhestand

#### **ALDRANS**

Noch-Bürgermeister Adolf Donnemiller feierte vor wenigen Wochen seinen 70. Geburtstag. Nun sei es an der Zeit, das Bürgermeisteramt in neue Hände zu legen, so der Ortschef von Aldrans in Tirol. Obwohl es mitunter auch sehr schwierige Situationen zu meistern galt, sei er stolz auf all jene Projekt, die in seiner 13-jährigen Amtszeit realisiert werden konnten. "Es ist mitunter schon auch ein schwieriger Job", resümiert das Oberhaupt der knapp 2500 Einwohner umfassende Gemeinde. Vor allem deshalb, weil man für alles die Verantwortung zu übernehmen habe und weil die Menschen sich oft mehr auf negative Vorkommnisse als auf Positives konzentrieren. Innerhalb seiner Amtszeit hat sich in der Gemeinde viel getan.



Adolf Donnemiller

Das Beleuchtungssystem wurde umgestellt, ein Trinkwasser-Kraftwerk und Gehsteige erbaut sowie das Feuerwehrgebäude erneuert. Besonders stolz ist Donnemiller auf das Aldranser "Haus des Kindes", in dem 170 Kinder vom Kleinkindbis zum Schulkindalter untergebracht sind.

#### TERMINE ÖSTERREICH

#### **Fachkonferenz**

#### Soziale Netzwerke für Kommunen

#### **DÜSSELDORF**

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation erleben aktuell einen grundlegenden Wandel. Mit dem Einzug von Internet und Social Media sowie dem Siegeszug des Smartphone stellen sich für Kommunen und kommunale Betriebe neue Aufgaben. Durch den zunehmenden Wegfall klassischer Medien insbesondere im lokalen Bereich stellt sich für die Abteilungen in den Kommunen die Frage nach der Erreichbarkeit der Bürger und den Möglichkeiten ihnen Informationen zukommen zu lassen. Gleichzeitig eröffnen sich durch die Vernetzung der Bürger neue Möglichkeiten in Kommunikation und Interaktion. Durch die neuen Angebote eröffnet sich den Kommunen und kommunalen Betrieben die Möglichkeit schneller, effektiver und direkter mit den Bürgern und Kunden in Kontakt zu treten. Entsprechende Strategien und Umsetzungen vorausgesetzt, ergibt sich eine Vielzahl von weiteren Nutzungsmöglichkeiten. Die Fachkonferenz befasst sich mit diesen aktuellen Trends und Entwicklungen und zeigt anhand von Fallbeispielen die verschiedenen Kommunikationsangebote und die hieraus resultierenden Folgen auf, welche Strategien für Kommunen und den kommunalen Betrieben erfolgreich genutzt werden können.

Datum: 28. 01. 2015 9.00 Uhr - 17.00 Uhr Ort: Hotel Düsseldorf Mitte -**DÜSSELDORF** www.obladen.de

#### Seminar

#### Klimaschutz in kleinen Kommunen

#### ROSTOCK

Welche Erfolgsfaktoren gibt es für den Klimaschutz in kleinen Kommunen? Wo sind die Hemmnisse? Was für Möglichkeiten gibt es, als Gemeinde aktiv zu werden? Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich das SK:KK-Fachseminar "Klimaschutz in kleinen Städten und Gemeinden". Die Veranstaltung beleuchtet verschiedene Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes wie Energieerzeugung, Öffentlichkeitsarbeit, Mobilität, Kooperation und Bürgerbeteiligung. Im Mittelpunkt stehen die Besonderheiten von kleinen Kommunen.

Datum: 15. Jänner 2015 Ort: Rathaus der Stadt Rostock Bürgerschaftssaal Neuer Markt 1, 18055 ROSTOCK www.klimaschutz.de/ kommunen/fs-rostock



#### **Kolloquium**

#### Praxis kommunale Straßenerhaltung

#### KÖLN

Vertreter der Kommunen stellen im Rahmen einer Veranstaltung der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswege Schritte der systematischen Straßenerhaltung vor. In Workshops werden Themen wie die Ausschreibung von Erfassungsleistungen oder der richtige Umgang mit

Erfassungsergebnissen besprochen. Im Vordergrund stehen Praxistipps für Anwender.

Darum: 10. Februar 2015 Ort: Jugendherberge Köln-Deutz, Siegesstraße 5 50679 KÖLN www.fgsv.de/ veranstaltungen

#### **Symposium**

#### Wasserversorgung 2015

Wie jedes Jahr bildet diese zweitägige Veranstaltung den ersten Höhepunkt im neuen ÖVGW-Schulungs- und Veranstaltungsjahr. Aktuelle technische, rechtliche, wirtschaftliche und ökologische Fragen der Wasserversorgung werden, so wie es schon gute Tradition ist, im Rahmen dieser Veranstaltung von Expertinnen und Experten der Branche genau erörtert. Das Symposium bietet nicht nur eine gute Gelegenheit, das Wissen zu erweitern, gleichzeitig bildet es einen ausgezeichneten Rahmen für Erfahrungsaustausch und praxisbezogene Diskussionen.

Datum: 28. und 29. 01. 2015 Ort: WKO, Julius-Raab-Saal Wiedner Hauptstraße 62 1040 **WIEN** www.oevaw.at

#### **Seminar**

#### ÖWAV-Wildbachaufseher/in

Datum:

22. bis 24. April 2015 Ort: KAPFENBERG

Ziel des ÖWAV-Kurses ..Ausbildungskurs zur/ zum WildbachaufseherIn" der in Kooperation mit der WLV (Wildbach- und Lawinenverbauung) entwickelt wurde, ist die Schulung von Wildbachaufsichtsorgangen, um die Aufgaben im Bereich der Wildbachaufsicht und laufenden Überwachung von Schutzbauwerken gem. § 101 Forstgesetz zu erfüllen.

www.oewav.at



Der 22. März ist Weltwassertag. Dieser Tag soll jedes Jahr auf die Bedeutung des Wassers als Lebensgrundlage für die Menschheit, den Schutz der Wasservorkommen und deren nachhaltige Nutzung aufmerksam machen. Im Jahr der Verabschiedung der neuen globalen Ziele nachhaltiger Entwicklung, wird der Weltwassertag 2015 unter dem Motto "Wasser und nachhaltige Entwicklung" stehen. Nähere Informationen auf www.wasseraktiv.at

#### **Seminar**

#### Vergaberecht für die Praxis

Das Vergaberecht unterliegt einem ständigen Wandel. Erst im März 2014 ist das Vergaberichtlinienpaket in Kraft getreten. Im Jahr 2016 muss dieses in ein neues Bundesvergabegesetz umgesetzt werden. Gerade bei großen Projekten ist es wichtig, dass die Vergabe richtig durchgeführt wird. Gründe genug, auf dem Laufenden zu bleiben. Gelegenheit dazu gibt es am 12. März 2015 beim Seminar "Vergaberecht für die Praxis", bei dem auch der Leitfaden für die Auftragsvergaben in der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft vorgestellt wird. Auszug aus dem Pro-

**Block I:** Aktuelles zum Vergaberecht und Vorstellung des

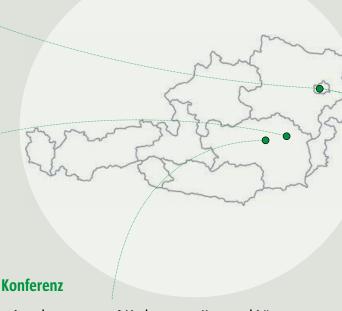
ÖWAV-Arbeitsbehelfs 33 "Leitfaden für die Auftragsvergabe in der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft"

**Block II:** Das Vergabeprojekt und nichtmonetäre Qualitätskriterien

**Block III:** Praxisbeispiele aus der Wasser- und Abfallwirt-schaft

Die Veranstaltung richtet sich an Kommunen, Abwasser- und Abfallverbände, Kanalnetzbetreiber, Baufirmen und viele mehr. Bitte melden Sie sich bis 3. März 2015 schriftlich an! Statt 400 Euro zahlen Gemeindebund-Mitglieder 220,- Euro (+20% USt.)!

Datum: 12. März 2015 Ort: Kommunalkredit Austria, Türkenstraße 9, 1090 **WIEN www.kommunalkredit.at** 



## "Auslastung: Nicht genügend!"

#### Schulen und ihre ungenutzten räumlichen Potenziale

Leerstandskonferenz am 15. & 16. Jänner 2015 in **LEOBEN**, Steiermark
Kunsthalle, Kirchgasse 6, 8700 Leoben
Die vierte Leerstandskonferenz am 15. und 16. Jänner 2015 will Perspektiven für den Umgang mit Leerstand in Schulgebäuden und die ungenutzten Potenziale alter und neuer

Schulbauten aufzeigen. Die Konferenz bietet Fachvorträge und Diskussionsrunden mit Experten und Expertinnen, unzählige Best Practice-Beispiele zu Um- und Neubau, zu Zwischen- und Wiedernutzung von Schulgebäuden sowie Zeit zum gemeinsamen Austausch. Infos und Anmeldung: www.leerstandskonferenz.at

Auslast ng: Nicht g nügend!

#### Seminar

#### Öffentlichkeitsbeteiligung zum Hochwasserrisikomanagementplan und Gewässerbewirtschaftungsplan

Hinter dem Hochwasserrisikomanagementplan und dem Gewässerbewirtschaftungsplan stehen die für die Wasserwirtschaft leitgebenden Richtlinien der EU, nämlich die Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG) sowie die Hochwasserrichtlinie (2007/60/ EG). In beiden Richtlinien ist die Partizipation der Öffentlichkeit im Umsetzungsprozess vorgesehen. Im Seminar wird dabei der aktuelle Stand der Umsetzung der Richtlinien (Entwurf des zweiten Gewässerbewirtschaftungsplans und Entwurf des Hochwasserrisikomanagementplans) dargestellt und die Implementierung der Richtlinien im europäischen Kontext betrachtet.

Datum: **21. Jänner 2015** Ort: Bundesamtsgebäude in **WIFN** 

www.oewav.at

Das Seminar wird aus Mitteln des BMLFUW finanziert, daher ist die TEILNAHME an dieser Informationsveranstaltung KOSTENLOS.

#### **BUCHTIPPS**

#### Ein guter Tag mit 100 Punkten

Wie lässt es sich gut leben und trotzdem auf Umweltschonung achten? Journalist und Herausgeber Thomas Weber zeigt uns wie. Wichtig ist dem Autor dabei gewesen, Möglichkeiten aufzuzeigen, anzuregen und ein Bewusstsein zu schaffen, nicht aber mit erhobenem Zeigefinger zu mahnen. Die inspirierenden Ideen, die zum Nachahmen einladen sollen, reichen von der Wahl des klimafreundlichsten Haustiers bis hin zum Hinweis, auch Innereien zu essen. Denn ein kleiner Hund ist besser für das Klima als eine Katze und wenn man lediglich Steak und Lungenbraten isst, steigt die Menge der "Fleischabfälle" an und es werden weiterhin in unseren Breiten mehr Tiere gemästet, als tatsächlich verspeist werden können. Punkte zählen für mehr Nachhaltigkeit. Pro Tag stehen 100 Punkte zur Verfügung, die nicht überschritten werden sollten. Liegen wir darüber, dann verbrauchen wir mehr Ressourcen als uns von Natur aus zustehen.



#### Das Buch

Ein guter Tag hat 100 Punkte... und andere alltagstaugliche Ideen für eine bessere Umwelt Thomas Weber 213 Seiten ISBN: 978-3-7017-3342-2 Erschienen 2014 im Residenz

www.residenzverlag.at

#### IN DIESER AUSGABE

# Fach- und Serviceinformationen ARGE Forum mineralische Rohstoffe 53 AUVA Allgemeine Unfallversicherungsanstalt 50 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 32 Juluis Holluschek 52 Klinikum St. Pölten 44 Lindner Traktorenwerk 45 Messe Congress Graz Betriebsgesellschaft mbH 52 Neudoerfler Office Systems GmbH 43 Raiffeisen Leasing 48

## KONTAKT

#### So erreichen Sie uns:

#### **KOMMUNAL**

Löwelstraße 6 1010 Wien

Tel.: 01/532 23 88 - 0 Fax: 01/532 23 88 oder Fax: 01/532 23 88 DW 22

Web: www.kommunal.at

Wolfgang Bolsinger – DW 14 wolfgang.bolsinger@kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann – DW 12 sabine.brueggemann@kommunal.at

Martin Mravlak – DW 28 martin.mravlak@kommunal.at

Martin Pichler – DW 11 martin.pichler@kommunal.at

#### Steuersparbroschüre zum Jahreswechsel

Bis zum Jahreswechsel verbleiben noch ein paar Wochen, die sinnvoll zum Steuersparen genutzt werden können. Die vorliegende Broschüre gibt kurz und bündig Anregungen und Tipps, die persönliche Situation zu überprüfen und allenfalls zu optimieren. Denn auch Steuerzahler haben nichts zu verschenken! Die Änderungen zahlreicher Gesetze wurden berücksichtigt. In der aktuellen Ausgabe 2014 finden Sie unter anderem:

- Befugnisse der Finanzpolizei
- NOVA & Kfz-Steller neil
- Pendlerrechner
- Änderung der Sachbezugsverordnung
  Die Checkliste am Ende dient als Hilfe, bei einem Gespräch mit dem Steuerberater ins Detail zu gehen.



#### Das Buch

Steuertipps zum Jahresende 2014 und Jahresbeginn 2015 Josef Böck 96 Seiten, geheftet ISBN: 978-3-7041-0597-4 Preis: 11 Euro Erschienen im November 2014 im Neuen Wissenschaftlichen Verlag (NWV) www.nwv.at

#### **Korruption und Amtsmissbrauch**

Die siebente Auflage gibt einen umfassenden Überblick über Inhalt und Auslegung der wesentlichen Strafbestimmungen gegen Korruption und Verletzung der Amtspflichten. DAS Standardwerk präsentiert prägnant und kompetent

- die richtungweisende Rechtsprechung des seit zwei Jahren amtierenden OGH-Korruptionssenats 17,
- die daraus abzuleitenden allgemeingültigen Kriterien für die Praxis
- sowie wichtige Fälle zur Veranschaulichung. Verständlich wird die neueste OGH-Rechtsprechung erläutert und ein hohes Maß an Rechtssicherheit garantiert.



#### **Das Buch**

Korruption und Amtsmissbrauch. Grundlagen, Definitionen und Beispiele zu den §§ 302, 304 bis 311 Eva Marek, Robert Jerabek 144 Seiten, flexibler Einband 7. Auflage ISBN: 978-3-214-03874-8

Erschienen bei MANZ www.manz.at

# Jetzt an den Winter denken!

Mit den kostengünstigen Schneefangzäunen von kommunalbedarf.at sind die Gemeindestraßen vor Schneeverwehungen bestens geschützt!

Schneefangzaun in den verschiedensten Aufstelllängen (24 m, 48 m, 72 m, 96 m)

Heringe, Abspannseile und Grundplatten werden jeweils in der erforderlichen Stückzahl mitgeliefert, so dass die bestelle Menge Schneezaun an einem Stück aufgestellt werden kann.

Gesamthöhe: 1,50 m

1,20 m

Bundlänge:

Tragpfostenabstand:

Geflechthöhe

24,00 m

6,00 m

Gewicht/Bund inkl. Tragpfosten ca. 22,10 kg Gewicht/m inkl. Zubehör ca. 1,70 kg

1 Garnitur Unterbrechung besteht aus:

- 1 Grundplatte

- 4 Spannseile

- 4 Heringe

-10 % bis 31.12.2014

statt EUR 698,-

€ 628,20 24 m

statt EUR 1.396,-

€ 1.256,40 48 m



Unsere Montageanleitung finden sie auf www.kommunalbedarf.at. Lieferbedingungen: Lieferkosten und Lieferzeit auf Anfrage Rabatt ist nicht kombinierbar mit Gutscheinen oder anderen Aktionen.

Alles für Ihre Gemeinde. Einfach. Schnell. Unbürokratisch.

Schneefangzäune

www.kommunalbedarf.at



KOMMUNALBEDARF.AT Alles für Ihre Gemeinde.



# Die Meister kommunaler Herausforderungen.

Die neuen Mercedes-Benz Unimog Euro VI Modelle.

Egal, welche Aufgabe Sie ihnen anvertrauen, die Mercedes-Benz Unimog Euro VI Modelle erfüllen sie souverän. Ob Transport, Grünraumpflege, Schneeräumung oder Reinigung – ein Unimog erledigt den Job perfekt. www.mercedes-benz.at/unimog





